blätter des iz3w

nr. 43/44 märz april 75

Hrsg.: Informationszentrum Dritte Welt (iz3w)
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel. 0761/74003

Zusammengestellt und herausgegeben von: S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, G. Erhard, J. Geue, F. Hemmerich, E.-H. Flammer, E.-L. Iskenius, C. Jürgenmeyer, L. Klering, S. Lindemann, B. Meier, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, M. Schäfer, B. Schuze-Mittendorf, A. Sommerfeld, B. Stein, J. Wilhelm, W. Witzel, M. Winter.
Druck: H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstr. 9a
Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postcheckkonto Basel Nr. 40-35899.
Jahresabonnement bei 10 Nummern im In- und Ausland: DM 25,- (Für Rentner, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 18,-) Sfr. 28,- bzw. 20,- öS 180,- bzw. 135,-
Einzelpreis dieser Doppelnummer: DM 2,80, Sfr. 3,20, öS 20,-

antimilitarismus information

FÜR ALLE, DIE PRAKTISCH GEGEN DEN MILITARISMUS ARBEITEN!





Chronik der Abhängigen Welt

Mitte Januar bis Mitte März

AFRIKA

ANGOLA

Neto gegen internationales Kapital

25.1.75 (Sempre Fixe/Expresso)
MPLA-Präsident Neto sagt in Interviews mit 2 portugiesischen Zeitungen dem ausländischen Kapital in Angola den Kampf an. Die imperialistischen Länder unternähmen zur Zeit alle Anstrengungen, ihre (nahezu totale) Kontrolle über die Rohstoffe Angolas (Erdöl, Erze, Diamanten usw.; Angola gilt nach Südafrika als das rohstoffreichste Land Afrikas) auch für die Zeit nach der Erlangung der politischen Unabhängigkeit zu sichern. Man träte dabei selbst nicht offen in Erscheinung, sondern bediene sich bestimmter afrikanischer Regierungen (das ist insbesondere an die Adresse Zaires gerichtet) und bestimmter Gruppen in Angola selbst - Gruppen, die sich zwar patriotisch gesinnt nennen würden, in Wahrheit jedoch das Geschäft ausländischer Machtgruppen betrieben (dies ist zweifelsfrei an die Adresse der FNLA und an die Gruppe um den ehemaligen MPLA-Vizepräsidenten Chipenda gerichtet). Neto spricht in diesem Zusammenhang von einer zur Zeit in Angola stattfindenden "geheimen Invasion". Dieser Invasion müsse mit militärischen und politischen Mitteln entgegengetreten werden. Neto hält es für möglich, daß es in naher Zukunft von Zaire aus eine militärische Intervention in Angola gibt (Neto spielt hier offensichtlich auf den Cabinda-Konflikt an; vgl. die Chronik, Heft 40).

Amtsantritt der Übergangsregierung

31.1./1.2.75 (FR/tanz. Daily News)
Unter lebhafter Anteilnahme der afrikanischen Bevölkerung wird in Luanda die zwischen Portugal und den 3 angolanischen Befreiungsbewegungen vertraglich vereinbarte Übergangsregierung (vgl. Chronik, Heft 41/42) in ihr Amt eingeführt. Der Ministerliste nach gehen die Ministerien für "Wirtschaft", für "Transport und Nachrichtenwesen" und für "Öffentliche Arbeiten, Wohnungsbau und Stadtplanung" an Beauftragte der portugiesischen Regierung; an Vertreter der MPLA gehen die Ministerien für "Information", "Planung und Finanzen" (zur Zeit das wohl wichtigste Ministerium) und "Justiz"; FNLA: Ministerium für "Gesundheit und Soziale Fragen", für "Landwirtschaft" und für "Inneres"; UNITA: "Arbeit und Soziale Sicherheit", "Erziehung und Kultur", "Natürliche Ressourcen". Der dem Ministerkabinett vorstehende dreiköpfige Präsidialrat ist wie folgt besetzt: Johnny Eduardo (FNLA); Lopo Do Nascimento (MPLA); Dr. Jose N'dele (UNITA). Portugiesischer Hochkommissar wurde General Antonio da Silva Cardoso. Auffällt, daß die Führer der 3 angolanischen Befreiungsbewegungen allesamt kein offizielles Amt in der Übergangsregierung übernommen haben. Offensichtlich wollen Neto (MPLA), Roberto (FLNA) und Savimbi (UNITA) ihren Kräfteeinsatz ganz auf Vorbereitung der Wahlen für die verfassunggebende Versammlung im November konzentrieren (vgl. Chronik, Heft 41/42).

Störungsanfälliges Stillhalteabkommen

31.1. - 16.2.75 (FR/NZZ/SZ)
Das Anfang Januar in Mombasa (Kenia) zwischen den 3 rivalisierenden Befreiungsbewegungen Angolas zustande gekommene Stillhalteabkommen, Grundlage der dann nachfolgenden Unabhängigkeitsverhandlungen mit Portugal (vgl. Chronik,

Heft 41/42), erweist sich (erwartungsgemäß) als störungsanfällig. So vermochte die an diesem Konflikt (ebenfalls erwartungsgemäß) außerordentlich interessierte deutschsprachige Presse beispielsweise allein in den ersten beiden Februar-Wochen von vier blutigen Zusammenstößen zwischen Anhängern der verschiedenen Befreiungsbewegungen zu berichten, bei denen insgesamt mehr als 30 Personen ums Leben gekommen sein sollen. In diesen Zusammenstößen scheinen sich am häufigsten MPLA- und FNLA-Anhänger einander gegenüberzustehen.

Konfliktbereitschaft wird aber auch von Chipenda und seinen Anhängern demonstriert. Chipenda, einstmals Vizepräsident der MPLA, soll nach dem endgültigen Bruch mit der Neto-Fraktion in der MPLA (vgl. Chronik, Heft 39) im Osten Angolas (Gebiet von Luso) annähernd 3000 MPLA-Kämpfer hinter sich gesammelt haben (das wäre erheblich mehr als zunächst von einigen Beobachtern vermutet wurde). Chipenda war auf Druck von Neto von den Unabhängigkeitsverhandlungen in Penina ausgeschlossen und ist somit auch ohne Repräsentanz in der angolanischen Übergangsregierung.

Nach der Spaltung der MPLA ist inzwischen zweifelsfrei die FNLA die militärisch stärkste der drei an der Übergangsregierung beteiligten Befreiungsbewegungen. Nach Angaben von dpa (FR vom 31.1.) verfügt die FNLA über 21000 bewaffnete Soldaten, von denen zur Zeit 3000 im näheren Umkreis von Luanda stationiert sein sollen. Käme es zu der vertraglich vorgesehenen Aufstellung einer nationalen angolanischen Armee, zu der die 3 Befreiungsbewegungen jeweils ein Kontingent von 8000 Soldaten beizusteuern hätten (vgl. Chronik, Heft 41/42), so bliebe der FNLA noch ein erhebliches Potential an Soldaten, über das sie weiterhin allein zu verfügen hätte. Die UNITA und die MPLA (Neto) werden demgegenüber Mühe haben, allein das geforderte 8000-Mann-Kontingent auf die Beine zu bringen. Die UNITA soll, so dpa, gegenwärtig nur ca. 3000 Mann unter Waffen haben. Für die MPLA sind diesbezüglich keine Zahlen verfügbar. (Von der MPLA heißt es allerdings, daß sie in Luanda jederzeit kurzfristig Zehntausende von Afrikanern politisch zu mobilisieren vermag. Als politische Kraft dominiert in Luanda eindeutig die MPLA.)

<u>UNITA sagt Befreiungsbew. Hilfe zu</u>

5.2./15.2.75 (Times of Zambia/Star Weekly)

Mit verschiedenen Äußerungen zur Südafrika- und Rhodesienfrage scheint der Führer der Befreiungsbewegung UNITA, Jonas Savimbi, neuerdings um ein Positiv-Profil in Schwarzafrika bemüht zu sein. So kündigt Savimbi jetzt an, daß









die UNITA willens sei, die Befreiungsbewegungen in Rhodesien, Südafrika und Namibia in ihrem Kampf zu unterstützen. Die UNITA wolle allerdings ihre Hilfe an die Bedingung knüpfen, daß die Führungskader der Befreiungsbewegungen auch tatsächlich im eigenen Land an der Seite ihres Volkes kämpfen (und nicht im Ausland ein Wohlleben führen; Savimbi spielt hier offensichtlich auf die Tatsache an, daß er im Gegensatz zu Roberto und Neto während des angolanischen Befreiungskampfes stets im Lande selbst gelebt hat). Vor diesem Hilfsangebot an die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika hatte Savimbi bereits eine "politische" Überprüfung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Angola und Südafrika gefordert. Die "Times of Zambia" erinnert in diesem Zusammenhang daran, in wie starkem Maße südafrikanisches Kapital in Angola engagiert ist: an Einzelbereichen nennt die Zeitung hier die Benguela-Eisenbahn, die Erdöl-Explorations-Gesellschaften, die Diamanten-Industrie und das Bank- und Finanzwesen.

In der Hinzugewinnung von Anhängern verzeichnet Savimbi nach Angaben der NZZ (4.2.75) weiterhin großen Erfolg: Kundgebungen der UNITA in Nova Lisboa, Lobito, Benguela und anderen Orten, an denen sich z.T. mehrere hunderttausend Teilnehmer eingefunden hätten, bewiesen, daß Savimbi mittlerweile zur "politischen Hauptfigur in Angola südlich von Luanda" geworden sei.

Chipenda geht zur FLNA

22.2.75 (Zambia Daily News)
Chipenda unterstellt sich und die ihm loyalen Truppenteile der MPLA der militärischen und politischen Führung der FNLA. Dieser Schritt kommt nicht überraschend: Chipenda hatte nach dem Bruch mit Neto tatkräftige Unterstützung bei Präsident Mobutu von Zaire, Schwiegervater und primärer Förderer Holden Robertos (FNLA) gefunden. Vermutlich war diese Hilfe von Anfang an die Erwartung geknüpft, sich zu einem dafür geeigneten Zeitpunkt der FNLA anzuschließen. Wieviel der ihm zugerechneten Anhänger dem genannten Schritt Chipendas tatsächlich gefolgt sind, ist bislang noch offen. Beobachter vermuten, daß eine Reihe von ursprünglichen Chipenda-Sympathisanten wieder zur MPLA oder auch zur UNITA gegangen sind. Neben der FNLA soll nach Angaben der portugiesischen Zeitung O Sécula (13.3.75) auch die UNITA um Chipenda und um die von ihm kommandierten Truppen geworben haben.

ÄQUATORIAL GUINEA

Anhaltender Terror

16./17.2.75 (Le Monde) /
10.3.75 (afrique-asie)
Nach Angaben des Geschäftsträgers Äquatorial Guineas in Paris, haben in letzter Zeit etwa ein Dutzend Gefangene, darunter der ehemalige Vizepräsident des Landes, Admindo Bosio, in Gefängnissen von Äquatorial Guinea "Selbstmord begangen". Bei den genannten "Selbstmorden" dürfte es sich in Wahrheit jedoch um behördlich angeordnete Liquidationen handeln. Beobachter der politischen Entwicklung des Landes (früher als "Fernando Póo" und "Rio Muni" spanische Kolonie) schätzen, daß seit der Unabhängigkeit 1968 auf diese oder andere Weise einige 10 000 Einwohner ermordet worden sind, darunter die gesamte Opposition und die Intelligenz - soweit sie nicht ins Ausland fliehen konnte. Die Infrastruktur des Landes ist zerschlagen; ein Strom von Flüchtlingen ergießt sich in die Nachbarländer Kamerun, Gabun und Nigeria. Zwanzig Prozent der Bevölkerung leben bereits außer Landes, ein Teil ist in einer Befreiungsfront für Äquatorial Guinea organisiert.

ÄTHIOPIEN

(vgl. die Chronik der vorangegangenen Hefte)

Im Militärrat setzt sich der "harte Flügel" durch

29.1.75 (NZZ) / 24.2.75 (afrique-asie)
Der speziell für die Guerilla-Abwehr ausgebildete Chef der für die Provinz Eritrea zuständigen äthiopischen Polizei-Einheiten, General Gebre-Ezghi, wechselt zu den eritreischen Befreiungsbewegungen über. Kurz zuvor hat sich bereits Fürst Mengesha Syoum, ein Enkel Haile Selassies, mit einer Privatarmee von angeblich 1000 Mann den genannten Bewegungen angeschlossen. Zahlreiche Desertionen werden auch aus der in Eritrea eingesetzten äthiopischen Luftwaffe und Marine gemeldet.

Angesichts dieser Nachrichten kommt es Ende Januar im äthiopischen Militärrat über die Eritrea-Frage zu Machtkämpfen, in denen sich schließlich der harte Flügel, die sog. Akatles ("schlagt sie tot")-Gruppe durchsetzt. Es handelt sich hierbei um die Befürworter einer bedingungslosen Bekämpfung der eritreischen Befreiungsbewegungen. Der Gruppe gehört u.a. der Vorsitzende des Militärrates, Major Mengistu Haile Mariam, und der aus dem äthiopisch-somalischen Krieg von 1964 als Massaker-Spezialist bekannte Major Kiros. Beobachter vermuten, daß damit eine Lösung des eritreischen Krieges auf Verhandlungswege für die nächste Zukunft ausgeschlossen ist.

Blutiger Kampf um Asmara

1.2. - 14.2.75 (NZZ/FR/Le Monde) /
17.2.75 (Newsweek) / 24.2.75 (Newsweek/afrique-asie)
Auf einen Beschluß des äthiopischen Militärrates hin (27.1.), in Eritrea eine großangelegte Offensive zu starten, antworten die dortigen Befreiungsbewegungen (ELF und ELF/PLF; vgl. Kasten auf nächster Seite) wenig später (31.1.)

mit einem Präventivschlag, der sich vor allen Dingen auf die noch von Regierungstruppen gehaltenen Hauptstadt Eritreas, Asmara, richtet: Einheiten der Befreiungsbewegungen greifen das Hauptquartier der Regierungstruppen an; Scharfschützen machen in der ganzen Stadt Jagd auf Regierungssoldaten. Durch gelegentliche Rückzugsmanöver werden Regierungstruppen in die Berge gelockt und dort völlig aufgerieben. Die permanenten Raketenangriffe auf das Hauptquartier und vor allem die allgegenwärtigen Heckenschützen demoralisieren die Armee. Entnervt und im Blutrausch fallen die Soldaten über die Zivilbevölkerung her. Luftwaffe und Artillerie vernichteten planmäßig ganze Dörfer und Stadtteile Asmaras. Tausende von Zivilisten kommen ums Leben.

Nach einer Reihe von Tagen gelingt es der Armee dann offenbar aber, in Asmara Verstärkung zu erhalten und ihre dort schon hoffnungslos scheinende Lage wieder notdürftig zu stabilisieren.

Nach den hierzu nur spärlich vorliegenden Pressemeldungen geht der Kampf im Umkreis von Asmara in vermindertem Umfang weiter. Berichtet wird von anhaltenden Angriffen der äthiopischen Luftwaffe auf Stellungen der Befreiungsbewegungen. (FR vom 15.3.75)

In der Innenpolitik fortschrittliche Ansätze

31.1. - 10.2.75 (Le Monde/NZZ) / 14.2.75 (Rinascita)
In einer Art Zweifrontenkrieg setzt der Militärrat in Addis Abeba selbst auf dem Höhepunkt der Kämpfe in Eritrea seine Nationalisierungspolitik fort (vgl. Chronik, Heft 41/42). Verstaatlicht wird die gesamte Lebensmittel- und Getränkeindustrie, das Vertriebsnetz der internationalen Ölgesellschaften, Baumwollplantagen und Textilfabriken, Schuhfabriken und Druckanstalten sowie der größte Supermarkt des Landes. Betroffen sind vor allem amerikanische und italienische Firmen wie Shell, Mobiloil, Agip, Pepsi-Cola, Coca-Cola, Fiat, Banco di Roma und die staatliche italienische IRI-Gruppe.

Zur politischen und sozialen Mobilisierung der Landbevölkerung sendet Radio Addis Abeba erstmals in allen wichtigen Landessprachen. Parallel dazu scheint auch die im Dezember letzten Jahres eingeleitete Kampagne, in deren

Wer führt den Kampf in Eritrea

Die eritreischen Befreiungsbewegungen, die unter dem Namen ELF (Eritreische Befreiungsfront) kämpfen, hatten anfänglich eine rein nationalistische Zielsetzung.

Die ELF, ursprünglich eine Organisation bürgerlicher Exilpolitiker, die nach der Zerschlagung des eritreischen Bundesstaates entstanden war, hatte zusammen mit fortschrittlichen Kräften in zwei Kongressen seit 1969 ein national-demokratisches Programm (nationale Unabhängigkeit, demokratische Entwicklung, Überwindung ethnischer und religiöser Gegensätze, Antiimperialismus) entwickelt.

Im Streit um die Durchführung dieses Programms kam es zu einer Spaltung in die ELF Osman Saleh Sabbes (ELF-Volkskräfte) und die ELF Hurui Tetla Bairus (ELF/PLF oder lediglich PLF = Volksbefreiungsfront). In der Folge kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Bewegungen.

Beide Organisationen wurden im Ausland von fortschrittlichen Eritrea-Gruppen unterstützt. Beide Gruppen werfen sich gegenseitig vor, von reaktionären arabischen Regimen unterstützt zu werden. Beide Bewegungen erhalten nach Presseberichten ihre Waffen aus Libyen, Syrien, Saudi-Arabien und vermutlich auch aus dem Sudan.

Mitte Januar 1975 beschlossen beide Bewegungen dann aber doch, gemeinsam gegen die Zentralregierung vorzugehen.

Als dritte, militärisch ins Gewicht fallende Gruppierung, schloß sich im Januar 1975 ein Enkel Haile Selassies, Fürst Mengesha Syoum, mit einer Privatarmee von angeblich 1000 Mann den Befreiungsbewegungen an.

Den Befreiungsbewegungen wurde es im Verlauf ihres Kampfes gegen die äthiopische Zentralregierung zunehmend schwieriger, sich in etwaigen Verhandlungen auf eine bundesstaatliche Lösung, wie vom Militärrat gefordert, einzulassen. Grund dafür waren die enorme Popularität der Sezessionsforderungen - dies vor allem, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die neue Regierung in Addis Abeba Anstalten machte, das Land genauso zu unterdrücken wie das untergegangene Feudalregime. Überdies fürchteten fortschrittliche Kräfte, wohl vor allem in der PLF, in einem etwaigen Bundesstaat an politischem Einfluß zu verlieren.

In einem Interview mit der italienischen Zeitung "Lotta Continua" (21.2.75) stellte der Führer der PLF Hurui Tetla Baoru fest: "Unser Kampf ist ein national-demokratischer. In unserer Front sind alle Klassen vertreten. Das Minimalprogramm, das uns alle vereint, ist der Antikolonialismus, der Antiimperialismus, basierend auf einer demokratischen Perspektive... unser Ziel innerhalb der ELF besteht darin, die politische Führung der revolutionären Kräfte, das heißt der marxistisch-leninistischen Kräfte zu erreichen und auszubauen."

Rahmen Schüler, Lehrer und Studenten aufs Land beordert werden, um hier die Alphabetisierung voranzutreiben und mit dem Aufbau von landwirtschaftlichen Kommunen und Genossenschaften zu beginnen, erfolgreich weiterzulaufen. Von den Gewerkschaften, die sich im vergangenen Jahr als wichtiger Motor im Kampf gegen das alte Feudalregime erwiesen (vgl. Chronik der Hefte 34-38), wird berichtet, daß sie weiter hinter dem Militärrat stehen.

Auch zur Überwindung der langjährigen Dürrekatastrophe in den Provinzen Wollo, Tigre und Shao sind vom Militärrat Schritte eingeleitet worden: So müssen alle Äthiopier, die monatlich umgerechnet mehr als 580 DM verdienen, an einen Dürre-Notfond eine Sondersteuer entrichten.

Die USA setzen auf beide Seiten im Eritrea-Krieg

6.2. - 26.2.75 (FR) /
24.2.75 (afrique-asie)
Die USA, zuverlässige Verbündete des äthiopischen Feudalsystems unter Haile Selassie, verhielten sich in den Vormonaten zunächst abwartend. Aus neueren Meldungen geht jedoch hervor, daß die USA mittlerweile zum einen weiterhin militärisch die äthiopische Zentralregierung in Addis Abeba unterstützen und zum anderen aber auch auf die Entwicklung in Eritrea Einfluß nehmen wollen. Die Bedeutung Äthiopiens, insbesondere Eritreas, für die USA liegt weniger in der technisch schon veralteten Militärbasis Kagnew bei Asmara ("Horchposten" für den Funkverkehr im Nahen Osten und Bodenstation für das Satellitennetz der US-Armee; mit 5000 Mann die größte US-Basis in Afrika). Wichtiger ist für die USA, daß der Ausgang des Roten Meers, die Meerenge von Bab-el-Mandeb, nicht in die Hand antiimperialistischer Kräfte fällt. Zu diesen wird man schon Somalia und die VR Jemen (Südjemen) zählen müssen. Den genannten Ländern steht auf der anderen Seite die "pro-westliche" Republik Jemen, Israel (Israel hält mit stillschweigender Billigung der äthiopischen Zentralregierung eritreische Inseln in der genannten Meerenge besetzt); und weiter: Frankreich mit seiner Kolonie Afar und Issa (Djibuti) und, bislang jedenfalls, Äthiopien mit seiner Provinz Eritrea gegenüber. Mit einer Unabhängigkeit Eritreas könnte nun in diesem für die Kontrolle des Indischen Ozeans wichtigen Bereich ein bedeutendes Stück der Westküste des Roten Meeres dem imperialistischen Zugriff der USA entzogen werden. Es wird daher von politischen Beobachtern durchaus für wahrscheinlich gehalten, daß die Unterstützung, die den eritreischen Befreiungsbewegungen seitens des erzreaktionären Regimes in Saudi-Arabien zuteil wird (vgl. Chronik, Heft 41/42) im Auftrag oder in Absprache mit der USA erfolgt. Auch der im Dezember gescheiterte sudanesische Vermittlungsversuch zwischen der äthiopischen Zentralregierung und den eritreischen Befreiungsbewegungen könnte auf Initiative der USA zustandegekommen sein.

Zehn Tage bei der Befreiungsfront

Charles Glass von der "Chicago Daily News" verbrachte zehn Tage bei der Befreiungsfront von Eritrea, wobei er durch das ganze Landreiste. Er berichtet: Die Kampagne der Befreiungsfront von Eritrea zur Gewinnung der Unabhängigkeit von Äthiopien wird zu einer Massenerhebung. Wo immer ich mit den Guerillakämpfern hinkam, wurden diese enthusiastisch begrüßt. Ich traf hunderte Schüler, die ihre Schulen verlassen haben, um sich den Rebellen anzuschließen. Ausgerüstet mit russischen leichten automatischen Waffen, die von Syrien und dem Irak geliefert wurden, bewegen sich die Rebellen frei durch das Land. Wir trafen nirgends auf Widerstand seitens der äthiopischen Armee und wir sahen auch keine Flugzeuge.

Eine gemischte Gruppe von Christen, Moslems und Animisten, Rekruten für die Befreiungsfront, erklärten mir, daß jede Terroraktion der äthiopischen Armee weitere junge Leute für den Guerillakampf mobilisiert. Die Befreiungsfront gewinnt auch die Unterstützung durch die nomadisierenden Hirten. Diese führten uns in der Wüste von einer Wasserstelle zur anderen. In den Gebieten, die wir besucht haben, überschreitet die Unterstützung der Befreiungsfront alle religiösen und Stammesgrenzen. "Wir sind eine Front und keine politische Partei", erklärte mir ein Sprecher der Befreiungsfront. Die Eritreer wehren sich gegen den Versuch, ihnen die amharische Sprache aufzuzwingen. Der Prozeß der Amharisierung begann bereits vor der Annektion der früheren italienischen Kolonie durch Haile Selassie im Jahre 1962 und war einer der entscheidenden Gründe für die Formierung der Befreiungsfront im Jahre 1961. Ihre Ziele für die Zeit nach Erreichung der Unabhängigkeit sind die Rückführung der Flüchtlinge aus dem Sudan, die Ausbeutung der Mineralschätze der Region, die Erdöl und Phosphat einschließen, und Zusammenarbeit mit Äthiopien. Die Befreiungsfront erklärt, daß der Staat die Bodenschätze ausbeuten müsse, da es im Land kein Privatkapital gebe, das dazu imstande wäre.

aus: International Herold Tribunal vom 4.3.75

Zentralregierung verkündet radikale Landreform

5.3.75 (NZZ)
Mit der Verkündigung einer umfassenden Landreform hat der äthiopische Militär-

rat den bisher größten Schritt in Richtung des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Äthiopien vollzogen. Privater Landbesitz wurde abgeschafft, der Einsatz von bezahlten Hilfskräften in der Landwirtschaft untersagt und das gesamte Ackerland verstaatlicht. Das überlieferte Pachtsystem, nach dem die Bauern große Teile ihrer Ernteerträge an die Gutsherren abliefern mußten, wurde für nichtig erklärt. Ein Landverteilungsplan sieht Zuteilungen von bis zu zehn Hektar für Einzelpersonen, bis zu 800 Hektar für Dorfgenossenschaften und größerer Flächen für Bezirksgenossenschaften vor. Enteignete Gutsbesitzer werden für Gebäude, jedoch nicht für den Boden entschädigt.

DAHOMEY

Beim Putschversuch von eigenen Leuten festgenommen

25./26.1.75 (Le Monde/NZZ) / 10.2. und 10.3.75 (afrique-asie)
Janviet Assogba, Minister und Garnisonskommandant, wird bei einem Putschversuch gegen die Regierung Kérékou von den von ihm selbst befehligten Soldaten festgenommen, als diese sein Vorhaben erkennen. Andere Einheiten schließen sich den gegen Assogba meuternden Truppen an und erklären sich loyal mit der Regierung. Am Tage darauf kommt es zu Massendemonstrationen für Kérékou.

Die Regierung Kérékou verfolgt seit 1974 einen sozialistischen Kurs. Im Rahmen dieser Politik nahm die Regierung eine Reihe von Verstaatlichungen vor und verfügte einen Stop für ausländische Privatinvestitionen. Von dieser Politik sind insbesondere eine Reihe von ausländischen Erdölgesellschaften (vgl. Chronik, Heft 41/42) betroffen, die sich Hoffnung auf eine Ausbeutung der vor der Küste von Dahomey neu entdeckten Erdölvorkommen machten.

Als Hintermänner des genannten Putschversuches gelten Angehörige des auswärtigen Dienstes des Landes. Nach Meinung von Beobachtern sollen diese allerdings als Mittelmänner ausländischer Interessengruppen fungiert haben.

GUINIEA-BISSAU / KAPVERDISCHE INSELN

Schwedische Hilfszusage

18.2.75 (afp Interafrican News Survey)
Guinea-Bissau erhält von der schwedischen Regierung technische Hilfsleistungen im Werte von umgerechnet 9,2 Mill. Dollar zugesagt. Zur Überwindung der Hungersnot auf den Kapverdischen Inseln will Schweden 2000 t Weizen und einige hundert Tonnen Trockenfisch zur Verfügung stellen.

Mendes in der Sowjetunion

25.2.75 (afp Interafrican News Survey)
Guinea-Bissaus Ministerpräsident Francisco Mendes hält sich zu einem einwöchigen Besuch in der Sowjetunion auf.

Seine Verhandlungen mit der sowjetischen Führungsspitze resultieren in der Unterzeichnung von Verträgen über wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit (genaueres ist aus den vorliegenden Pressemeldungen nicht zu entnehmen).

Pereira kündigt blockfreie Politik an

10.3.75 (afrique-asie)
Auf einer Kundgebung Mitte Februar im Stadion von Mindelo, an der 30 000 Menschen teilnehmen, erklärt der Generalsekretär der PAIGC, Aristides Pereira, daß die Vereinigung der Kapverden und Guinea-Bissaus erst stattfinden werde, nachdem beide Völker sich dafür frei entschieden hätten. Der neue Staat werde eine Politik totaler Blockfreiheit verfolgen; etwas anderes grenze für ein Entwicklungsland wie Guinea-Bissau an Selbstmord.

Dürre-Katastrophe auf Kapverden

14.3.75 (FR)
Die Kapverdischen Inseln (zum gegenwärtigen politischen Status der Inseln vgl. Chronik, Heft 41/42) erleben zur Zeit eine Dürreperiode katastrophalen Ausmaßes. Klimatologisch mit zum Sahel-Gürtel gehörend, sind auf den Inseln wie in den übrigen Ländern dieser Zone in den zurückliegenden 7 Jahren keine nennenswerten Regenfälle mehr registriert worden. Dementsprechend meldeten die Bauern der Inseln im vergangenen Jahr einen Ernteausfall von ca. 90 %. Aufgrund der "Mauer des Schweigens" (PAIGC-Mitglied Pedro Pires), die das faschistische Portugal um die Katastrophe errichtet hatte, konnte die PAIGC erst im vergangenen Jahr mit Hilfsgesuchen an die Weltöffentlichkeit treten. Die deshalb erst jetzt allmählich eintreffenden Hilfsgüter und Unterstützungsangebote erweisen sich nach Angaben der PAIGC noch als völlig unzureichend, um dem Hunger auf den Kapverdischen Inseln erfolgreich begegnen zu können (vgl. dazu den Spendenaufruf in den "blättern", Heft 38).

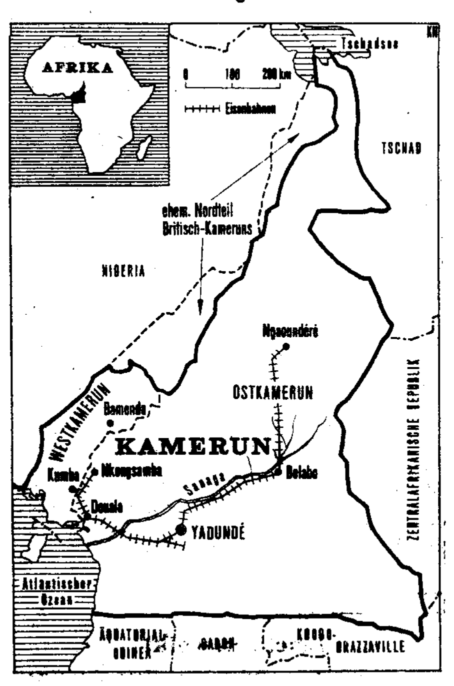
KAMERUN

Befreiungskampf der UPC endgültig gescheitert

21.2.75 (jeune afrique) /
26.2.75 (Le Monde/NZZ)
Die Regierung Ahidjo gibt die Aufhebung des in Kamerun seit Jahren gültigen Passierscheingesetzes, das der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung diente, bekannt. Damit soll von Regierungsseite das endgültige Scheitern des annähernd 2 Jahrzehnte dauernden Widerstandskampfes der Union des Populations du Cameroun (UPC) unter Führung von Ruben Um Nyo-

bés dokumentiert werden. Nyobé hatte schon vor der Unabhängigkeit Kameruns mit einem antikolonialistischen Programm gegen den heutigen Präsidenten Kameruns, Ahidjo, um die Führung des Landes für die Zeit nach der Erlangung der Unabhängigkeit gekämpft. Von Kameruns ehemaligen Kolonialherren Frankreich favorisiert und massiv unterstützt, wurde dennoch Ahidjo Kameruns erster (und bislang einziger) Präsident. In den nachfolgenden 14 Jahren seiner Präsidentschaft, in denen sich Ahidjo als ein zuverlässiger Garant französischer Kapitalinteressen in Kamerun erwiesen hat, gelang es diesem dann unter Einsatz der Armee, trickreicher Verhandlungsmanöver und eines massiven Terrors der Justizorgane, jede Gegenwehr seitens der UPC zu erstikken. So konnte jüngst Armeeminister Daoudou der Öffentlichkeit melden, daß von den "10 000 UPC-Rebellen heute nur noch 20 übrig geblieben" seien. Entsprechend sollen gegenwärtig in Kamerun in Gefängnissen und in Straflagern mehrere tausend politische Gefangene inhaftiert sein, von denen ein Großteil noch auf ein Gerichtsurteil wartet.

Der inzwischen erneut fällig gewordene Termin für die Wiederwahl Präsident Ahidjos ist von der Regierung auf den 5. April festgelegt worden. Einziger Kandidat der in Kamerun herrschenden Einheitspartei, Union Nationale du Cameroun, ist mittlerweile zum vierten Mal: Präsident Ahidjo.



KENIA

Oppositioneller Parlamentarier Opfer eines (bestellten?) Mordes

In Nairobi fällt Anfang März das Parlamentsmitglied Josiah Mwangi Kariuki einem Attentat zum Opfer. Seine Leiche wird auf einem Feld in der Nähe von Nairobi aufgefunden. Mwangi Kariuki hatte in den Vormonaten wiederholt scharfe Kritik an den Ausbeutungsverhältnissen in Kenia (insbesondere an der ungerechten Bodenverteilung) geübt und genoß in der breiten Bevölkerung wachsende Popularität. Nach Bekanntwerdung seiner Ermordung (von politischen Beobachtern wird es für nicht ausgeschlossen gehalten, daß seine Ermordung "behördlich" angeordnet worden ist) kommt es in Nairobi zu größeren Demonstrationen.

LESOTHO

Pläne für Staatsstreich in Lesotho

Ende März (iz3w)
Wie uns aus zuverlässig informierter Quelle mitgeteilt worden ist, existieren seit geraumer Zeit Pläne für einen Umsturz in dem kleinen, von dem Territorium der Republik Südafrika eingeschlossenen, politisch formell selbständigen Staat Lesotho. Unter dem Eindruck der letztjährigen fundamentalen Veränderungen im südlichen Afrika und in Reaktion auf den Dezember-Streik der Basotho (Wanderarbeiter aus Lesotho) in den südafrikanischen Goldminen von Vaal Reefs (vgl. Chronik, Heft 41/42) geht Präsident Jonathan, bislang treuer Vasall des Vorster-Regimes in Südafrika, neuerdings auf Konfliktkurs der südafrikanischen Regierung gegenüber. Dieser Entwicklung sollen die genannten Umsturzpläne entgegenwirken. Führer des noch für dieses Jahr ins Auge gefaßten Putsches soll der oppositionelle Politiker Mokhele sein. Ihm ist hierfür eine "wirksame" Unterstützung seitens der Vorster-Regierung zugesagt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die sambische Regierung offenbar in die Umsturzpläne eingeweiht ist (ohne daß von ihr bislang Einspruch gegen sie erhoben worden ist!). So sollen die Pläne u.a. auch bei den Verhandlungen zur Sprache gekommen sein, die die Regierung Vorster jüngst mit der sambischen Regierung über die Lösung der Rhodesienfrage geführt hat.

MADAGASKAR

Ermordung Ratsimandrava's gefährdet Fokonolona-Bewegung

17.1. - 27.1.75 (FR/NZZ/Le Monde/jeune afrique/afrique-asie)
Nachdem am 31.12.74 ein Putschversuch des Oberst Rajonarison gescheitert war, verschärfte sich die politische Krise des Landes. Hinter dem Putsch standen die Verfechter einer neokolonialen Politik, vor allem die kasernierte Polizei und Angehörige der sog. Sozialistischen Partei (PSM).

Seit Mitte Januar überstürzten sich dann die Ereignisse. Unter dem Druck progressiver Kräfte, vor allem des nationalen

Entwicklungsrates - Vertreter der bäuerlichen Selbstverwaltung - trat Regierungschef Ramanatsoa zurück und überließ einige Tage später die Macht seinem Innenminister Ratsimandrava.

Anfang Februar putschten wiederum kasernierte Polizei und PSM-Angehörige. Das Militär, das seit 1972 an der Macht ist, konnte sich wiederum behaupten, doch wurde Regierungschef und Ex-Innenminister Ratsimandrava ermordet. Neuer Regierungschef wurde General Andrimahazo.

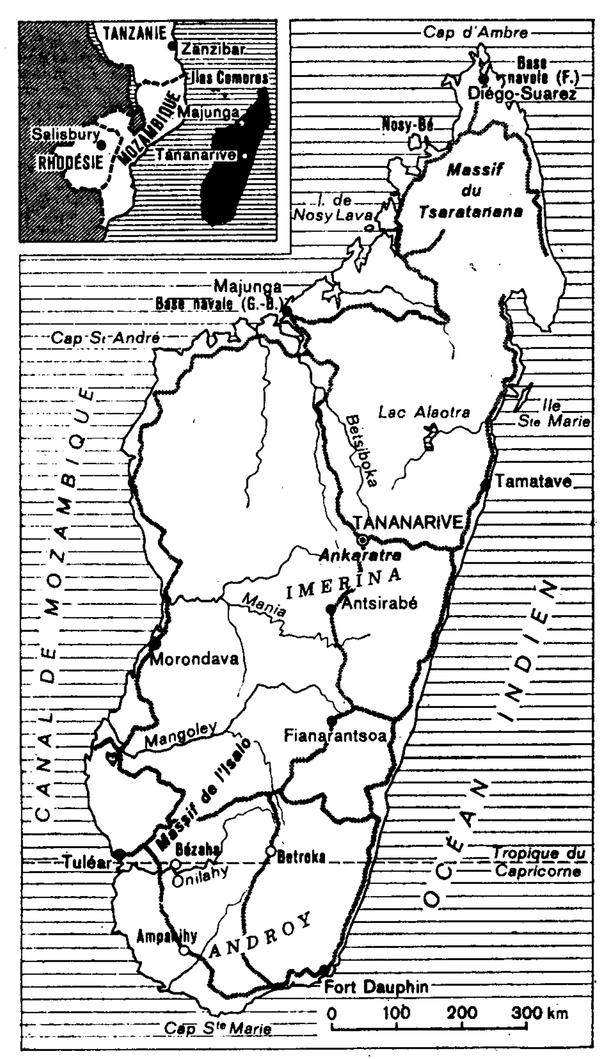
Das Militär war 1972 an die Macht gekommen, nachdem es in der Bevölkerung zu massiven Protesten gegen die neokolonialistische Politik der von der PSM (Sozialistische Partei) getragenen Regierung unter Präsident Tsiranana gekommen war. Tsiranana stützte sich auf das einheimische Bürgertum und französische Interessengruppen (Frankreich ist Madagaskars frühere Kolonialmacht) und schien auch mit der Vorster-Regierung in Südafrika zu sympathisieren.

Die der Regierung Tsiranana nachfolgende Militärregierung betrieb eine unentschiedene Schaukelpolitik, wobei sie sich einerseits immer wieder von den gleichen neokolonialistischen Kräften unter Druck setzen ließ, die bereits Tsiranana unterstützt hatten, andererseits aber versuchte, den Forderungen aus der breiten Bevölkerung nach einer sozialistischen und konsequent antikolonialistischen Politik gerecht zu werden. Erfolg dieser Politik war der Austritt Madagaskars aus der Franc-Zone und die Nationalisierung einiger französischer Unternehmen. Frankreich behielt ungeachtet dessen aber starken Einfluß auf das politische und ökonomische Geschehen in Madagaskar.
Motor einer sozialistischen und auf nationale Unabhängigkeit abzielenden Politik in der Regierung der Militärs war seit der Machtübernahme 1972 allein Innenminister Ratsimandrava. Gegen den Widerstand seiner Regierungskollegen strebte er eine Mobilisierung der Landbevölkerung im Rahmen einer Wiederbelebung der Fokonolona-Dorf-Idee an.

Die Fokonolona-Dörfer, etwa den heutigen Ujamaa-Dörfern Tansanias vergleichbar, waren vom Ende des 18. Jahrhunderts an bis um 186o (Beginn der französischen Kolonisation) die Basis-Zellen der madagassischen Gesellschaft. Sie verloren dann durch die allmähliche Erstarkung der staatlichen Zentralgewalt und durch die dem Agrarbereich aufgezwungenen monokulturellen Veränderungen, beides Ergebnisse der französischen Kolonisation, an Bedeutung.

Die auf Initiative Ratsimandravas seit 1973 mit Erfolg neu ins Leben gerufenen Dörfer -Ratsimandrava verstand es, sich mit dieser Politik breiten Rückhalt in der ländlichen Bevölkerung zu verschaffen - bauen ökonomisch auf freiwillig gegründeten Produktionsgruppen (Basisgemeinschaften) auf. In jeweils direkter Wahl schaffen sich diese Gruppen eigene höhere Verwaltungseinheiten: Komitees, Lokalräte, Provinzräte, Nationaler Entwicklungsrat. Die höheren Verwaltungseinheiten bilden ihrerseits eigene Produktions-, Handels- und Kapitalverkehrs-Einrichtungen.

Die koloniale Bourgeosie Madagaskars sieht in der Fokonolona-Bewegung freilich ihre materielle Existenzgrundlage bedroht. Wo die Bewegung Fuss gefasst hat, werden jener die Einkommen aus Verpachtungen, dem Landhandel, dem Export- und Bankgeschäft genommen. Desgleichen wird der aus der Kolonialzeit übernommene Verwaltungsapperat durch die Selbstverwaltungsorgane der Fokonolona-Dörfer eines wesentlichen Teils seiner Funktionen beraubt.



Madagaskar

Die nach den zwei fehlgeschlagenen Putschversuchen der letzten Monate gebildete Regierung unter General Andrimahazo hat mittlerweile den madagassischen Bauern zugesichert, daß sie alles tun werde, die Fokonolona-Bewegung voranzuteiben. Beobachter bezweifeln jedoch, ob die Bewegung nach dem Tod Ratsimandravas, dem bisherigen Motor dieser Bewegung, dazu noch die Durchsetzungskraft besitzt- dies schon deshalb, weil die regierenden Militärs zudem unter dem Druck weiterer Putschdrohungen zu handeln haben. werden.

MOZAMBIQUE

Weniger weiße Emigranten als erwartet

24.1.75 (afp Interafrican News Survey)
Die Zahl der seit dem 25. April letzten Jahres aus Mozambique emigrierten Weißen und solcher, die dieses für die nächste Zukunft planen, wird von offizieller Seite in Mozambique auf ca. 25 000 (ursprüngliche weiße Bevölkerung insgesamt ca. 145 000) geschätzt. Die Zahl ist damit erheblich niedriger ausgefallen als nach dem Umsturz in Portugal vorausgesagt wurde. Dies ist zweifellos auch als ein erster Erfolg der auf Ausgleich und rassischer Versöhnung abgestellten Politik der FRELIMO zu werten.

Planmäßige Fertigstellung von Cabora-Bassa-Projekt

25.1.75 (SZ)
Das Cabora-Bassa-Staudamm-Projekt wird, so ein Sprecher des am Bau mitwirkenden deutschen Firmenkonsortiums, plangemäß fertiggestellt. Portugal wird sich auch weiterhin an die vor dem 25. April eingegangenen Zahlungsverpflichtungen halten; ebenso lägen seitens der FRELIMO keine Einwände vor gegen die geplante Lieferung von Cabora-Bassa-Strom an Südafrika. Ein Reporter der Frankfurter Rundschau bestätigt in diesem Sinne Anfang März (7.3.), daß das Staudammprojekt entsprechend der ihm von der FRELIMO zugewiesenen "Dringlichkeit" kurz vor der Fertigstellung stehe (1. Bauabschnitt).

Scharfe Erklärung gegen Rhodesien und SAR

2.2./19.2.75 (Sunday Times/FR)
In einer in dieser Form bislang nicht beobachteten Schärfe betont Mozambiques Ministerpräsident Chissano, daß die FRELIMO Rhodesien und die Republik Südafrika als "feindliche Staaten" betrachte. Chissano deutet in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der Errichtung von Stützpunkten für rhodesische und südafrikanische Befreiungsbewegungen auf mozambiquanischem Territorium an.

In einem ähnlichen Sinne hatte sich einige Wochen zuvor schon der ANC-Führer Oliver Tambo aus Südafrika geäußert: So würde der ANC in absehbarer Zeit in Lourenco Marques ein politisches Büro eröffnen. Aktive militärische Unterstützung seitens der mozambiquanischen Regierung erwarte der ANC von dem Zeitpunkt ab, an dem Mozambique seine gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme überwunden hätte.

Machel in VR China und Nordkorea

3.3./14.3.75 (tanz. Daily News/ Diario de Noticias)
Der Präsident der FRELIMO erhält bei seinen mehrtägigen Besuchen in der VR China und in Nordkorea von den Regierungen dieser Länder Zusagen über technische und finanzielle Hilfe. Mit beiden Ländern wird für den 25. Juni (Unabhängigkeitsdatum für Moz.) der Austausch von Botschaftern vereinbart. Machel plant für die Zeit vor dem 25. Juni auch einen Besuch der Sowjetunion.

NIGERIA

Arbeitskämpfe weiten sich aus

15./16./17.2.75 (Le Monde)
Die Streikbewegung in Nigeria (vgl. Chronik, Heft 41/42) dehnt sich aus, nachdem General Gowon den Machtkampf mit den Gewerkschaften durch Verhaftung von 7 Gewerkschaftsführern suchte. Gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften (durch Verhaftungen und Notstandsmaßnahmen) und für die Erhöhung der seit Jahren eingefrorenen Löhne werden im Lande gegenwärtig Banken, Handelsunternehmen, Krankenhäuser, Eisenbahnen und die Bauunternehmen bestreikt. Die Streikbewegungen greifen auch auf die Universitäten über, ohne daß es hier jedoch zu einer breiteren Solidarisierung mit den Arbeitern kommt.

20 Mrd. aus dem Rohöl-Export

11.3.75 (NZZ)
Umgerechnet etwa 20 Mrd. DM hat nach Mitteilung der Zentralbank des Landes der nigerianische Staat im vergangenen Jahr aus Export von Rohöl bezogen. In anderen Wirtschaftsbereichen stagnierten die Ausfuhren.

Döpfner: Ideologische Angriffe auf Unternehmer und Kirche

München (dpa)
Ideologische Angriffe auf die soziale Marktwirtschaft sind nach Ansicht von Julius Kardinal Döpfner teil einer Gesamttendenz, die nicht nur die Unternehmerschaft, sondern auch die Kirche und die gesamte freiheitliche Gesellschaft bedrohe, erklärte der Erzbischof von München-Freising in einem Vortrag vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie, der in der Münchner Ordinariatskorrespondenz veröffentlicht wurde. Der Kampf gegen die Rechte des Bürgers erschöpfe sich nicht mehr in Angriffen auf das private Eigentum und den privaten Unternehmer, sondern beziehe auch die gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen ein. Kirche und Unternehmerschaft stünden der gleichen Herausforderung gegenüber, sagte der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz.
SZ vom 5/6.4.75

RHODESIEN

(siehe dazu im vorliegenden Heft den Artikel zum Thema:"Weiße Verhandlungsstrategie geplatzt")

Schwere UN-Vorwürfe gegen die Bundesregierung

31.3./10.2.75 (Stuttg. Zeitung/FR)
Wie aus einem Bericht des Sanktionsausschusses des Weltsicherheitsrates hervorgeht, spielen - gedeckt durch

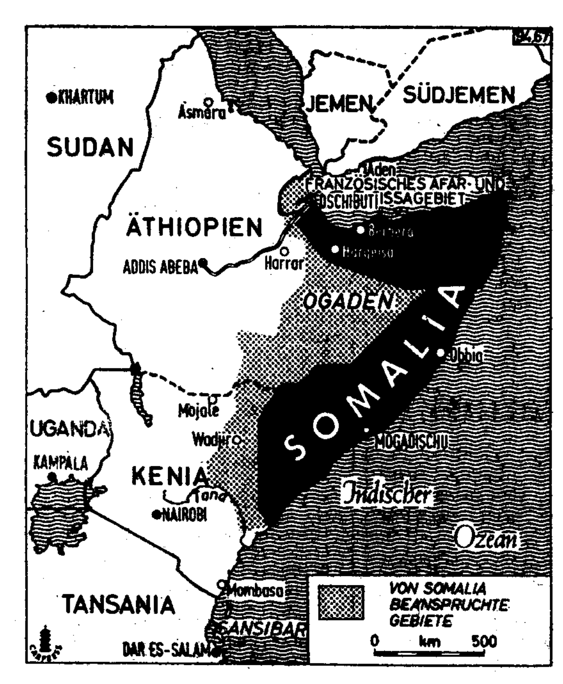
die Bundesregierung - westdeutsche Konzerne weiterhin eine führende Rolle beim Ausbau der rhodesischen Stahlproduktion. Beteiligt sind neben der verstaatlichten österreichischen VÖEST die westdeutschen Firmen Lurgi, Klöckner Werke, Neunkirchener Eisenwerk AG und die Deutsche Bank (vgl. dazu Chronik, Heft 36/37).

Wie in solchen Fällen üblich, versicherte die Bundesregierung, die sich von diesen Vorwürfen überrascht zeigt, die Angelegenheit werde "äußerst energisch" untersucht.

SOMALIA

Drastisches Vorgehen der Regierung gegen konserv. Moslems

21.1. - 25.1.75 (FR/NZZ/Le Monde)
In Somalia werden 10 aus ihren Moscheen heraus verhaftete Geistliche zum Tode verurteilt und öffentlich hingerichtet. Mit dieser Aktion will die Regierung den Widerstand konservativer islamischer Kreise gegen ihre Reformbemühungen brechen. Aktueller Anlaß der Hinrichtungsaktion war eine von der genannten Gruppe getragene Kampagne gegen die kürzlich von der Regierung verfügte rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen im Somalia.



Erfolgreicher Kampf gegen die Dürre-Katastrophe

4.2./12.2.75 (NZZ)
Als einem klimatologisch der Sahel-Zone zuzurechnenden Land sind auch in Somalia breite Teile der ländlichen Bevölkerung von der Sahel-Dürre-Katastrophe betroffen. Im Gegensatz zur Regierung des Nachbarlandes Äthiopien hat sich die somalische Regierung jedoch von Anfang an um eine wirksame Bekämpfung der Dürrefolgen bemüht und vermochte, bislang jedenfalls, wesentlich aus eigenen Kräften eine breite Hungerkatastrophe vom Land abzuwehren. Die Regierung konnte dabei auf die schon vor der Dürre in Angriff genommenen landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramme zurückgreifen und sich auf eine durch politische Mobilisierungskampagnen zur aktiven Mithilfe befähigten ländlichen Bevölkerung stützen.

SÜDAFRIKA / NAMIBIA

Manipulierte Ovambo-Wahlen

14.1. - 22.1.75 (FR/Times/Guardian)
Bei den Wahlen für den sog. Gesetzgebenden Rat des Ovambo-Homeland (das den Ovambo in Namibia verbliebene Stammesgebiet) wird von offizieller Seite eine Wahlbeteiligung von 40 % geschätzt (die SWAPO spricht demgegenüber von nur 22 %; in späteren Zeitungsmeldungen ist verschiedentlich von "mehr als 50 %" die Rede). Von den ca. 350 000 in Namibia lebenden Ovambo waren rund 120 000 zur Wahl zugelassen. Mit 40 bzw. 50 oder auch 22 % ist die Wahlbeteiligung deutlich höher als erwartet ausgefallen. Die in Namibia kämpfende Befreiungsbewegung SWAPO, die in dem Ovambo-Stamm eine breite Anhängerschaft besitzt, hatte zu einem Boykott der Wahlen aufgerufen (ein Boykott-Aufruf der SWAPO zum gleichen Anlaß vor 18 Monaten war von mehr als 95 % der Ovambo beachtet worden). Die in der genannten Höhe registrierte Wahlbeteiligung erklärt sich nach Angaben der englischen Zeitung "Guardian" (vom 20.1.) aus der Tatsache, daß die alte Stammesaristokratie der Ovambo (Häuptlingsfamilien), die die Föderationspläne Vorsters für Namibia (vgl. Chronik Heft 39) offen unterstützt, sich (demzufolge) dem Boykott-Aufruf der SWAPO nicht angeschlossen und die unmittelbar unter ihrer Herrschaft stehenden Stammesmitglieder vielfach direkt zur Stimmabgabe gezwungen habe. In gleicher Weise sollen nach Angabe zweier Bischöfe der Evangelisch-Lutherischen Ovambo-Kavango-Kirche weiße Unternehmer und Farmer mit ihren Ovambo-Kontraktarbeitern verfahren sein. Hinzukommt, daß es der SWAPO von behördlicher Seite verwehrt war, ihren Boykott-Aufruf öffentlich zu propagieren.
Der vergleichsweise hohen Beteiligung an den obengenannten Wahlen kommt insofern Bedeutung zu, als diese Wahlen von der Regierung Vorster zugleich auch als ein Plebiszit über die von ihr für Namibia vorbereiteten Föderationspläne (vgl. Chronik Heft 39) deklariert worden sind. Den Absichten Vorsters zufolge sollen die in den Ovambo-Rat gewählten Personen aus ihren Reihen die Ovambo-Bevollmächtigten für die Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres ins Auge gefaßten interrassischen Verhandlungen über die von Vorster konzipierte sog. föderative Lösung des Namibia-Problems wählen.

MacBride: Unabhängigkeit binnen Frist von 3 Jahren

17.1.75 (Daily News/Tanz.)
Nach Meinung des UN-Kommissars für Namibia, MacBride, wird Namibia noch im Verlauf der nächsten 3 Jahre unabhängig werden. Dafür sprächen 3 Sachverhalte: 1) die Unterstützung, die den Befreiungsbewegungen in Namibia von dem im November unabhängig werdender Angola zuteil werden wird; 2) die Schwierigkeiten, die Südafrika aus der Verteidigung seiner Grenzen gegenüber Mozambique und Angola erwachsen; 3) die Tatsache, daß die Staaten der OAU nach dem erfolgreichen Ende der Befreiungskämpfe in Mozambique und Guinea-Bissau ihre Hilfe-Angstrengungen nun ganz auf den Befreiungskampf in Zimbabwe und Namibia korzentrieren können.

SWAPO-Bedingungen für Verhandlungen

18.1.75 (Times)
Die SWAPO nennt ihre Bedingungen für Verhandlungen mit der Regierung Vorster: 1) Anerkennung der Rechte des namibischen Volkes auf volle Unabhängigkeit und nationale Souveränität; 2) Anerkennung der Unverletzbarkeit der territorialen Integrität Namibias; 3) Anerkennung der SWAPO als die einzige authentische Repräsentantin des Namibischen Volkes; 4) Freilassung aller politischen Gefangenen in Namibia; 5) Rückkehrerlaubnis für alle zwangsweise im Exil lebenden Namibianer; 6) Vor Aufnahme von Verhandlungen Rückzug aller in Namibia stationierten südafrikanischen Militär- und Polizei-Einheiten. Sollte es nicht bald auf der Grundlage dieser 6 Bedingungen zu Verhandlungen mit der südafrikanischen Regierung kommen, werde die SWAPO, so SWAPO-Präsident Sam Mujoma, unter Einsatz aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel ihren bewaffneten Kampf fortsetzen.

Vorsters Verhandlungen mit Bantustans-Chiefs

24./25.1.75 (NZZ/FR/The Star)
Premierminister Vorster ist ein weiteres Mal mit den Chefministern der 8 Bantustans in Südafrika zusammengetroffen (zum ersten Zusammentreffen dieser Art vgl. Chronik Heft 34 u. 35). Zur Diskussion standen diesmal vor allen Dingen "Probleme" der in den Städten Südafrikas ansässigen Schwarzenbevölkerung. Die Bantuanführer - sie rekrutieren sich in der Regel aus den alten Stammesaristokratien und können sich von daher nicht als demokratisch legitimierte Sprecher der Schwarzenbevölkerung in Südafrika ausweisen - hatten sich mit einem umfangreichen Katalog von Forderungen auf das Treffen mit Vorster vorbereitet. Die überwiegende Mehrzahl dieser Forderungen wurden erwartungsgemäß von Vorster zurückgewiesen. Dazu gehörte nach Auskunft der südafrikanischen Zeitung "The Star" u.a. die Forderungen nach: 1) Recht für Afrikaner auf Erwerb von Hauseigentum in den afrikanischen Wohnvierteln (d.h. Afrikaner-Slums) der städtischen Zentren Südafrikas (die 1948 an die Macht gelangte Regierung der Nationalen Partei hatte konsequent in den von der weißen Minderheit in Südafrika beanspruchten Gebieten alle dort z.T. schon seit mehreren Generationen ansässigen Afrikaner ihres Besitzes an Häusern, Boden, Geschäften u.ä. beraubt - dies u.a. auch deshalb, um den Afrikanern die Möglichkeit zu nehmen, aus bestimmten Eigentumstiteln ein permanentes Wohnrecht in dem "Weißen Homeland" abzuleiten). 2) Abschaffung der behördlichen Kontrollen über den Zuzug von Afrikanern in die Weißen-Gebiete Südafrikas (entsprechend dem südafrikanischen Paßgesetz ist der Aufenthalt von Afrikanern in den genannten Gebieten an eine behördliche Erlaubnis und an einen Arbeitskontrakt mit einem weißen Arbeitgeber gebunden. Afrikaner, die hier ohne solchen Nachweis angetroffen werden, werden als Kriminelle behandelt und entsprechend bestraft). 3) Beseitigung der ethnischen Gruppensiedlungen in den Afrikanervierteln der Städte Südafrikas.(Nach dem Teile- und Herrsche-Prinzip ist die südafrikanische Regierung bemüht, alte Stammesgegensätze und -konflikte zu konservieren. Dem Zweck dient auch die nach Stammeszugehörigkeit getrennte Ansiedlung von Afrikanern in den Städten. So finden sich beispielsweise in Soweto, einem Afrikaner-Slum in Johannesburg, 26 verschiedene ethnische Gruppensiedlungen.); 4) Gewerkschaftsrech-

Stellenangebote

Wollen Sie dem alten Europa für einige Zeit den Rücken kehren? Dann wagen Sie den Sprung nach

Süd-West-Afrika

Wir suchen

Lehrer und Lehrerinnen

für den deutschsprachigen Unterricht dieses Landes. Deutsch ist die Muttersprache von 30 Prozent der weißen Bevölkerung.

Sie könnten „unser Mann" sein, sofern Sie die zweite Lehrerprüfung haben und bereits 2 Jahre im Schuldienst tätig sind, eine Chance, die Sie herausfordert! Wir suchen vor allem Grund- und Realschullehrer mit den Fächern Deutsch, Naturwissenschaften, Mathematik, Werkunterricht und Hauswirtschaftskunde.

Neben der ortsüblichen Vergütung werden Ihnen und Ihrer Familie die Reise- und Umzugskosten erstattet. Ferner erhalten Sie eine Dienstwohnung bzw. Wohnungszulage sowie die Sicherung in einer Pensions- und Krankenkasse.

Ihr Dienstantritt ist zum III. Quartal (Juli) 1975 vorgesehen. Melden Sie sich möglichst bald, denn im März weilt eine südwest-afrikanische Bildungsdelegation in Deutschland, mit der Sie ein persönliches Gespräch führen können.

Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft e. V.
53 Bonn-Bad Godesberg
Gotenstraße 163
Tel.: 0 22 21 / 37 45 25

aus: "Erziehung und Wissenschaft" (Bundesorgan der GEW), Nr. 3/75

te für Afrikaner; 5) Freilassung aller politischer Gefangenen in Südafrika.

Ein Entgegenkommen Vorsters gegenüber seinen schwarzen Verhandlungspartnern vermochte "The Star" nur in 2 Punkten zu registrieren: 1) Zukünftig soll es für länger in Städten ansässigen afrikanischen Familien eine Art Erbpachtrecht über das von ihnen bewohnte Haus geben; 2) Auch Afrikaner sollen fürderhin in "weißen" Stadtgebieten bestimmte Handelsrechte erhalten. Während nach den Verhandlungen mit Vorster Kwa-Zulu-Chefminister Gatsha Buthelezi sich verärgert über ihr mageres Ergebnis zeigte und mit "verbreitetem Ungehorsam" drohte, "falls sich nicht bald bedeutsame Veränderungen abzeichnen" (FR vom 25.1.), äußerte sich Kaizer Matanzima (Chefminister des Bantustans Transkei) zufrieden mit dem Verhandlungsresultat: Niemals zuvor, so Matanzima wörtlich, sei "das Problem der in den Städten lebenden Schwarzen in so konstruktiver Weise angefaßt" worden.

Bonner Korrektur in der Afrikapolitik

22.1. - 11.2.75 (FR)
Unter dem Eindruck der veränderten Lage im südlichen Afrika scheint die Bundesregierung in Bonn eine Kurskorrektur in ihrer Afrikapolitik vornehmen zu wollen: Vor einer Konferenz von Afrika-Botschaftern der BRD in Kenia spricht sich erstmals ein Vertreter der Bonner Regierung, Staatssekretär Gehlhoff vom A.A., für die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Afrikaner in Rhodesien und Namibia aus. Gehlhoff spricht in diesem Zusammenhang von der SWAPO als der "wichtigsten Befreiungsbewegung" in Namibia. Zu einer Schließung des deutschen Konsulats in Windhuk, wie wiederholt von der SWAPO und der UNO-Vollversammlung gefordert, kann sich das Auswärtige Amt freilich nicht entscheiden. Gleichfalls wird von Bonner Seite betont, daß die Bundesregierung auch weiterhin an einer Aufrechterhaltung der (vielfältigen) wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika interessiert sei: Die Bundesregierung suche eine Lösung der Probleme im südlichen Afrika "auf dem Wege der Kooperation" und wehre sich gegen die Entstehung eines "Konfrontationsklimas".

Botha: Bau von A-Bomben möglich

5.2.75 (NZZ)
Nach Worten des südafrikanischen Verteidigungsministers Botha ist Südafrika inzwischen in der Lage, eigene Atombomben herzustellen.

Über die gegenwärtige Stärke des Militärs in Südafrika verbreitet das "Institut for Strategic Studies" in London neuerdings folgende Zahlen: 15 700 reguläre Truppen; 31 000 unter Waffen befindliche Dienstverpflichtete; "Tausende" (keine genauere Zahl) von Milizsoldaten und Soldaten der Kommando-Reserve; das totale weiße Truppenpotential wird auf etwa 80 000 Mann geschätzt (bei einer Weißen-Bevölkerung von nur 3,8 Mill.); Bewaffnung: 1500 Tanks und gepanzerte Fahrzeuge; 100 Kampfflugzeuge (Mirage 111 und zukünftig auch Mirage F 15); "Hunderte" von Flugzeugen für andere militärische Verwendungszwecke; eine nicht bekannte Zahl von Boden-Luft-Raketen (des Sam-Typs) und Batterien des Raketen-Systems vom Typ "Kaktus". (Angaben entnommen aus dem Mitteilungsblatt der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft, Freiburg, März 75.)

Vorsters diplomatische Offensive

12.2. - 20.2.75 (NZZ/FR/Newsweek)
Die Regierung Vorster hat ihre Ende letzten Jahres gestartete diplomatische Aktivität in Schwarzafrika (vgl. Chronik Heft 41/42) mittlerweile fortgesetzt: Neben dem Besuch Außenminister Mullers in Lusaka (Anfang Februar) und dem Aufenthalt einer Delegation hoher Regierungsbeamten aus der Zentralafrikanischen Republik und Nigeria zu, wie es offiziell hieß, "Finanz- und Wirtschaftsgesprächen" in Johannesburg (Mitte Februar) verdient insbesondere ein Besuch Vorsters in Liberia, wo es zu einem längeren Gespräch mit Präsident Tolbert kam, Beachtung: Tolbert soll in diesem Gespräch angeboten haben, sich im Verein mit dem Präsidenten der Elfenbeinküste, Houphouet-Boigny, unter den Staaten der OAU (Organisation Afrikanischer Staaten) für eine Entspannung des Verhältnisses zwischen Schwarz- und Südafrika einzusetzen. Darüber hinaus soll sich Tolbert an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Südafrika interessiert gezeigt haben.

Neuer National-Konvent in Namibia

7.3.75 (afp Interafrican News Survey)
Die Mehrzahl der politischen Organisationen und Stammesgruppen in Namibia sind aus dem afrikanischen National-Konvent Namibias ausgetreten und haben sich in einer neuen Dachorganisation zusammengeschlossen, dem sog. Namibia National Convention (NNC). Neben der SWAPO gehören diesem National-Konvent die SWANU (South-West African National Union), die RPP (Rehoboth People's Party) und die DTE (Damara Tribal Executive) an. Im alten Konvent sind jetzt nur die Häuptlinge des Herero (nach den Ovambo der zweitgrößte Stamm in Namibia) und die des Nama-Stammes vertreten. Nach Angaben eines Sprechers des NNC habe sich der neue National-Konvent zum Ziel gesetzt, entgegen den Bestrebungen von Chief Kapuuo (führender Herero-Häuptling) und der südafrikanischen Regierung, für ein ungeteiltes, nicht-föderatives Namibia ("one Namibia as a whole") zu kämpfen.

Beteiligung von BRD-Firmen an Stahlprojekt in SAR

8.3.75 (Pressemitteilung des Bochumer Aktionskreises Südliches Afrika/FR) Die westdeutschen Unternehmen Klöckner und Hoesch (Hoesch im Rahmen des deutsch-niederländischen Konzerns Estel) planen eine Teilnahme an dem sog. "Saldanha-Sishen-Projekt" in Südafrika (SAR). Das Vorhaben, an dem sich neben den genannten Unternehmen auch der südafrikanische Staatsbetrieb ISCOR und die österreichische Firma Vöest beteiligen wollen (die Beteiligung von Vöest ist allerdings inzwischen wieder zweifelhaft geworden, da die österreichische Regierung Bedenken angemeldet hat), sieht Investitionen in Höhe von ca. 2,5 Mrd. DM vor. Zu dem Saldanha-Sishen-Projekt gehören das schon im Betrieb befindliche Eisenbergwerk Sishen, der Ausbau des natürlichen Hafens in der Saldanha-Bucht an der Westküste Südafrikas, der Bau einer etwa 1000 km langen Eisenbahnverbindung zwischen Sishen und Saldanha und die Errichtung von Hochöfen entlang der Eisenbahnlinie. Der geplante Stahlkomplex soll Halbfabrikate liefern, die dann bei Hoogovens (Hoeschs niederländischer Partner in den genannten Estelkonzern) und bei Hoesch weiterverarbeitet würden. Zur Beschaffung der für das Projekt erforderlichen Arbeitskräfte plant die SAR-Regierung die Zwangsumsiedlung von tausenden schwarzer Arbeiter.

Nachforschungen der Anti-Apartheid-Bewegung in Holland (AABN) ergaben, daß die Vorverhandlungen für das Saldanha-Sishen-Projekt schon Anfang 1972 aufgenommen wurden. Inzwischen seien die Pläne für das Projekt schon so weit konkretisiert, daß der südafrikanische ISCOR-Konzern bei den dem Estel-Konzern zugehörigen Unternehmen mit der Anwerbung von Technikern beginnen konnte.

Nach Bekanntwerden der Investitionspläne für das Saldanha-Sishen-Projekt in Holland sind hier bereits erste Protestaktionen angelaufen, an denen sich in wachsender Zahl auch Arbeiter von Hoovogens (Hoesch-Partner im Estel-Konzernverband) beteiligen. Ein an die Estel-Konzernleitung gerichteter Protestaufruf wurde von "mehr als tausend Arbeitern" (afp-Meldung vom 7.3.) unterstützt.

TSCHAD

Totale Korruption in Regierung und Verwaltung

15.1.75 (NZZ) / 10.3.75 (afrique-asie) Während sich im Tschad und in den angrenzenden Ländern die Wetterbedingungen nach der Dürre der letzten Jahre allmählich wieder normalisieren, ist die Wirtschaftslage des Landes weiterhin desolat zu nennen. Die nach Meinung von Beobachtern ungeheuere Korruption in Regierung und Verwaltung hat bereits einige Länder zur Einstellung ihrer Hungerhilfe veranlaßt. Was an Hilfsgeldern von außen und an "regulären" Steuereinnahmen (z.B. über die für die breiten Bevölkerungsschichten ruinöse "Kopfgeldsteuer") nicht schon in der Verwaltung hängen bleibt, dient im wesentlichen nur noch der Aufrechterhaltung des Regierungs- und Unterdrückungsapparates (Polizei und Armee).

Bei der Bekämpfung der im Norden des Landes operierenden Befreiungsbewegung FROLINAT hat sich die Armee verstärkt auf die Bombardierung von Dörfern und den Einsatz von Entlaubungsmitteln verlegt. Die Armee des Tschad sieht sich in diesem Krieg von einer Reihe ausländischer Staaten unterstützt, allen voran Frankreich (vgl. Chronik Heft 41/42): Frankreich schickte zuletzt sein vorher in der BRD stationiertes Zweites Fallschirmjägerregiment in den Tschad. Seit längerem schon bilden annähernd 500 französische Offiziere und Unteroffiziere das eigentliche Rückgrat der Regierungsarmee. Ein früherer französischer Offizier ist Chef der Geheimpolizei. Aus Marokko stehen den Regierungstruppen 25 Offiziere als "technische Berater" zur Seite. Vom Stützpunkt Faya aus beteiligen sich Armee-Einheiten aus Zaire an dem Krieg gegen die FROLINAT. Wie der von der FROLINAT kürzlich gemeldete Abschuß einer sudanesischen Maschine zeigt, scheint sich in diesen Krieg mittlerweile zusätzlich auch der Sudan eingeschaltet zu haben.

as/siba

Arabische Länder und Vorderasien

42 % der US-Waffenlieferungen in den Persischen Golf

23.1.75 (FR)
42 % der in den letzten 8 Jahren ins Ausland verkauften amerikanischen Waffen (Wert 8,5 Mrd. Dollar) wurden an die Anliegerstaaten des Persischen Golfs geliefert. Saudi-Arabien und Iran sind die Hauptabnehmer dieser Lieferungen gewesen. Außer den USA verkauften auch Frankreich, Großbritannien und die UdSSR Waffen in dieses Gebiet.

Neue US-Basen im Ind. Ozean und vor Oman

18.2.75 (FR)
Die Lagune der unter britischer Herrschaft stehenden Insel Diego Garcia im Indischen Ozeas ist von Pionieren der US-Marine zum vollwertigen Kriegshafen ausgebaut worden, der auch Atomflug-

zeugträger und Kriegsschiffe aufnehmen kann. Die Insel soll künftig Hauptstützpunkt zur Kontrolle des Indischen Ozeans und der Zufahrt zum Persischen Golf werden. Die USA plant im weiteren die Stationierung von Atomunterseebooten vor der vor Oman liegenden Insel Masirah. Dieses Vorhaben bedarf noch, wie es heißt, der Zusage des Sultans von Oman.

ÄGYPTEN

Sohl: Hauptanreiz in Ägyptens billigen Arbeitskräftepotential

10.2.75 (FR)
Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Hans-Günther Sohl, spricht sich für eine Kombination von "deutschem Know-how, arabischem Kapital (hier liegen der ägyptischen Regierung zur Zeit Zusagen in Höhe von insgesamt 3,2 Mrd. Dollar vor) und ägyptischer Arbeitskraft" aus. Der Hauptanreiz für deutsche Privatinvestitionen in Ägypten läge, so Sohl, in dem billigen Arbeitskräftepotential dieses Landes. Der Durchschnittslohn für ägyptische Arbeiter beträgt gegenwärtig umgerechnet etwa 8 DM pro Tag. Ägypten gewährt zudem ausländischen Investoren 5-8 Jahre Steuerfreiheit.

161 Mill. Dollar-Kredit von Saudi-Arabien

18.2.75 (NZZ)
Saudi-Arabien stellt Ägypten einen Kredit in Höhe von 161 Mio. Dollar zur Finanzierung verschiedener Entwicklungsprojekte zur Verfügung.

IRAK

Irakisch-iranischer Vertrag besiegelt Schicksal der Kurden

8.3.75 (FR) / 15.3.75 (FR)
Vertreter des Iran und des Irak unterzeichnen ein Abkommen über die Beilegung ihres Grenzkonflikts, in dessen Verlauf es in letzter Zeit mehrfach zu kriegerischen Auseinandersetzungen entlang der irakisch-iranischen Grenze gekommen war. Beide Seiten verpflichten sich, sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes einzumischen. In diesem Sinne verspricht der Iran auch, seine Hilfe für die kurdische Sezessionsbewegung einzustellen und seine Grenzen zum Irak hin zu schließen. Mit diesem Abkommen hat die irakische Zentralregierung nach Meinung von Beobachtern gegen die um staatliche Autonomie kämpfenden Kurden den entscheidenden vernichtenden Schlag geführt. Den Kurden ist jetzt zum einen die Möglichkeit genommen, vor den Angriffen irakischer Regierungstruppen in angrenzendes iranisches Gebiet auszuweichen und zum anderen sind sie künftig ohne Waffennachschub aus dem Iran (die Kurden wurden in erster Linie mit iranischem Kriegsmaterial versorgt). Anzeichen dafür, daß anstelle des Iran fürderhin ein anderes Land den Kurden militärische Hilfe gewährt, sind zur Zeit nicht gegeben. Solches ist auch nicht zu erwarten - dies schon deswegen nicht, weil aufgrund der geographischen Bedingungen (Versorgungswege) hierfür nur die Türkei in Frage käme. Die Türkei jedoch hat in der Vergangenheit wiederholt eine Unterstützung der irakischen Kurden abgelehnt (die Türkei fürchtet, daß sich die im eigenen Land ansässigen Kurden der Bewegung der irakischen Kurden anschließen könnten).



Schon einen Tag nach irak-iranischem Abkommen startete die irakische Armee eine neue Großoffensive gegen die Kurden; zugleich verkündete die Zentralregierung eine Amnestie für alle kurdischen Widerstandskämpfer, die bis spätestens 1. April ihre Waffen niedergelegt haben.

IRAN

Folter-Beschuldigungen bestätigt

21.1.75 (Le Monde)
Die britische "Sunday Times" veröffentlicht einen Bericht, der die seit Jahren von System-Kritikern gegen das Schah-Regime erhobenen Beschuldigungen, in großem Umfang politische Gefangene der Folter zu unterwerfen, eindeutig bestätigt. Als eine der häufigsten Foltermethoden nennt der Bericht, der sich auf zweijährige Untersuchungen stützt, das Foltern von Kindern im Beisein ihrer unter politischer Anklage stehenden Eltern. Nach Aussagen von Augenzeugen, die den iranischen Gefängnissen entkommen konnten, ist die Folter im Iran das Geschäft der gefürchteten iranischen Geheimpolizei SAVAK. Die SAVAK ist einzig dem Schah persönlich verantwortlich. Sie erhielt bei ihrer Gründung 1957 den Auftrag, alle oppositionellen Regungen gegen das Schah-Regime zu eliminieren.

20 Mrd. Dollar aus Erdölgeschäft (1974)

11.2.75 (FR/NZZ)
Die Einkünfte im Erdölgeschäft des Iran sind im vorigen Jahr um ein Vierfaches gegenüber 1973 gestiegen, teilt die nationale iranische Ölgesellschaft NIOC mit. Die Einkünfte werden mit rd. 20 Mrd. Dollar (52 Mrd. DM) angegeben.

8 Atomkraftwerke aus der USA

6.3.75 (FR)
Die USA und der Iran unterzeichnen einen 12 Mrd. Dollar-Vertrag über technische Zusammenarbeit, in dessen Rahmen die USA 8 Atomkraftwerke an Persien liefern werden. Der Iran will dagegen in den USA Waffenkäufe von "erheblichem Umfang" tätigen.

MAROKKO

Wahlen verschoben

11.3.75 (NZZ)
In seiner Rede zum Nationalfeiertag gibt König Hassan II eine Verschiebung der für dieses Jahr versprochenen Wahlen bekannt. Dies wird mit der "Notwendigkeit, die Reihen zu schließen und den Kampf fortzusetzen" begründet. Hassan II wörtlich: "Wir hoffen, die allgemeinen Wahlen bald durchführen zu können, nämlich dann, wenn du, liebes Volk, voller Freuden die Wiedererlangung deiner geraubten Territorien feiern wirst." Gemeint ist damit allem Anschein nach das von der marokkanischen Regierung beanspruchte Gebiet der spanischen Afrika-Kolonie "Spanisch Sahara" (vgl. dazu Chronik, Heft 3B).

SAUDI-ARABIEN

2 Kernreaktoren aus Frankreich

15.2.75 (FR)
Saudi-Arabien kauft, nach Angaben des staatlichen Rundfunks in Riad, 2 französische Kernreaktoren.

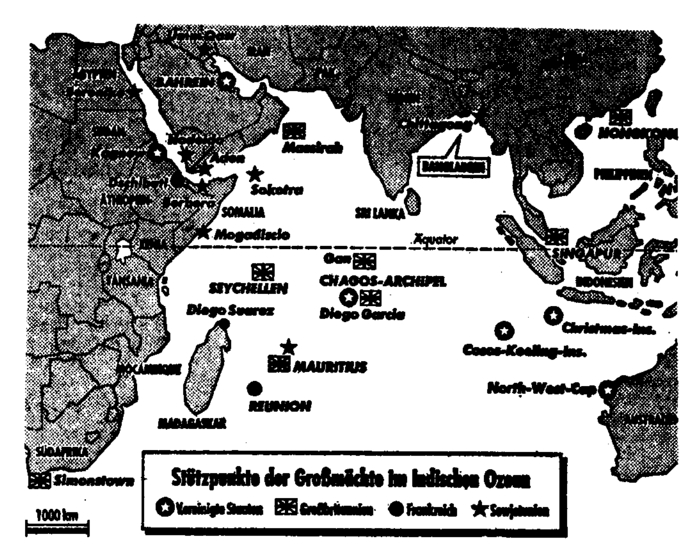
OMAN

Masirah als Basis für US-Aufklärungsflugzeuge

21.1./30.1.75 (FR)
Die USA sagen dem Sultan von Oman Hilfe gegen die Befreiungsbewegungen in der osmanischen Südprovinz Dhofar zu. In Gegenleistung dazu erhalten sie die Erlaubnis, den von den Briten angelegten Stützpunkt auf der im Arabischen Meer gelegenen Insel Masirah als Landeplatz für eigene Aufklärungsflugzeuge zu benützen. Der Landeplatz auf Masirah bietet sich als ideale Ausgangsbasis für Aufklärungsflüge zur Beobachtung des Geschehens sowohl im Persischen Golf wie auch im Indischen Ozean an. Ihm käme somit eine wichtige strategische Bedeutung für eine eventuelle US-amerikanische Besetzung der arabischen Ölfelder am Persischen Golf zu.

Persische Truppen erobern Rakhyut zurück

30.1.75 (FR)
Die seit 2 Jahren in Oman zur Unterstützung des Sultans stehende 3000 Mann starke persische Kampftruppe (neben Truppen der USA, Jordaniens und Großbritanniens) erobert den Hafen Rakhyut am Golf von Oman zurück, der seit sieben Jahren in der Hand der Freiheitsbewegung Omans (PFLO) war. Der Befehlshaber der Kampftruppe spricht vom "ersten großen militärischen Sieg Persiens außerhalb des Landes seit der Eroberung Indiens im 17. Jahrhundert."



Inzwischen bereiten sich offenbar die an der Grenze zur Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) stationierten persischen Truppen auf Aktionen gegen Südjemen vor: Es werden von Oman aus laufend neue Stellungen entlang der Grenze zur VR Jemen hin bezogen, Minenfelder angelegt und Stacheldrahtverhaue aufgebaut. Ziel dieser Aktion ist es, so die Frankfurter Rundschau, den "Vormarsch der Kommunisten zum Golf zu stoppen und zu verhindern, daß die Straße von Hormuz, die Schlagader des Welterdölstroms, aus iranischer Kontrolle gerät".

lin

Asien

ESCAP-Bericht nennt Lage in asiatischen Ländern "verzweifelt"

20.3.75 (NZZ)
Ein Dokument ("Economic and Social Survey of Asia and the Pacific, 1974"), das kürzlich dem UNO-Wirtschafts- und Sozialausschuß für Asien und den Pazifik (ESCAP) vorlag, rechnet mit dem "Tod von Millionen Menschen" in den nächsten Jahren, falls die Regierungen nicht ihre "Entwicklungsstrategie" fundamental ändern. In den Entwick-

lungsländern der ESCAP-Region leben heute 2074 Millionen Menschen; das sind 73 % der in der Dritten Welt lebenden Bevölkerung. Die Bevölkerung der Region wird sich voraussichtlich bis zum Jahr 2000 um 1 500 Millionen Menschen vergrößert haben. Die bisherigen Methoden der Entwicklungsplanung haben, wie der Bericht feststellt, den akuten Problemen der Region nicht Rechnung getragen. In einigen Ländern leben Hunderte von Millionen Menschen am Rande des Existenzminimums, und diese Lage "kann sich leicht weiter verschlechtern, solange die Bevölkerung unkontrolliert wächst und die Krisenlage hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung und auf anderen Gebieten anhält." Die für die laufende zweite Entwicklungsdekade gesetzten Ziele, jährliche Steigerung des Bruttosozialprodukts um 6 % und des Pro-Kopf-Einkommens um 3,5 %, sind dem Bericht zufolge zumindest in den volkreichen Ländern (mit Ausnahme Chinas) nicht annähernd erfüllt worden. Auch die Zuwachsrate der Agrarproduktion blieb erheblich hinter dem gesetzten Ziel von 4 % zurück; in einigen Ländern fiel sie sogar negativ aus.

Der Bericht nennt die Lage "verzweifelt" und fordert dringend "radikale Lösungen", die eine drastische Reorientierung der Entwicklungsstrategie zum Gegenstand haben müßten. Der Kern der neuen Strategie sollte "Planung für die Massen" sein. Es käme vor allem darauf an, "durch eine Reallokation der Investitionen" den Lebensstandard der "unteren 40 % der Bevölkerung" statt wie bisher geschehen der "oberen 20 %" zu heben. In diesem Sinne seien die Verbrauchs- wie Produktionsprioritäten neu zu bestimmen. Der Bericht biete dazu eine Reihe von z.T. vernünftig klingenden Aktionsvorschlägen an, drückt sich jedoch um die Frage herum, wie diese angesichts der in den asiatischen "Hunger"-Ländern vorfindbaren Herrschaftsstrukturen in Realität umzusetzen sind.

AFGHANISTAN

Iranische "Entwicklungshilfe"

23.1.75 (NZZ)
Im vergangenen Jahr haben erstmals Saudiarabien, der Irak und besonders Iran der afghanischen Regierung große Summen an Kapitalhilfe angeboten. Dabei beträgt der Anteil Saudiarabiens und des Irak zusammen 77 Mio US-Dollar (65 Mio Kredite, 12 Mio verlorene Zuschüsse), während sich das Angebot des Iran auf 2 Mia US-Dollar (!) beläuft.

In der Vergangenheit waren die UdSSR, die USA und die BRD die Hauptgeberländer Afghanistans, das zu den wirtschaftlich rückständigsten Staaten der Erde zählt. Die jetzt von Persien offerierte Riesensumme muß im Rahmen der außenpolitischen Strategie des Schahs: der Bildung einer, wie es heißt, asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft gesehen werden. Bezeichnenderweise sollen die 2 Mia US-Dollar, neben dem Ausbau der Textil- und Zementindustrie, in erster Linie für den Bau eines eigenen Eisenbahnsystems in Afghanistan verwendet werden, das an das Schienennetz Irans angeschlossen sein soll. Der Iran hätte damit einen ausgezeichneten Transportweg für seine Exporte nach Afghanistan und weiter nach Pakistan und Indien. Im Oktober letzten Jahres hatte der Schah bereits mit Indien einen Vertrag über wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit abgeschlossen (vgl. Chronik, Heft 39; auch Heft 41/42).

BANGLA DESH

Biharis vor der physischen Vernichtung

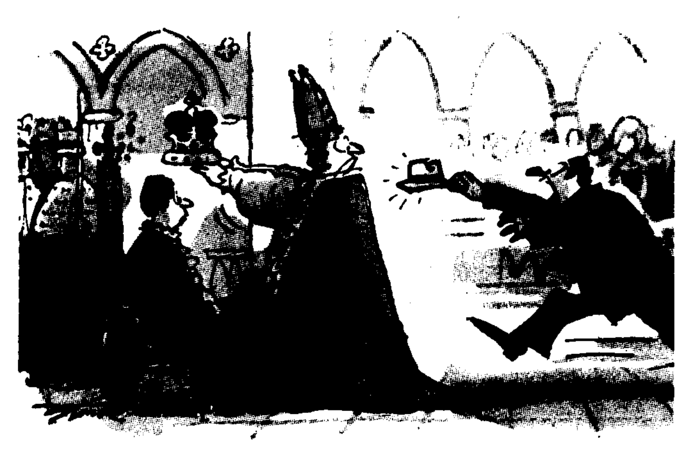
25.1./13.2.75 (Le Monde)
Die 300 000 in Bangla Desh noch existierenden Biharis sind quasi von der Ausrottung bedroht. Sie leben in Lagern unter unvorstellbaren Zuständen zusammengepfercht (Le Monde berichtet von einer noch schlimmeren Situation als in den Slums von Kalkutta und Dacca), haben keinerlei Aussicht auf Arbeit und erfahren keine (nennenswerte) Unterstützung seitens der Regierung oder internationaler Hilfsorganisationen.

Die Biharis sind eine ethnische Gruppe von ehedem ca. 700 000 Personen, die während des Unabhängigkeitskrieges 1971 eine propakistanische Haltung einnahmen. Daher wurden sie nach der Unabhängigkeit als "Kollaborateure" gebrandmarkt und in die Rolle des Sündenbocks für das Elend in Bangla Desh gedrängt. Rücksichtslose Verfolgungen setzten ein, ihr ganzes Eigentum wurde beschlagnahmt, die Arbeitsplätze wurden ihnen genommen und unzählige Biharis wurden brutal ermordet. Viele flohen ins Ausland, soweit sie das nötige Geld hatten. Nur diejenigen, die hohe Ämter unter der ehemaligen Regierung Ostpakistans bekleideten oder eine Familie in Westpakistan hatten, wurden von Pakistan aufgenommen; die übrigen wurden zurückgewiesen. Die zwangsweise in Bangla Desh verbliebenen Biharis haben nach Meinung von Beobachtern kaum noch eine Überlebenschance.

Neue Verfassung legitimiert Präsidial-Diktatur

27.1.-26.2.75 (NZZ/FR/Le Monde)
Die quasi diktatorischen Vollmachten, mit denen sich Bangla Deshs bisheriger Premierminister Mujibur Rahman Ende Dezember ausstattete (vgl. Chronik, Heft 41/42), finden sich jetzt in einer von Mujibur erlassenen neuen Verfassung auf Dauer festgeschrieben. Auf der Grundlage dieser Verfassung übernimmt Mujibur das Amt eines Staatspräsidenten und vereinigt damit alle Macht im Staate auf sich. Das Parla-

ment, das formell weiterbesteht, hat nur noch beratende Funktion; ebenso der neu gebildete Ministerrat, dessen Mitglieder vom Präsidenten ernannt werden. Einzige zugelassene Partei ist die Awami Liga, die jetzt unter einem neuen Namen, Krishak Sramik Awami League (Volksliga der Bauern und Arbeiter) auftritt. Die Parteiführung liegt beim Präsidenten. Eine Abwahl des Präsidenten vor Ablauf seiner fünfjährigen Amtszeit ist nur über eine Dreiviertelmehrheit im Parlament möglich (... also faktisch nicht möglich, denn eine solche Abwahl würde es erforderlich machen, daß 75 % der Mitglieder einer vom Präsidenten selbst geführten Partei sich gegen ihn stellten). Auf dem Presse-Sektor soll es in Zukunft nur noch 2 staatlich zensierte Regierungsblätter geben.



»Halt! Es hat einen Umsturz gegeben!«

Die Errichtung einer Art von Präsidial-Diktatur war Ziel der Politik Mujibur Rahmans schon vom Zeitpunkt der Gründung Bangla Deshs ab. Aufgrund seiner ursprünglich großen Popularität im Volk (er war der Führer im Unabhängigkeitskrieg gewesen und an ihn knüpfte sich die Hoffnung der Massen auf Freiheit und Wohlstand), stellte sich aus der breiten Bevölkerung seinen Macht-Ambitionen anfänglich kaum Widerstand entgegen. Zu seinen ersten Aktionen auf dem Wege zur unumschränkten Macht gehörte die Entwaffnung der Mukhti Bahini, die die tragende, potentiell revolutionäre Kraft in der Unabhängigkeitsbewegung dargestellt hatte. An ihrer Stelle schuf er sich eine ihm zuverlässig loyale Miliz, die Rakhi Bahini, der nach Angaben der NZZ (vom 24.2.75) ca. 30 000 Mann angehören sollen (unter Bezug auf die FAZ war in der Chronik, Heft 41/42, von 1 600 die Rede; es hätte hier richtig lauten müssen 16 000 Mann). Mit Hilfe dieser Privatarmee, deren Aktionen an Brutalität und Willkür kaum noch zu übertreffen sind (die Rakhi Bahini darf laut Gesetz für ihr Tun nicht zur Rechenschaft gezogen werden, soweit dieses "im guten Glauben geschehen ist oder solchermaßen beabsichtigt war") löste Mujibur im weiteren alle links-orientierten Gruppen im Lande auf und ging rigoros gegen den allmählich auch in den Volksmassen wachsenden Widerstand vor (Bauerndemonstrationen, Arbeiterstreiks usw.). Nach einer Schätzung der FR (vom 28.1. 75) sind in Bangla Desh seit der Unabhängigkeit ca. 25 000 Regime-Gegner inhaftiert worden.

Weitere Stationen Mujiburs auf dem Wege zur absoluten Macht waren: die im April 74 von ihm erfolgreich geforderten Vollmachten zur, wie es offiziell hieß, "Bekämpfung der Korruption" im Lande, unter deren Deckmantel Mujibur in erster Linie weitere oppositionelle Kräfte ausschaltete, und die erst jüngst erfolgte Verhängung des Ausnahmezustandes, Dezember 74 (vgl. Heft 41/42).

Hungersnot wird sich noch verschärfen

29.1./13.2.75 (NZZ/FR)
Bangla Desh ist von einer neuen Verschärfung der gegenwärtigen Hungersnot bedroht. Zwar wurde die Haupternte erst eingebracht, doch die astronomisch hohen Preise für Lebensmittel verhindern eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung für den größten Teil der Bevölkerung. So stiegen die Reispreise - Reis ist das Grundnahrungsmittel der Bengalen - im letzten Jahr allein um 300 % (Die Zeit, vom 10.1.75) auf 1,25 DM pro Kilo (das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt bei umgerechnet 150,- DM). Die ohnehin nur wenigen staatlichen Noternährungszentren sind permanent unterversorgt. Die Aussichten auf eine gute Sommerernte sind wiederum schlecht, da es an Bewässerungssystemen, Dünger und Treibstoff für die Wasserpumpen fehlt.

BURMA

KP-Generalsekretär ermordet?

18.3./22.3.75 (FR/NZZ)
Burmesische Regierungstruppen haben das Hauptquartier der im Untergrund operierenden Kommunistischen Partei des Landes in Pegu Yoma Hill gestürmt. Dabei soll nach offiziellen Angaben der Generalsekretär der Partei ums Leben gekommen sein.

INDIEN

Kaschmir jetzt auch formell Gliedstaat

5. - 26.2.75 (NZZ/FR/Le Monde)
Sheikh Mohammed Abdullah von Kaschmir übernimmt wieder das Amt des Regierungschefs im indischen Bundesstaate Jammu und Kaschmir. In Gegenleistung dazu gibt er aber seine Forderung nach einer Volksabstimmung über die Zukunft des Landes auf und erkennt, unter Verzicht auf weitgehende Autonomie seines ehemaligen Fürstentums, den indischen Teil Kaschmirs als normalen Gliedstaat der Indischen Union an. Diese Vereinbarung wurde von Indira Gandhi und

Sheikh Abdullah ausgehandelt.

Sheikh Abdullah, der als hinduistischer Herrscher seinerzeit einen Anschluß Kaschmirs an Pakistan abgelehnt hatte, wurde 1953 von dem damaligen Premierminister Nehru (Vater Indira Gandhis) gewaltsam entmachtet und bis 1968 mit einer kurzen Unterbrechung in Haft gehalten. Er forderte einen weitgehend autonomen Status für sein Land. Obwohl der Sonderstatus Kaschmirs in der indischen Verfassung von 1952 ausdrücklich bestätigt wird, leitete die indische Regierung im Anschluß an die Entmachtung des Sheikhs Maßnahmen ein, die auf eine allmähliche Annektion des hinduistischen Teils Kaschmirs hinausliefen. Dabei scheute sie sich nicht, mehrere UN-Resolutionen zu ignorieren und mit Hilfe massiver Wahlmanipulationen eine von der Kongreß-Partei gebildete Landesregierung an die Macht zu bringen und zu halten. Der eingangs genannte "Kompromiß" besiegelt dieses Geschehen nun auch formell. Die Vorgänge um den "indischen" Teil Kaschmirs sind charakteristisch für die von der indischen Regierung seit den 50er Jahren auf dem indischen Subkontinent betriebene Annexions- und Hegemonialpolitik (vgl. dazu Chronik-Meldung zur jüngst erfolgten Annektion Sikkims, Heft 38).

Indische "Kapitalhilfe"

31.1.75 (Nachrichten für Außenhandel)
Indien, selbst Empfänger sog. Kapitalhilfe, hat im Finanzjahr 1973/74 seinerseits für verschiedene Länder in Asien und Afrika insgesamt ca. 4,35 Mia. Rupien (= 1,45 Mia. DM) an "Kapitalhilfe" bereitgestellt (davon auch abberufen: 82 %). Die Geldsumme verteilt sich wie folgt:

	Genehmigungen in Mia. Rupien	Abberufungen in Mia. Rupien
Bangla Desh	2.10	1.54
Nepal	1.15	1.04
Bhutan	0.55	0.55
Birma	0.20	0.20
Sri Lanka	0.17	0.14
Indonesien	0.10	0.10
Tansania	0.05	--
Mauritius	0.03	--

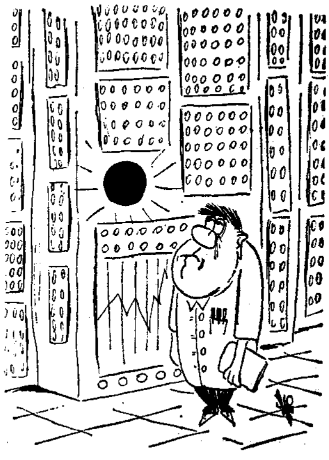
Ca. 70 % der Gesamtsumme sind Zuschüsse (grants), die nicht zurückgezahlt werden müssen.

63 % unterhalb der Armutsgrenze

14.2.75 (FR)
Nach einem Bericht der UN-Wirtschafts- und Sozialkommission leben 63 % aller Inder unterhalb der Armutsgrenze. Die Armutsgrenze war von der Kommission bei einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 75 US-Dollar (176 DM) festgesetzt worden. Bei dem seit Jahren anhaltenden Kaufkraftschwund in Indien (1974: allgemein bei 30 %; Weizen: 100 %; Reis: 40 %) muß angezweifelt werden, ob 176 DM mittlerweile in Indien noch eine ausreichende Versorgung mit den, sei es auch nur allernotwendigsten Lebensgütern gewährleisten können (zur Ernährungssituation in Indien vgl. auch Chronik, Heft 41/42).

Narayan weiter auf Vormarsch

7.3.75 (NZZ)
Die bisher hauptsächlich auf den nordindischen Bundesstaat Bihar beschränkte Massenbewegung unter der Führung des Gandhianers und Populisten Jayaprakash Narayan (vgl. Chronik, Heft 40) weitet sich nun auch auf andere Gebiete Indiens aus. So demonstrierten Anfang März Zehntausende von Regierungsgegnern in Delhi gegen Korruption und Machtmißbrauch seitens der Regierung Gandhi. Diese Demonstration war seit langem die größte in der indischen Hauptstadt. Der parteilose Narayan wird inzwischen zunehmend von der ansonsten heillos zersplitterten nichtkommunistischen Opposition des Landes unterstützt und scheint hier sogar in eine Sprecherrolle hineinzuwachsen. Selbst in der Kongreß-Partei finden sich mittlerweile Narayan-Sympathisanten.



„Von Montag an werden Sie durch einen zusätzlichen Knopf ersetzt, Herr Esser."

KAMBODSCHA

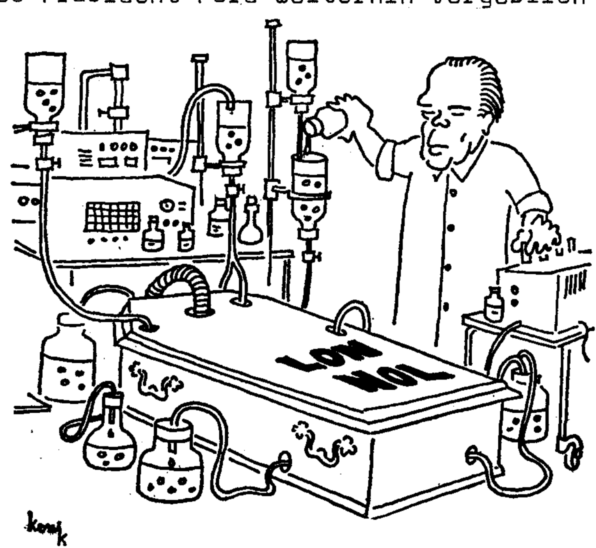
Das Lon Nol-Regime vor dem Zusammenbruch

15.1. - 19.3.75 (SZ/NZZ/FR/Newsweek)
Die kambodschanische Hauptstadt Phnom Penh ist endgültig eingeschlossen. Die Volksstreitkräfte (FUNK, in der ausländischen Presse: "Roter Khmer") haben jetzt auch den Zugang über den Mekong-Fluß unter ihre Kontrolle gebracht. Gleichzeitig ist der letzte Stützpunkt des Lon Nol-Regimes außerhalb von Phnom Penh, die Stadt Mong Russei, von Einheiten der FUNK eingenommen worden. Mit der vollständigen Blockade des Mekong-Flusses ist die Versorgungslage Phnom Penhs in ein kritisches Stadium

eingetreten: Die Treibstoffreserven werden ebenso wie die Waffenvorräte nur noch bis Mitte April reichen; die Reisversorgung der Bevölkerung mußte Mitte Januar schon um fast ein Drittel gekürzt werden; aufgrund knapp gewordener Energievorräte ist der Elektrizitätsverbrauch auf ein Fünftel der üblichen Verbrauchsmenge reduziert worden usw. Als einziger Versorgungsweg bleibt Phnom Penh jetzt nur noch der Luftweg. Amerikanische Militärtransporter und mehrere zivile Transportmaschinen haben zwischen den amerikanischen Luftwaffenstützpunkten in Thailand und Phnom Penh eine Luftbrücke errichtet, auf der zur Zeit noch (in stark vermindertem Umfang) militärische und zivile Versorgungsgüter nach Phnom Penh eingeflogen werden. Der mittlerweile jedoch immer häufiger unter Artillerie- und Raketenbeschuß geratene Phnom Penher Flughafen Pochentong ist in seiner Funktionsfähigkeit bereits erheblich eingeschränkt. Zwischenzeitlich erwies es sich sogar als notwendig, den Flugbetrieb ganz einzustellen.

Aufgrund der sich in Phnom Penh zuspitzenden Lage haben inzwischen fast alle in Phnom Penh akkreditierten Staaten ihre Botschaftsangehörigen aufgefordert, Kambodscha zu verlassen. Frankreich brach Mitte März seine diplomatischen Beziehungen zum Lon Nol-Regime auch offiziell ab.

Obwohl von Beobachtern die Lage des Lon Nol-Regime übereinstimmend als aussichtslos bezeichnet wird, bemüht sich US-Präsident Ford weiterhin vergeblich



bei dem inzwischen kriegsmüden amerikanischen Kongreß um die Bewilligung von neuen 220 Mill. Dollar an Militärhilfe für Kambodscha (vermutet wird in Washington, daß Ford seinen Wahlkampf um die nächste Präsidentschaft mit einer gegen die Demokratische Partei - diese dominiert zur Zeit im Kongreß - gerichtete Dolchstoßlegende führen will). Ford begründet seine Geldforderungen an den Kongreß mit der "Befürchtung", eine Aufgabe Kambodschas durch die USA könnte das Vertrauen anderer Länder in die "Vertragstreue" der USA beeinträchtigen.

Das militärisch hart bedrängte Lon Nol-Regime gerät mittlerweile auch unter innenpolitischen Druck. So macht sich allmählich Unruhe in der sog. Nationalversammlung breit: Anfang März nehmen beide Häuser des "Parlaments" 2 Resolutionen an, in denen erstmals aus den Reihen der System-Befürworter Kritik an der Korruption in Politik und Verwaltung geübt wird und Zweifel an der staatsmännischen Befähigung Lon Nols geäußert wird. Eine Parlamentsmehrheit strebt jetzt offensichtlich Verhandlungen mit der GRUNK (Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas; das ist die in Peking residierende Exilregierung unter Führung von Prinz Sihanouk) an. Lon Nol wird von der GRUNK als Partner für Verhandlungen abgelehnt.

Unter dem Eindruck der wachsenden Kritik in Phnom Penh selbst und offenbar auf Drängen der US-Regierung leitet die Regierung eine Säuberung in der Armee ein, der auch der Oberbefehlshaber der Regierungsstreitkräfte, General Sosthenes Fernandez zum Opfer fällt. Wenig später kommt es nach einem Rücktritt von Ministerpräsident Long Boret zu einer Regierungsumbildung. Ministerpräsident ist wiederum Long Boret.

PAKISTAN

<u>Tarbela-Bauskandal</u>

Februar 75 (epi)
Das seit 1969 im Bau befindliche größte Wassernutzungsprojekt der Welt, der Staudamm von Tarbela (Tarbela liegt ca. 1000 km nordwestlich der Hauptstadt Islamabad) kann vorläufig nicht in Betrieb genommen werden. Bei einer Generalprobe im Sommer letzten Jahres wurde die Staumauer durch den Wasserdruck aus dem 14 Mio. M^3 fassenden Staubekken an einigen Stellen zum Teil erheblich beschädigt. Die Schäden werden mit ca. 150 Mio. DM beziffert. Hinzu kommt noch ein beträchtlicher Ernteverlust, da das angestaute Wasser landwirtschaftlich ungenutzt durch den Indus ins Arabische Meer abgeleitet werden mußte. (Pakistan hatte im letzten Jahr wegen akuten Wassermangels ein Weizendefizit von ca. 1 Mio. Tonnen. Auch andere Produktionsbereiche wurden aufgrund des Wassermangels in Mitleidenschaft gezogen. (NZZ vom 4.3.75))

Die Ursachen für die am Staudamm aufgetretenen Mängel stehen noch nicht eindeutig fest. Während der pakistanische Oppositionsführer, Wali Khan, behauptet, die europäischen Baufirmen hätten "Riesensummen an Schmiergeldern" der Regierung gezahlt und daher "zur Kompensation minderwertiges Baumaterial" verwendet, sprechen andere von gravierenden Fehlern in der Gesamtplanung. Für letztere trug die amerikanische Firma "Tams" die Verantwortung.

Ermächtigungsgesetz für Bhutto

10.2.75 - 22./23.2.75 (NZZ/FR/Le Monde)
Premierminister Z.A. Bhutto schwingt sich in Pakistan zum Allein-Herrscher auf. Regierte er in der Vergangenheit ohnehin schon auf der Grundlage von Notstandsgesetzen und des Ausnahmerechts, so erteilte ihm das Parlament (Bhuttos Partei verfügt dort über eine klare Mehrheit) jetzt zeitlich unbegrenzte Sondervollmachten. Damit wird Pakistan auf dem Wege der Verordnung regiert. Personen können ohne Gerichtsverfahren zeitlich unbegrenzt festgehalten werden, und die Regierung kann alle Maßnahmen ergreifen, die ihr zur Aufrechterhaltung von "Recht und Ordnung" richtig erscheinen. Das Parlament wurde nach der Verabschiedung dieser Gesetze auf unbestimmte Zeit vertagt.

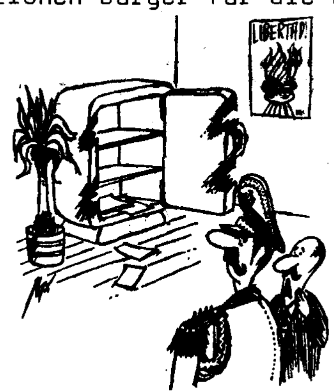
Dieser Demontage der bürgerlich-demokratischen Staatsform (schleichender Staatsstreich von oben) war ein tödliches Bombenattentat auf den Innenminister der Nordwestgrenzprovinz, Hayat Mohammed Khan Sherpao, ein Parteigänger und enger Freund Bhuttos, vorangegangen. Sofort danach setzten großangelegte Razzien und eine Verhaftungswelle in ganz Pakistan ein, in deren Verlauf mehrere hundert Mitglieder der oppositionellen National-Awami-Party (NAP), unter ihnen auch der Vorsitzende und Oppositionschef im Parlament, Abdul Wali Khan, sowie zahlreiche Studenten inhaftiert wurden. Die Partei selbst wurde verboten, ihr ganzes Vermögen und Eigentum beschlagnahmt. Obwohl der NAP der Mord an Sherpao nicht direkt angelastet wird, werden ihr die Verantwortung für die zahlreichen Sprengstoffanschläge der letzten zwei Jahre in Belutschistan und in der Nordwestgrenzprovinz zugeschrieben und die Verletzung der, wie es heißt, "Souveränität und territorialen Integrität" Pakistans vorgeworfen (vgl. Chronik, Heft 41/42).
Acht Tage später wurde dann auch noch die Regierung der Nordwestgrenzprovinz aus ihrem Amte entlassen. Die Provinz untersteht seither der direkten Kontrolle der Zentralregierung in Islamabad. Wie die NZZ vom 22./23.3.75 und 4.3.75 berichtet, halten die Razzien und Verhaftungen im ganzen Lande immer noch an.

US-Waffenembargo aufgehoben
25.2.75 (NZZ)
Die USA heben ihr Waffenembargo gegen Pakistan und Indien auf, das 1965 nach dem 2. indisch-pakistanischen Krieg verhängt worden war (vgl. Chronik, Heft 41/42). Diese Aufhebung dürfte allerdings nur für Pakistan praktischen Nutzen haben, da Indien, das seit der amerikanischen Liefersperre seine Waffen vor allem aus der UdSSR bezogen hat, nach Angaben von Verteidigungsminister Swaran Singh, in der Rüstungsproduktion mittlerweile autark ist.
(FR vom 11.2.75)

PHILIPPINEN

Bevölkerung angeblich für Kriegsrecht

27.2.75 (NZZ)
In einem offensichtlich manipulierten Referendum sollen sich nach regierungsoffiziellen Angaben 90 % der rund 27 Millionen Bürger für die Beibehaltung



„...unter anderem sind die Ergebnisse für die letzten Wahlen gestohlen worden"

des bereits seit 2 Jahren auf den Philippinen gültigen Kriegsrechts ausgesprochen haben. Die Stimmenabgabe wurde unter Strafandrohung erzwungen.
Eine Woche zuvor hatten in der ersten öffentlichen Demonstration seit Inkrafttreten des Kriegsrechts 3000 Katholiken gegen die von Staatspräsident Marcos geforderte Beibehaltung des Ausnahmezustandes protestiert und zum Boykott des Referendum aufgerufen.

SÜDKOREA

Park inszeniert ein Referendum zur Notstandsverfassung

13.2./17.2./22.2.75 (FR/NZZ/Spiegel)
Bei einem von Park inszenierten Referendum zur Frage der Beibehaltung der seit 1972 in Südkorea in Kraft befindlichen Notstandsverfassung soll nach regierungs-offiziellen Angaben bei einer Beteiligung von 80 % 73 % der Abstimmungsberechtigten für die Beibehaltung der genannten Verfassung und 25 % dagegen votiert haben. Anderen Quellen zufolge sollen sich mehr als 40 % der Abstimmungsberechtigten dem Referendum ferngehalten haben. Der oppositionelle "Nationalkongreß für die Wiederherstellung der Demokratie" (vgl. Chronik, Heft 41/42; Achtung: in Heft 41/42 sind die Meldungen zu Südkorea versehentlich unter die Meldungen zu Sri Lanka geraten!) hatte zu einem Boykott des Referendums aufgerufen - dies mit der Begründung, daß bei der gegenwärtig in Südkorea herrschenden politischen Unterdrückung dem Volk keine Möglichkeit gegeben sei, seinen politischen Willen frei zum Ausdruck zu bringen. Das Referendum und die Anfang Januar von der Regierung ausgesprochene Amnestie für nicht-kommunistische politische Gefangene (vgl. Chronik, Heft 41/42) soll auf Druck der USA zustandegekommen sein. Die USA hatte gedroht,

anderenfalls ihre Wirtschafts- und Militärhilfe für Südkorea einzustellen.

Neue Polizei-Aktionen

3.3./19.3.75 (NZZ/Bad. Zeitung)
Schon wenige Wochen nach der im Januar verkündeten Amnestie sind in Südkorea wieder neue Polizeiaktionen gegen Gegner des Systems angelaufen: Die Polizei stellt die wichtigsten Führer der südkoreanischen Opposition, darunter Kim Dae Jung, der 1971 bei der Präsidentenwahl kandidierte, unter Hausarrest. Kim und andere Oppositionsführer haben auf einer Pressekonferenz berichtet, sie seien in Verhören von Mitgliedern des Geheimdienstes und der Militärbehörden zwischen 1972 und 1974 gefoltert worden. (FR vom 14.2.75)
Gleichfalls wird erneut der Dichter Kim Chi Ha, der am 15. Februar aus der Haft entlassen worden war, unter der Beschuldigung, die antikommunistischen Gesetze Südkoreas verletzt zu haben, inhaftiert. Wenig später bringt die Regierung in der Nationalversammlung eine Gesetzesvorlage ein, die Personen, die im Ausland oder gegenüber der Auslandspresse Kritik an der Regierung Park äußern, mit Haftstrafen bis zu 7 Jahren bedroht.

THAILAND

Wahlergebnis ohne klare Mehrheiten

26.1.75 (FR)
Bei den seit 6 Jahren ersten "allgemeinen" Parlamentswahlen in Thailand, deren Ergebnisse aufgrund zahlreicher Wahlschiebereien und einer bei nur 40% liegenden Wahlbeteiligung soziologisch als stark verfälscht zu werten sind, hat keine der 42 Parteien und politischen Splittergruppen eine regierungsfähige Mehrheit erringen können. Einen relativen Erfolg verzeichnete die im bürgerlichen Sinne liberale Demokratische Partei mit der Erlangung von 72 aus insgesamt 269 Parlamentssitzen. Die thailändische Linke ("Sozialistische Partei", "Sozialistische Front", "Neue Kraft" u.a.), die während des Wahlkampfes in wachsendem Maße bei Bauern, Arbeitern und Studenten Beachtung gefunden hatte, ist zusammengenommen mit nur 41 Mandaten im Abgeordnetenhaus vertreten. Eindeutige Verlierer der Wahlen sind die Parteien der Anfang letzten Jahres aus der Regierung vertriebenen Militärs. Auch wenn die Militärs in Thailand in den Wahlen eine Schlappe hinnehmen mußten, dürften die Führer der 130 000 Mann starken thailändischen Armee damit keineswegs ganz und für immer von der Regierungsmacht verdrängt sein. Wie die ersten gescheiterten Versuche um die Bildung einer tragfähigen Regierung schon jetzt zeigen (ein Minderheitskabinett des Führers der Demokratischen Partei Seni Pramoj wurde bereits nach 8 Tagen über einen Mißtrauensantrag zu Fall gebracht; der Nachfolger Senis - ein Bruder des Betreffenden - verfügt gleichfalls über keine stabile Mehrheit im Parlament), wird das Wahlergebnis den Militärs vermutlich sehr bald die Handhabe bieten, die Regierungsmacht wieder an sich zu reißen.

Regierung droht mit der Schließung der US-Stützpunkte

27.4./4.3./18.3.75 (FR)
Die Regierung Seni Pramoj droht den USA mit der Schließung ihrer Luftstützpunkte binnen Frist von 18 Monaten, falls Washington tatenlos dem Zusammenbruch der Regime in Kambodscha und Südvietnam zusehe.

Die USA unterhalten in Thailand einer ihrer größten im Ausland stationierten Truppenkontingente. Derzeitig sind auf thailändischem Boden über 27 000 amerikanische Soldaten und 350 Kampfflugzeuge stationiert. Von Thailand aus führte die amerikanische Luftwaffe zwischen 1965 und 1973 den Großteil ihrer Bombenmissionen in Vietnam durch und von hier aus nehmen die USA ihre Aufklärungsflüge über die Kriegsschauplätze Vietnams und Kambodschas vor. Zudem wird z.Z. von den thailändischen US-Luftwaffen-Basen aus Phnom Penh über eine Luftbrücke mit Nachschub versorgt.

Nach dem Sturz des nur 8 Tage im Amt befindlichen Seni Pramoj kündigt sein Nachfolger Prinz Kukrit Pramoj an, seine Regierung werde für den Fall, daß der Indochinakrieg nicht auch noch nach Thailand hineingetragen werde, die Amerikaner auffordern, ihre Stützpunkte in Thailand zu räumen. Man wolle zwar mit der USA weiterhin freundschaftliche Beziehungen unterhalten, aber nicht mehr länger von ihr abhängig sein. Kukrit Pramoj äußert in diesem Zusammenhang ein Interesse daran, mit der VR China diplomatische Beziehungen aufzunehmen (NZZ vom 18.3.). Seine Regierung würde allerdings an den in Thailand geltenden Antikommunistengesetzen weiterhin festhalten.

TIMOR

Portugal: Bevölkerung soll selbst entscheiden

10.3./14.3.75 (SZ/FAZ)
Nach dem Willen der portugiesischen Regierung sollen die 650 000 Einwohner des portugiesischen Teils der Insel Timor (gegenüber der Nordspitze Australiens gelegen) über ihre politische Zukunft selbst entscheiden. Seit geraumer Zeit halten sich Gerüchte, daß Indonesien eine Annektion Portugiesisch-Timors plant (notfalls über den Weg einer militärischen Besetzung). Der übrige Teil der Insel Timor gehört bereits als ehemalige holländische Besitzung zu Indonesien.

/ lot /jür

VIETNAM

Artikel "Zur aktuellen Lage in Südvietnam" s. in diesem Heft S.

Lateinamerika

Wachsende Spannungen in der OAS

16.1.75 (NZZ)
Venezuela, Ecuador, Kolumbien und Peru fordern eine Sondersitzung der OAS (Organisation amerikanischer Staaten), um die Diskriminierung durch das neue Handelsgesetz zu erörtern. Mit diesem Gesetz werden die USA ermächtigt, gegenüber amerikanischen Staaten die Zölle zu erhöhen, wenn sie einem Rohstoffkartell (hier: der OPEC - Organisation erdölerzeugender Länder) beitreten (vgl. Chronik Heft 41/42).

29.1.75 (FR)
Die für Februar geplante Lateinamerikareise des US-Außenministers Kissinger sowie die Konferenz der amerikanischen Außenminister werden auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Regierungen Ecuadors und Venezuelas sagten wenige Tage zuvor ihre Teilnahme an der Konferenz aus Protest gegen das neue US-Handelsgesetz ab.

31.1.75 (NZZ)
Nachdem der Rat der Organisation amerikanischer Staaten bei Stimmenthaltung der USA eine Resolution verabschiedet, die das Handelsgesetz scharf kritisiert, gilt das für März geplante Treffen amerikanischer Außenminister als gescheitert.

Tauziehen um Boliviens Erzvorkommen

7.2.75 (NZZ)
Nach offiziellen Angaben der bolivischen Regierung will Argentinien die geplante wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern von dem Recht auf Ausbeutung des Eisenerzlagers El Mutún - einem der größten Eisenvorkommen der Welt - abhängig machen. Bolivien, das wirtschaftlich völlig von Brasilien abhängig ist, hat bereits vor einem Jahr El Mutún betreffende Forschungs- und Ausbeutungsrechte - gegen den Protest Argentiniens - Brasilien zugesprochen.

Zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung

23.1.75 (FR)
Nach einem Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) sind die Einkommensunterschiede zwischen der besitzenden Oberschicht und den unteren Klassen in keinem Erdteil so groß wie in Lateinamerika. Besonders die Länder mit den größten Zuwachsraten des Sozialprodukts (Brasilien, Venezuela, Mexiko, Peru) zeichnen sich durch eine zunehmend ungleichmäßige Einkommensverteilung aus.

ARGENTINIEN

Fraktionskämpfe in der Gewerkschaftsführung - Weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage

24.1. - 4.3.75 (NZZ)
Die Wahl C. Herreras zum Generalsekretär bedeutet eine Schwächung der seit Perons Tod in der Gewerkschaftsführung dominierenden Fraktion um Miguel. Miguel gilt als Parteigänger der 'grauen Eminenz' Lopez-Rega (Privatsekretär der Präsidentin). Die Spannungen in der Gewerkschaftsführung wurden vor allem durch die wachsende Unzufriedenheit an der Gewerkschaftsbasis angesichts der ständigen Verschlechterung der Lage der Lohnabhängigen ausgelöst.

Bei Vereinbarungen der aus Vertretern von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern bestehenden Nationalen Tarifkommission wurde der gesetzliche Mindestlohn von 1600 Pesos auf 2000 Pesos (ca. 175 DM) gehoben sowie eine pauschale Lohnzulage von 700 Pesos (ca. 35 DM) festgelegt. Den Lohnerhöhungen stehen jedoch eine Geldentwertung von ca. 55 % (1974) und enorme Preissteigerungen (z.B. Arzneimittel 30 %, Milchprodukte 40 %) gegenüber. Händler und Produzenten spekulieren durch Horten von Waren und schaffen damit einen blühenden Schwarzmarkt. Auf diese Entwicklung reagiert die Arbeiterschaft mit häufigem Fernbleiben vom Arbeitsplatz, das inzwischen nach offiziellen Angaben auf 20-30 % angewachsen ist.

Die privatwirtschaftlichen Investitionen sanken gegenüber dem Vorjahr um real 16 %. Dies gilt als Reaktion auf die Preisstopp-Politik Perons und des Es-Wirtschaftsministers Gelbhard. Nach der Aufhebung des Preisstopps durch Wirtschaftsminister Morales erwartet das Wirtschaftsinstitut FIEL wieder eine reale Investitionssteigerung von 20-30 %, womit 1975 etwa das Niveau von 1972 erreicht wird (NZZ 24.1.75).

Nach einer vorübergehenden Preishausse für Rohstoffe verschlechtern sich die Terms of Trade (Verhältnis zwischen Preisindex der Export- und Importprodukte) wieder zusehends zu ungunsten Argentiniens. Die hohen Weltmarktpreise für Argentiniens wichtigste Exportprodukte Fleisch, Leder, Weizen, Wolle hatten Ende 1972 das Austauschverhältnis auf 129 (Ausgangswert 100 für 1970) steigen lassen. Aufgrund der verzögert einsetzenden Preiserhöhungen für Importwaren fielen die Terms of Trade inzwischen auf einen Tiefstand von 62. Die wichtigsten Außenhandelspartner Argentiniens sind: USA, Großbritannien, Italien, BRD, Brasilien.

6.2.75 (NZZ)
Präsidentin Perón droht den Tochtergesellschaften von ITT und Siemens mit der völligen Enteignung, falls diese nicht bereit sind, dem argentinischen

Staat Entschädigung für die von ihnen in den letzten Jahren praktizierten Steuerhinterziehungen und Preisschiebereien (vgl. Chronik Heft 41/42) zu zahlen. Nach informierten Kreisen in Buenos Aires will Präsidentin Perón mit dieser Drohung lediglich die Liquidierung mehrerer Millionen Dollar Staatsschulden gegenüber den Firmen erwirken (Newsweek 17.2.75).

Weiterhin Angriffe auf Zeitungen

29.1.75 (NZZ)
Bei einem Überfall auf die konservative Zeitung "La Voz del Interior" in Córdoba werden die Druckereianlagen von Angehörigen der rechtsextremen Terrororganisation "AAA" durch Brand vernichtet. Die Zeitung gehört zu den wenigen argentinischen Presseorganen, die die Rechtsentwicklung in der peronistischen Führung noch zu kritisieren wagten, nachdem seit E. Peróns Amtsantritt bereits 10 Zeitungen verboten wurden.

20.2.75 (NZZ/Le Monde)
Die Regierung verbietet das Erscheinen der rechtsperonistischen Zeitschrift "Marcha" und erläßt Haftbefehle gegen Herausgeber und Verleger. Das Magazin hatte den Rücktritt López Regas gefordert.

Erfolglose Aktionen gegen Guerilla und Landproletariat

11.2. - 3.3.75
Mit einer großangelegten Militäraktion geht die Regierung gegen Landguerillas in verschiedenen Nordprovinzen vor, wo die ERP bereits mehrere Dörfer kontrolliert und zu "befreiten Zonen" erklärt hat (Le Monde 12.2.75).

Die etwa 500-750 Guerillakämpfer finden offensichtlich bei dem in extremer Armut lebenden Landproletariat Unterstützung (Le Monde 11.2.75/NZZ 17.2.75). Besonders groß ist das Elend in der Provinz Tucumán, in deren Zuckerplantagen die Onganiadiktatur drastische Rationalisierungsmaßnahmen durchgesetzt und den Landarbeitern damit die Existenzgrundlage geraubt hatte (FR 7.3.75).

Nachdem die erwarteten Erfolge bei der Suche nach den Guerillas ausbleiben, beschränken sich die Militärs auf die "Befriedung" (sprich: Einschüchterung) der ansässigen Bevölkerung. Die Guerilla sollen inzwischen ihre Aktivitäten auf die Städte verlagert haben. Nach offiziellen Angaben wurden bei Polizeirazzien in Städten mehrerer Provinzen fast 1000 Menschen festgenommen (NZZ 17.2.75, 3.3.75).

BOLIVIEN

Erfolgreicher Streik

28.1.75 (NZZ)
Der seit 14 Tagen andauernde Streik im Zinnbergwerk Catavi bei Catamarca wird erfolgreich beendet: Die Polizeitruppen verlassen das Grubengebiet; vier von den Behörden geschlossene lokale Radiosender, welche die Arbeiter zur Verbreitung von Nachrichten benutzt hatten, nehmen den Betrieb wieder auf.

Der Streik hat nach offizieller Darstellung ein Viertel der bolivischen Zinnindustrie lahmgelegt und zu einem täglichen Exportausfall von 1,5 Mio. Dollar geführt.











BRASILIEN

Wirtschaftliche Entwicklung

7.2. - 7.3.75 (FR/NZZ)
Das brasilianische "Wirtschaftswunder" hat im vergangenen Jahr von seinem Glanz eingebüßt, z.T. bedingt durch außenwirtschaftliche Faktoren wie die Verteuerung des Rohöls.

Die Ertragsbilanz für 1974 weist nach amtlichen Angaben ein Defizit von ca. 7 Mrd. US-Dollar auf. (Zahlungsbilanz: - 1,4 Mrd. US-Dollar gegenüber + 3,3 Mrd. US-Dollar im Vorjahr; Handelsbilanz: - 4,6 Mrd. US-Dollar gegenüber + 0,2 Mrd. US-Dollar im Vorjahr.)

Die Verschuldung gegenüber dem Ausland wuchs allein 1974 um etwa 1/3 auf 17,6, nach anderen amtlichen Angaben auf 19 Mrd. US-Dollar; die ausländischen Kapitalinvestitionen stiegen nach Aussagen des Finanzministeriums von 4,58 auf 5,6 Mrd. US-Dollar. Das Bruttosozialprodukt soll um ca. 10 % gewachsen sein (1974: 11,4 %). Die Investitions-

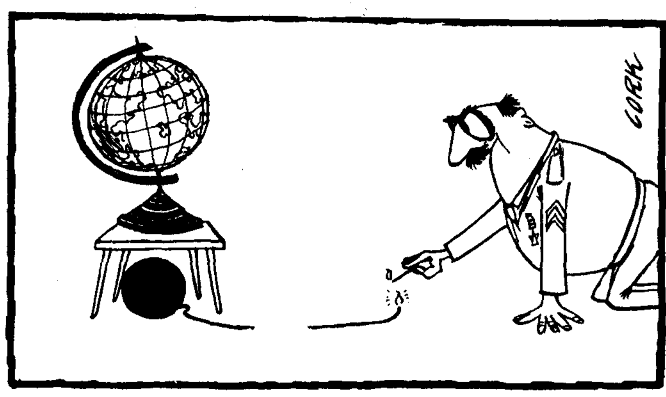
rate stieg der Regierung zufolge wieder auf 35 % (1973: 15 %).

1.2.75 (Le Monde) / 1./2.2.75 (NZZ)
Die brasilianische Polizei hat in Rio de Janeiro und Sao Paulo geheime Druckereien der KP ausfindig gemacht und zahlreiche Mitglieder der Partei festgenommen. Entgegen Aussagen des Justizministeriums werden viele von ihnen gefoltert oder sind einfach "verschwunden".

Wachsende Unterdrückung

1.2./7.2.75 (NZZ) / 21.2.75 (FR)
Ein hoher brasilianischer Richter hat in Sao Paulo illegale Verhaftungen, Folterungen und das häufige spurlose Verschwinden von Personen angeprangert. Bemerkenswert ist, daß diese Meldung auch in brasilianischen Zeitungen erschien.

13.1.75 (NZZ) / 21.2.75 (FR)
Die ständig steigende Zahl von Verhaftungen "aus Gründen der nationalen Sicherheit" hat der Erzbischof von Sao Paulo, Evaristo Arns, in einem Hirtenbrief angeprangert. Zuvor hatte sich Arns bemüht, von den Regierungsorganen Auskunft über den Verbleib von 22 Personen zu erhalten, die vor 1 1/2 Jahren verhaftet wurden und seither "vermißt" sind. Diese Repressionswelle steht im Widerspruch zu Liberalisierungsversprechen der Regierung Geisel, die außer verbalen Ankündigungen und der Wiedereinberufung einer "parlamentarischen Menschenrechtskommission" keine Konsequenzen hatten.



Zeichnung: Cor Hoekstra

Westdeutsche Kapitalinvestitionen

3.2.75/5.3.75 (FR)
Siemens will in den nächsten 5 Jahren ca. 200 Mill. DM in Brasilien investieren. Siemens und AEG verhandeln darüber hinaus über die Lieferung von Atomkraftwerken.

CHILE

Wirtschaftslage wird immer katastrophaler

24.1.75 (NZZ)
Von den 480 durch die UP-Regierung enteigneten Unternehmen sind inzwischen 220 reprivatisiert worden. Der Staat beabsichtigt - nach offizieller Darstellung -, nur in 20 Unternehmen vorübergehend eine Beteiligung zu behalten.

17.2.75 (Le Monde)
Die USA, die der UP-Regierung sämtliche Wirtschaftskredite verweigert hatte, gewährte jetzt der Junta einen 2 Mio. Dollar-Kredit zur Entwicklung der Landwirtschaft. Die Rücknahme der Agrarreformmaßnahmen unter Allende hat inzwischen zu einem drastischen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität geführt (Chile-Nachr. 24).

22./23.2.75 (NZZ)
Die der CIPEC angehörenden wichtigsten kupferexportierenden Länder (Chile, Peru, Zaire, Sambia) beschließen eine weitere Drosselung des Kupferexports um 5 % ab 1.3.75. Eine Stabilisierung des Kupferpreises konnte durch die kürzlich beschlossene Drosselung um 10 % nicht erreicht werden (vgl. Chronik Heft 41/42).

Günstiges Investitionsklima für westdeutsches Kapital

Daimler Benz beabsichtigt, in Chile Investitionen von 240 Mio. DM vorzunehmen. In den Betrieben der Firma in der BRD läßt z.Z. - als Folge der allgemeinen ökonomischen Krise - die Investitionstätigkeit mangels Nachfrage auf dem Automobilmarkt erheblich nach. In dieser Situation bringt die Auslagerung der Produktion in Länder mit extrem niedrigem Lohnniveau Vorteile im Konkurrenzkampf (Chile-Nachr. 22).

Anhaltender Terror

18.2.75 (Le Monde)
Nach Informationen des "Observer", der sich auf Flüchtlingskreise beruft, wurde der chilenisch-britische Priester M. Woodward, Mitglied der Bewegung "Christen für den Sozialismus" auf dem Schiffgefängnis "Lebu" vor Valparaiso zu Tode gefoltert. Auf dem Schiff befinden sich etwa 800 Häftlinge.

21.2.75 (NZZ)
Chilenische und argentinische Geheimdienste arbeiten bereits gut zusammen. Das zeigt - wie vor wenigen Monaten die Ermordung von General Prats in Argentinien - die Verhaftung von neun Chile-Flüchtlingen in Mendoza/Argentinien (vgl. Chronik Heft 39).

Bei völligem Ausschluß der Öffentlichkeit stehen z.Z. in Chile eine große Anzahl Unteroffiziere, Matrosen und Zivilisten vor Gericht, die ihre Mitarbeit beim Sturz Allendes verweigert hatten. Eine Gruppe von Matrosen war noch während der Regierungszeit der Unidad Popular von rechten Militärs inhaftiert und gefoltert worden, nachdem sie Mitte 1973 Putschpläne aufgedeckt

und an die Allende-Regierung weitergegeben hatten (Chile-Nachr. 22).

29.1.75 (NZZ)
Pinochet gibt ein neues Sicherheitsgesetz bekannt, das, wie es heißt, strenge Bestrafung für Urheber von Terrorakten vorsieht. Als Terrorakt wird u.a. auch die "Verbreitung politischer Propaganda" bezeichnet.

BRD: Keine Hilfe für verfolgte Chilenen

Die Bundesregierung hat bisher nichts unternommen, um den 3000 Häftlingen, für die das ökumenische Flüchtlingskomitee in Chile dringend europäische Aufnahmeländer sucht, zu einer Einreisemöglichkeit in die BRD zu verhelfen.

Das Land Baden-Württemberg verweigert dem Wissenschaftler M. Duran noch immer die Arbeitserlaubnis, nachdem auf breiten Druck eine Aufenthaltserlaubnis durchgesetzt werden konnte.

Offiziell hat die BRD - nach Angaben von amnesty international - bisher 850 Flüchtlinge aufgenommen, während Baden-Württemberg im Januar erstmals 22 Chilenen (mit Familien 90) offiziell einreisen ließ (Chile-Nachr. 24).

Solidarität australischer Gewerkschaften

21.1.75 (FR)
Auf Druck der Gewerkschaften verweigert die australische Regierung die Lieferung von 300 000 t Weizen an Chile.

Quito (Ecuador), Dez.74/Jan.75

Die Arbeiter der Fabrik "Lanafit" traten in den Streik, um die Wiedereinstellung von 4 Kollegen zu verlangen, die vom Fabrikbesitzer frühzeitig entlassen worden waren.

In einer Bittschrift, die von 350 der 400 Arbeiter unterschrieben worden war, verlangten sie außerdem die Auflösung des "Unternehmenskomitees", eine dem Syndikat alternativ gegenüberstehende Organisation, die als der repressive Arm des Unternehmers in der Fabrik angesehen werden muß. (Nach dem ecuatorianischen Arbeitsgesetz darf sich in einem Betrieb ein Unternehmenskomitee nur dann bilden, wenn sich ihm wenigstens 25 % der Arbeiter anschließen. Bei "Lanafit" gehörten dem Unternehmenskomitee nicht einmal 12 % der Arbeiter an.)

Der Streik war legal erklärt worden, und die Polizei hatte somit (laut Gesetz) die Pflicht, für die Sicherheit der Arbeiter zu sorgen. Trotzdem griff sie im Interesse des Fabrikbesitzers ein: Mit Waffengewalt wurde der Streik zerschlagen; ein Arbeiter starb an den Folgen eines Gehirnschusses.

KUBA

Französisches Kapital an Kuba

22.1.75/4.3.75 (NZZ)
Frankreich und Kuba trafen eine Vereinbarung über einen Kredit von 1,5 Mrd. Franc, mit dem Kuba den Kauf industrieller Ausrüstung in Frankreich finanzieren soll.

PERU

Streik der Polizisten von Militär niedergeschlagen - Im Hintergrund: Flügelkämpfe in der Militärjunta

Am 3.2. treten in Lima sowie mehreren Provinzstädten Perus ca. 7000 Polizisten in einen unbefristeten Streik, um ihren seit Monaten der Regierung erfolglos vorgetragenen Forderungen nach höheren Löhnen und Besserung der Arbeitsbedingungen Ausdruck zu geben. Nachdem die Polizisten ihren Streik nicht abbrechen, umstellt am nächsten Morgen mit Panzern und Kanonen bewaffnetes Militär das Quartier der Streikenden in der Hauptstadt. Nach einem Ultimatum stürmt das Militär am 5.2. die Polizeikaserne (afrique-asie 24.2.75/ FR 7.2.75).

Wenige Stunden später plündern rechtsgerichtete Studenten aus der Oberschicht Geschäftsviertel der Stadt und stecken u.a. das Gebäude der im Juli 1974 von der Junta verstaatlichten Zeitungen Ojo und Correo in Brand. Bei den Plünderungen beteiligen sich - wenn auch in geringerem Maße - Bewohner der Elendsviertel, die offensichtlich von den Studenten für ihre Zwecke mißbraucht werden. Dabei bleiben die Wohnviertel der Reichen und die ausländischen Kaufhäuser verschont. Wie uns direkt aus Lima mitgeteilt wurde, beteiligen sich an der Aktion auch die Gruppen Bandera Roja und Patria Roja, die die Junta als "faschistisch" bezeichnen und ihren baldmöglichen Sturz beabsichtigen.

Auffallend ist der unüblich späte Einsatz des Militärs gegen die Demonstranten, was auf Auseinandersetzungen zwischen rechtem und "progressivem" Flügel der Junta schließen läßt (afrique-asie 24.2.74/ AK-Infos 1.3.75/ Newsweek 17.2.75). Die Junta verhängte über das ganze Land den Ausnahmezustand und suspendierte die verfassungsmäßigen Rechte (NZZ 7.2.75). Sie macht den CIA und die Rechtspartei APRA für die Unruhen verantwortlich, unternimmt jedoch keine ernstzunehmenden Versuche, diese Behauptungen zu beweisen. Wie die peruanische Presse berichtet, hat die US-Fluggesellschaft BRANIF am 4.2. ihre Flüge nach Lima gestrichen mit der Begründung, dort sei die Regierung gestürzt worden (AK-Infos 1.3.75). Die NZZ vom 10.2.75 hält eine Intervention des CIA dagegen für unwahrscheinlich, da in der letzten Zeit die rechte Fraktion der Junta einen Machtzuwachs ver-

zeichnen konnte, z.B. durch die Besetzung des Ministerpräsidentenamtes durch den in den USA angesehenen ehemaligen Wirtschaftsminister Morales, der zudem Anwärter auf die Nachfolge Velascos sei.

Angesichts der Tatsache, daß erst Ende Januar Präsident Velasco in Zusammenhang mit dem neuen US-Handelsgesetz (vgl. hierzu den Beitrag Lateinamerika allgemein in dieser Chronik) die lateinamerikanischen Länder aufgefordert hat, den von US-Außenminister Kissinger propagierten "neuen Dialog" ohne die USA, dafür aber mit Kuba fortzusetzen (afrique-asie 21.2.75/ FR 31.1.75) und bei Kenntnis der Rolle, die der CIA in Lateinamerika bei rechtsgerichteten Putschen, Putschversuchen und Unruhen bisher gespielt hat, ist es nicht auszuschließen, daß auch in diesem Fall der US-Geheimdienst die APRA und die politisch und wirtschaftlich geschwächte Oberschicht als verlängerten Arm benutzt, um eine beschleunigte Rechtsentwicklung zu provozieren.

Unklar ist, ob auch der Streik der Polizisten - so berechtigt er bei deren gefallenem Realeinkommen gewesen ist - vom CIA provoziert wurde, wie es z.B. die Regierung behauptet. Die Polizisten jedenfalls versicherten, ihr Protest richte sich nicht gegen die Regierung (FR/NZZ 7.2.75).

Inzwischen bereitet die Junta die Gründung einer Partei vor, mit deren Unterstützung sie sich die nicht vorhandene Massenbasis für ihre Politik sichern will (NZZ 12.3.75). Eine allgemeine Mobilisierung der Bevölkerung ist bisher von der Junta eher verhindert worden. So haben in den nach dem Konzept der "Peruanischen Revolution" verstaatlichte landwirtschaftliche und industrielle Produktionsbetriebe im wesentlichen nur "die Herren gewechselt", ohne daß die materielle Lage der Land- und Industriearbeiter sich entscheidend gebessert hätte (geschweige denn sie über die Produktionsmittel selbst verfügen könnten), und die Junta schreckt nicht davor zurück, gegen linksgerichtete selbständige Organisationen an der Basis die Sicherheitskräfte einzusetzen (Le Monde 7.2.75, vgl. Chronik Hefte 30 u. 41/42, S. 41).

PARAGUAY

Ausweitung der Repressionswelle

13.2.75 (FR) / 14.2.75 (NZZ)
In einem in London veröffentlichten Bericht klagt amnesty international die Regierungen von Uruguay, Paraguay und Argentinien an, unter dem Deckmantel des Notstandsrechts die Menschenrechte schwerwiegend zu verletzen. Die Polizei der 3 Länder arbeitet eng zusammen. Besonders hingewiesen wird dabei auf Paraguay, wo von Dezember bis Februar 1000 Menschen wegen angeblicher Verschwörung verhaftet und gefoltert worden seien.

11.3.75 (NZZ)
Mit dem Überfall der paraguayischen Armee auf die Bauernkooperative von Jejui, bei dem das Dorf niedergebrannt 8 Bauern getötet und 50 gefangengenommen wurden, hat die Repressionswelle auf einen neuen Bereich übergegriffen. Da Jejui eine der von der katholischen Kirche innerhalb der Bewegung der christlichen Agrarligen geförderte Genossenschaften war, hat dieser Überfall die bisher schärfste Konfrontation zwischen dem Regime und der Kirche ausgelöst. Unter der Militärdiktatur ist augenblicklich die Kirche die einzige Kraft, die das Regime offen kritisieren kann.

URUGUAY

Inflation auf Rekordhöhe

21.2.75/7.3.75 (NZZ)
Die wirtschaftliche Lage Uruguays hat sich im letzten Jahr bedeutend verschlechtert. Mit 107 % erreichte die Inflationsrate den höchsten Stand seit 1967. So wurden erst kürzlich wieder von der Regierung die Preise wichtiger Lebensmittel und Dienstleistungen um durchschnittlich 30 % erhöht. Die Löhne stiegen nur um ca. 15 %. Die Handelsbilanz weist für 1974 ein Defizit von 117 Mill. US-Dollar auf. (1973: Bilanzüberschuß 37 Mill. US-Dollar.) Die Verschlechterung ist zurückzuführen einerseits auf gestiegene Preise für Rohstoffimporte (z.B. Erdöl), andererseits darauf, daß die Exporte nur geringfügig stiegen und insbesondere die wichtigsten traditionellen Exporte (Fleisch, Häute) um 6 % abnahmen. Ein Grund dafür ist das von der EG erlassene Importverbot für Rindfleisch.

Säuberungswelle

25.1.75 (FR) / 28.1.75 (NZZ)
Die internationale Juristenkommission in Genf hat der uruguayischen Regierung vorgeworfen, die Tötung des uruguayischen Militärattaches in Paris im letzten Dezember zum Anlaß für eine verschärfte Repressionswelle genommen zu haben. Hunderte von politischen Gegnern seien verhaftet, mehrere ermordet worden. An den Universitäten hat eine Säuberungswelle enormen Ausmasses stattgefunden. Einige Fakultäten sind deshalb nicht funktionsfähig.

VENEZUELA

Verstaatlichung der Ölindustrie im Einvernehmen mit Konzernen

13.3.75 (FR/NZZ)
Die venezulanische Regierung hat ein Gesetz zur Verstaatlichung der Ölindustrie vorgelegt. Die Erdölkonzerne - vorwiegend aus den USA - sollen in bisher ungenannter Höhe entschädigt werden. Die Konzerne selbst haben keine Bedenken dagegen angemeldet. Von ihnen wie von der Regierung scheint eine weitere "Zusammenarbeit" angestrebt zu werden.

bast/bsm

Vietnam

Vorbemerkung

In dieser Ausgabe der "blätter des iz3w" bringen wir 3 Beiträge, die Anhaltspunkte zum Verständnis der jüngsten Entwicklung des Befreiungskampfes in Vietnam geben sollen.

Im ersten Artikel wird keine geschlossene Darstellung des geschichtlichen Ablaufs des Vietnamkrieges gegeben; der Verfasser legt das Schwergewicht auf die Bedingungen, unter denen sich der Widerstand des vietnamesischen Volkes gegen seine Unterdrücker soweit entwickeln konnte, daß heute der Sturz der amerikanischen Statthalter in Vietnam unmittelbar bevorsteht.

Anders als der in der letzten Ausgabe der "blätter des iz3w" (Nr. 41/42) abgedruckte Artikel von Buro/Dill sieht der Verfasser die wichtigsten Faktoren für den rapiden Zusammenbruch des Thieu-Regimes in der inneren Entwicklung in Vietnam. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Entwicklung der sog. 'Dritten Kraft' - antikommunistische kleinbürgerliche und religiöse Gruppen - zu offenen Gegnern Thieus und der USA; Kräfte, von denen die USA früher noch hoffen konnten, sie als Ersatz für Thieu für ihre Pläne einsetzen zu können, die heute aber durch die Entwicklung unter Thieu auf die Seite der nationaldemokratischen Revolution getrieben wurden. Spekuliert der in Nr. 41/42 abgedruckte Artikel noch auf die Möglichkeit eines 'Pferdewechsels' der USA vermittelst der nationalen Bourgeoisie und auf einen vietnamesischen 'Marshallplan' der USA, so ist besonders die Darstellung der Politik der Befreiungsfront in der Entwicklung der Wirtschaft, der Errichtung demokratischer Strukturen und der Reorganisierung der Landwirtschaft gut geeignet, zu zeigen, woran solche Pläne letztlich gescheitert sind: Auch bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise in Vietnam konnten zu einem bedeutenden Teil zur Beteiligung an der nationaldemokratischen Revolution gewonnen werden, einer Revolution, die für Kompromisse mit den USA oder Thieu heute keinen Raum mehr läßt. In der Tat hat Thieu auch bei der Bourgeoisie und selbst im Militär heute keine tragfähige soziale Basis mehr; eine bürgerliche, USA-hörige Alternative (die sog. 'Antikorruptionsfront') zu Thieu wird sich in derselben Situation befinden.

Zur Verdeutlichung der Bedeutung der Politik der Befreiungsfront in den befreiten Gebieten drucken wir im Anschluß die Übersetzung eines Augenzeugenberichtes aus dem amerikanischen Guardian ab.

Auf wichtige Aspekte der jüngsten Entwicklung - den Zusammenbruch der Thieu-Truppen im Nordteil Südvietnams, die sog. Flüchtlingsströme und die diesbezügliche Pressehetze gegen den Befreiungskampf - geht der letzte Beitrag ein. Zugleich möchten wir unsere Leser auf Möglichkeiten der wirksamen Unterstützung des vietnamesischen Volkes aufmerksam machen. (Dieser letzte Beitrag schließt auf dem Informationsstand vom 7.4.1975 ab.)

DIE ENTWICKLUNG DES NATIONALEN UND DEMOKRATISCHEN WIDERSTANDES

Der Kolonialkrieg gegen die Franzosen und seine Folgen

Um zu verstehen, wie stark der Wille zur Unabhängigkeit in der gesamten Bevölkerung verwurzelt ist, sollen die Ereignisse, die zur Vertreibung der Franzosen und zur Teilung Vietnams führten, kurz vergegenwärtigt werden.

Entscheidende Erfahrungen im Kampf gegen Fremdherrschaft sammelte das vietnamesische Volk im ersten Indochinakrieg (1947-54). Nachdem die Franzosen die von Ho Chi Minh nach der Kapitulation Japans 1945 ausgerufene "Demokratische Republik Vietnam" durch eine militärische Intervention der Unabhängigkeit beraubt hatten, versuchten sie kompromißlos ihr altes Kolonialregime wiederherzustellen. Doch die Wiederbesetzung des Landes wurde für die Franzosen nicht zu einem "militärischen Spaziergang", wie einer ihrer Generäle meinte; sie rief vielmehr den Widerstand gegen die Unterdrücker in allen Schichten der Bevölkerung hervor. Bald wurde deutlich, daß der Krieg für die

Franzosen nicht zu gewinnen war: Ihr erdrückendes militärisch-technisches Übergewicht half nichts gegen den Widerstandswillen der gesamten Bevölkerung.

Obwohl der Kampf gegen die französischen Truppen anfangs nur mit erbeuteten Waffen geführt werden konnte - eigene Waffenfabriken besaßen die Vietnamesen nicht -, waren die Franzosen schon 1954 zum Rückzug gezwungen, der auf der Genfer Indochinakonferenz besiegelt wurde. Die in der Mitte des Landes verlaufende Hauptfrontlinie wurde zur provisorischen Demarkationslinie erklärt. Bis zu den Wahlen, die für 1956 in ganz Vietnam vorgesehen waren, sollten die Regierungsgeschäfte im Norden von der Widerstandsorganisation Viet Minh (die den Kampf getragen hatte), im Süden von Kaiser Bao Dai ausgeübt werden. Viele Widerstandskämpfer verließen darauf den Süden, um beim Aufbau des Nordens Hilfe zu leisten. Die USA hatten sich, wie aus den geheimen "Pentagonpapieren" (1) klar hervorgeht, schon früh auf seiten der Franzosen engagiert; 1954 trugen sie bereits 78 % der Kriegskosten. Im selben Jahr begannen auch die berüchtigten Sabotageoperationen eines CIA-Teams in Nordvietnam (z.B. Verschmutzung der Ölvorräte Hanois, um nach dem Sieg der Viet Minh den Verkehr zum Erliegen zu bringen).

Die Genfer Indochinakonferenz war für das vietnamesische Volk ein großer Erfolg gewesen: Es hatte sich der direkten militärischen Unterdrückung durch fremde Mächte entledigt und das Recht auf Selbstbestimmung erkämpft. Der neue Machthaber in Saigon, Diem, torpedierte dieses Abkommen jedoch offen; er erklärte, die Saigoner Regierung fühle sich nicht an das Abkommen gebunden und lehnte als erstes die vorgeschriebenen Wahlen ab - ein Vorspiel zum Terror der nächsten Jahre.

Die Haltung der amerikanischen Regierung zu diesem Thema gibt ein Telegramm von Außenminister Dulles an die Saigoner Botschaft wieder: "Wenn wir auch gewiß keine aktiven Schritte unternehmen sollten, um den gegenwärtigen Verfall der Genfer Vereinbarungen zu beschleunigen, so sollten wir doch auch nicht die leiseste Anstrengung machen, sie mit Leben zu erfüllen." (2) Hiermit war die Entwicklung in Südvietnam in ihren Grundzügen festgelegt: Die USA unterstützten die Diktatur Diems (und seiner Nachfolger), solange diese nur - entgegen den Genfer Vereinbarungen - gegen den Norden Front machte, sich stramm antikommunistisch gab und, egal mit welchen Mitteln, die Macht erfolgreich in den Händen hielt.

Bis zu seinem Sturz, der 1963 von den USA mit Hilfe einer Generalsclique angesichts des massiven Widerstandes in der Bevölkerung inszeniert wurde, gilt der Bericht des amerikanischen Generals Harkin über das Verhältnis Diems zu den USA: "Die US-Regierung ist seine mütterliche Vorgesetzte und sein Beichtvater gewesen, seit er im Amt ist, und er hat sich immer auf uns verlassen." (3)

Beginn des organisierten Widerstandes gegen Diktatur und Imperialismus in Südvietnam: Gründung der FNL

Die Gründung der nationalen Befreiungsfront FNL (sog. 'Vietkong') im Jahr 1960 ist mehr als nur die Fortsetzung der Tätigkeit des Viet Minh, der im Kolonialkrieg gegen Japan und Frankreich entstandenen Widerstandsorganisation, die sich für eine unabhängige Politik nach dem Beispiel der Entwicklung im Norden Vietnams und die Wiedervereinigung mit dem Norden einsetzte, wie dies auch die Genfer Indochina-Vereinbarungen vorsahen.

---

1) 1967 gab der damalige Verteidigungsminister der USA, McNamara, eine streng geheime Studie über die Rolle der Vereinigten Staaten in Indochina in Auftrag, die 1971 durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangten. Die Studie übertraf die schlimmsten Befürchtungen der Öffentlichkeit hinsichtlich der Vietnampolitik der USA und ist eine ausgezeichnete Einführung für jeden, der sich mit diesem Thema näher befassen möchte: Die Pentagon-Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnamkriegs, München/Zürich 1971
2) ebda, S. 21
3) ebda, S. 217

aus: KVZ 3/75

Lebenslauf einer Marionette

Name und Vorname: Nguyen Van Thieu
geboren am 5.4.23, Ninh Thuan
–1948: studierte an der französischen Militärschule Dalat.
–1949: beteiligte sich an der Operation "Mien tay"
–1949: studierte an der französischen Militärschule Coequidan.
–1952: beteiligte sich an der Operation "Hung yen" (Operation des französischen Expeditionskorps gegen den Vietnamesischen Widerstand.)
–1954: beteiligte sich an der Operation "Atlante" (Operation des französischen Expeditionskorps gegen den Vietnamesischen Widerstand.)
Nach dem Genfer Abkommen
–1957: studierte an der Militärschule in Fort Learenworth (USA).
–1959: studierte an der US-Militärschule in Okinawa (Japan).
–1960: beteiligte sich an dem Lehrgang "Über moderne Waffen" in Fort Bliss (USA).
Generalstabschef, Verteidigungsminister, und dann Präsident der Republik Vietnam.

Es waren vor allem die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der US-hörigen Diem-Diktatur im Süden, die den Widerstand verschiedener gesellschaftlichen Gruppen und Schichten zusammenschweißte, ein Vorgang, der sich unter dem Thieu-Regime wiederholte. Bis 1959 hatten die Viet Minh trotz ihrer Verfolgung und der Hinrichtung ihrer besten Kräfte durch Diem am Prinzip der Gewaltlosigkeit festgehalten. Erst als der Widerstand in der ganzen Bevölkerung breit verankert war und einzelne Stämme, vor allem aus dem Hochland - z.B. die Kor - sich schon offen gegen "Säuberungsaktionen" und Hinrichtungskommandos der Regierungstruppen zur Wehr setzten, wurde beschlossen, den bewaffneten Kampf gegen den Terror Diems zu organisieren und zu vereinheitlichen.

"Neben der Vereinigung der ehemaligen Widerstandskämpfer beteiligten sich die Demokratische Partei und die Radikalsozialistische Partei (an der Gründung der FNL), hinzu kamen Vertreter anderer politischer und religiöser Gruppierungen und der Bergstämme des westlichen Hochlandes." (4)

Gründe für den Erfolg der FNL

Diem, wie Thieu Angehöriger der katholischen Elite, regierte das Land mit Hilfe verschiedener Ermächtigungsgesetze, wie der berüchtigten Verordnung 6 (1956): "Solange Ordnung und Sicherheit nicht vollkommen gewährleistet sind, können alle Personen, die als gefährlich für die Landesverteidigung oder für die öffentliche Ordnung angesehen werden, auf Vorschlag des Innenministers durch Erlaß des Präsidenten in Haft genommen, bestimmter Landesteile oder aus ihrem Wohnort verwiesen, an einem Zwangsaufenthaltsort angesiedelt oder unter Verwaltungsaufsicht gestellt werden." (5)

Thieus Vorgänger Diem



Klerikalfaschist und Diktator: Spellman und Diem
Diem ist Kardinal Spellmans Entdeckung. Er empfahl Eisenhower Diem als geeigneten Mann zur Liquidierung der Kommunisten.

So wurden schon unter Diem große Teile der Bevölkerung gezwungen, Wohnsitz und Heimat zu verlassen und das Elend der "Umsiedlungsaktionen" auf sich zu nehmen.

Was noch mehr empörte, war die Gesetzgebung, die der nichtchristlichen Mehrheit die religiösen Vorstellungen des Diemclans aufzwang und die katholische Minderheit (10-20 %) stark begünstigte. 1963 verbot ein "Gesetz zum Schutz der Moral" neben Tanzveranstaltungen und Liebesliedern auch Empfängnisverhütung, die mit 5 Jahren Gefängnis bestraft wurde. Neben dieser Gesetzgebung war es vor allem die Politik gegen die ethnischen Minderheiten, die den Widerstand provozierte. Besonders die Stämme des Hochlandes um Kontum, Ban Me Thuot und Pleiku wurden so zu Verbündeten der FNL.

"Ende 1961 gab es kein Dorf mehr in der Provinz Kontum, in dem nicht Vertreter der Nationalen Befreiungsfront saßen; die Bevölkerung stand den Regierungstruppen überaus feindlich gegenüber." (6)

Parallelen zur heutigen Situation

Gerade die oben genannten Provinzen sind heute befreite Gebiete und man kann sich denken, daß sie nicht einer "Aggression nordvietnamesischer Linientruppen" zum Opfer fielen. Wie empfindlich gerade in diesem Punkt die jetzige Saigoner Regierung unter Thieu ist, zeigt sich an ihrer Reaktion auf Berichte des stellvertretenden Chefs der französischen Nachrichtenagentun AFP, Leandri.

"Leandri hatte nach polizeilichen Angaben am Donnerstag einen Bericht über die Kämpfe in Ban Me Thuot im Zentralen Hochland gesendet und darin unter Berufung auf einen Geistlichen geschrieben, daß Angehörige der Bergstämme gemeinsam mit den Vietcong die Stadt angriffen. Die Regierung in Saigon stellt die Montagnards (Bergstämme aus dem zentralen Hochland) als regierungstreu und antikommunistisch dar und vertritt die Version, daß Nordvietnamesen zum Angriff gegen Ban Me Thuot angetreten seien." (NZZ 17.3.75) (7)

Leandri wurde beim Verlassen des Geländes der Saigoner Polizeidirektion hinterrücks von Polizisten Thieus erschossen, nachdem er über seine Korrespondententätigkeit verhört worden war.

Wie Diem reagiert Thieu heute auf den wachsenden Widerstand der Bevölkerung mit verschärfter Unterdrückung - die Ursachen des Widerstandes konnte Diem und kann Thieu nicht beseitigen, dies wäre das Ende seiner Herrschaft. So konnte keiner von beiden auch nur die

---

4) J. Horlemann/P. Gäng, Vietnam. Genesis eines Konflikts, Frankfurt 1967, S. 120
5) ebda, S. 104
6) ebda, S. 116
7) Neue Züricher Zeitung; Hervorhebungen daselbst

demokratischen Grundrechte wie freie Wahlen, Presse-, Rede- oder Versammlungsfreiheit gewähren; doch beide trugen so zu der ungeheuren Stärkung der FNL vom Beginn der 60er Jahre bis heute bei. (8) Wurde Diem noch mit Hilfe und Billigung der USA gestürzt (1963), so war es diesen bisher zu riskant, das Spiel in einem Augenblick zu wiederholen, in dem alles zugunsten der FNL spricht.

FNL und bürgerliche Opposition in den Städten

Schon 1963 kam es zur verschärften Unterdrückung der sog. "Dritten Kraft", des städtischen Bürgertums, der Intelligenz und der Buddhistischen Priester, die sich, traditionell antikommunistisch eingestellt, nicht der FNL angeschlossen hatten. Durch die Zwangsmaßnahmen des Saigoner Regimes waren sie erst zu dessen Gegnern geworden. Die Selbstverbrennungen buddhistischer Mönche machten weite Teile der westlichen Welt darauf aufmerksam, daß die USA in Südvietnam wohl nicht die vielgepriesene Freiheit verteidigten. Mit der Forderung der Dritten Kraft nach demokratischen Freiheiten traf sich diese auch durchaus mit der FNL, die schon zu ihrer Gründung 1960 in ihrem Programm gefordert hatte:

"2. Die grundlegenden demokratischen Freiheiten müssen/verwirklicht werden wie: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit etc. Glaubensfreiheit ist zu garantieren; es darf keinerlei Diskriminierung gegenüber irgendeiner Religion von seiten des Staates geben. Den patriotischen politischen Parteien und Massenorganisationen ist Aktionsfreiheit zuzugestehen ohne Rücksicht auf ihre politischen Tendenzen." (9)

Explizit wird in diesem Programm "eine breite nationale und demokratische Koalitionsregierung" anstelle der von den USA gelenkten Saigoner Regierung gefordert, ebenso strikte außenpolitische Neutralität. Alle diese Forderungen basieren auf der Grundforderung der FNL nach "Sturz des verschleierten Kolonialregimes der amerikanischen Imperialisten" und der Unabhängigkeit des Landes. In dieser und den genannten Forderungen gab es keine Differenzen zwischen FNL und Dritter Kraft, die sich immer stärker für eine Zusammenarbeit mit der FNL einsetzte. Doch gerade gegen die Unabhängigkeit des Landes führten die USA ihren Krieg und waren so gezwungen, die Saigoner Diktatur gegen alle demokratischen und nationalen Kräfte zu verteidigen - eine Diktatur, die ihre faschistischen Züge in aller Offenheit zeigte.

Für die Weltöffentlichkeit mußte dagegen stets die These von der "nordvietnamesischen Aggression" die brutale Unterdrückung des Landes durch die Diktatur in Saigon und ihre Unterstützung durch die Amerikaner rechtfertigen.

Unterschiedliche Positionen vertreten die FNL und die Dritte Kraft vor allem in der Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes. Gegenwärtig betrifft dies vor allem die Situation auf dem Lande; hier möchte die FNL feudale Überreste und den Großgrundbesitz beseitigen, während die städtische Opposition in dieser Frage keine einheitliche Haltung aufweist. (Zur Politik der FNL auf dem Lande vgl. den Bericht im Anschluß an diesen Artikel.)

Aggression Nordvietnams?

Daß der Krieg in Südvietnam ein Aggressionskrieg fremder kommunistischer Kadertruppen sei, ist eine durchgängige Behauptung der USA wie auch der bürgerlichen Berichterstattung in Westdeutschland. Abgesehen davon, daß - selbst in den Bestimmungen der Genfer und Pariser Indochinavereinbarungen - Vietnams Einheit ausdrücklich bestätigt, die Teilung durch eine militärische Waffenstillstandslinie ausdrücklich als provisorisch festgehalten wird, abgesehen davon, daß der Plan einer direkten militärischen Intervention der USA in den Norden von Südvietnam aus deutlich genug zeigt, daß hier ein Volk allen Grund hat, einen gemeinsamen Volkskrieg gegen die imperialistische Diktatur zu führen: In jeder Phase des Vietnamkrieges läßt sich deutlich genug die These widerlegen, die Bevölkerungsmassen in Südvietnam würden allenfalls die Aktionen nordvietnamesischer Einheiten passiv oder billigend hinnehmen, der Krieg sei ein Krieg "des kommunistischen Nordens" gegen "den Süden". Daß der Krieg nicht vom "Norden" in den "Süden" getragen zu werden brauchte, daß er ein Volkskrieg ist, an dem die Mehrheit der Bevölkerung aktiv teilnimmt, daran haben selbst die Imperialisten seit der sog. "Tet-Offensive" 1968 keinen Zweifel mehr. Über diese Offensive der Befreiungsfront, die den ganzen Süden Vietnams erfaßte, schrieb im selben Jahr H. Kuhn, der Vietnam-Experte der Basler Nationalzeitung:

"Gerade am Beispiel der gegenwärtig über ganz Südvietnam verstreuten Vietcong-Aktionen erweist sich die Haltlosigkeit der simplifizierenden These von der Aggression aus dem Norden. Oh-

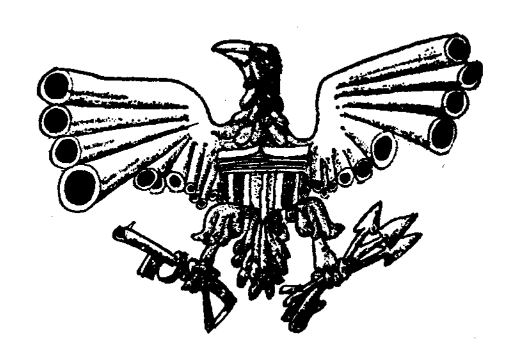
---

8) Die Zahl der ausgebildeten Widerstandskämpfer stieg allein von 1957 - 1962 von schätzungsweise 1000 auf 25 000. Horlemann, S. 128
9) "Programm der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams", in: Horlemann, S. 199

ne starken Rückhalt beim südvietnamesischen Volk wären diese Aktionen gar nicht denkbar. Sie zerstören die Illusion, daß dieses Volk, in welchem die Partisanen 'wie die Fische im Wasser schwimmen', in seiner überwiegenden Mehrheit für die schlechte Sache der Thieu und Ky gewonnen sei..." (10)

Und deutlich genug heißt es in den geheimen Pentagonpapieren in einer 1966 verfaßten Studie des amerikanischen Planungsstabes: "Die wichtigsten Quellen der kommunistischen Stärke im Süden sind einheimischer Natur. Ihre Kraft rührt von den sozialrevolutionären Zielen der Kommunisten und ihrer Identifikation mit der nationalen Sache her." Diese Erkenntnis ändert natürlich nichts an der offiziellen Darstellung - der immergleichen These von der "Aggression aus dem Norden".

Den tatsächlichen Sachverhalt im Auge zu behalten wird gerade heute wichtig, wo das Volk Vietnams und seine Befreiungsfront entscheidende Erfolge im Volkskrieg gegen die Thieutruppen erzielen - und die bürgerliche Presse, genau wie 1968, mit einer verstärkten Hetzkampagne reagiert, um den Volkskrieg zu einem "nordvietnamesischen Überfall" umzulügen.



Die Strategie der nationalen Befreiungsfront

Der Volksbefreiungskrieg ist gerade dadurch gekennzeichnet, daß sein Schlachtfeld überall ist, daß er keine klaren militärischen Fronten kennt; er ist undenkbar (und das wissen, wie das obige Zitat aus den Pentagonpapieren zeigt, die US-Strategen nur allzu gut) ohne die breiteste Verankerung in der Bevölkerung. Die rückhaltlose Unterstützung der breiten Massen war und ist eine dringende Notwendigkeit für einen solchen langandauernden Befreiungskrieg; ohne sie wäre das über das ganze Land gebreitete Netz von Stützpunkten, Rückzugsgebieten und Nachschubbasen der Partisanen nicht denkbar gewesen, die noch dazu wegen der absoluten Luftüberlegenheit des Feindes und dessen Spitzelsystem gut getarnt sein mußten. Die Truppen der USA und Saigons dagegen führten Krieg auf feindlichem Gebiet für die Sache einer Minderheit - der Feudalklasse, derer sich die amerikanischen Imperialisten bedienten - und dieser war gegen die Mehrheit der Bevölkerung nie zu gewinnen.

Die FNL war sich dessen stets bewußt, daß die Revolution gegen die Feudalklasse und der Befreiungskrieg gegen den amerikanischen Imperialismus in gleicher Weise im Interesse der Bauern lag und von diesen in erster Linie getragen werden mußte. Ihre Schlagkraft beruhte auf "der absoluten politischen und moralischen Überlegenheit, der überwältigenden Kraft der revolutionären Massen, die entschlossen sind, sich ihr Lebensrecht zu erkämpfen..." (12)

"Jedes Dorf, jeder Weiler wird eine Festung, jeder Einwohner ein Kämpfer, der von sich aus nach dem geeignetsten Mittel sucht, dem Feind Schläge zu erteilen, und zwar durch die politische Aktion, die militärische Aktion und die Überzeugungsarbeit beim Feind, unter Ausnutzung aller Mittel, aller Waffen, über die er verfügen kann." (13)

Die militärische Organisation

Schon vor Gründung der FNL waren die Viet Minh, die noch aus den Kolonialkriegen bei der Bevölkerung in Ansehen standen, auf die Dörfer gegangen, arbeiteten zusammen mit den Bauern und gaben ihnen, wo sie konnten, Anleitung. Um sie kristallisierten sich dann nach 1960 Einheiten von Selbstschutzpartisanen auf Dorfebene. Ihre Aufgabe war es, das eigene Dorf bei Angriffen von Regierungstruppen zu schützen; ansonsten gingen sie ihrer normalen Beschäftigung nach. Daneben gab es Soldaten der Befreiungsarmee, die oft eigene Felder bebauten, um die Belastung der Bevölkerung möglichst gering zu halten. Die Soldaten erhielten keine Bezahlung und trugen keine Rangabzeichen, wodurch der Zusammenhalt in der Armee und vor allem zwischen Armee und Volk stark gefördert wurde (14).

Das Pariser Abkommen und die Entwicklung des Befreiungskampfes

Durch den anhaltenden, verschärften Kampf der Befreiungsfront und den Wi-

---

10) H. Kuhn, Sündenfall Vietnam. Der amerikanische Krieg in Indochina aus der Sicht der Basler Nationalzeitung, Basel 1974, Kommentar vom 4.2.68, S. 1o7
11) ebda, S. 193 f vom 19.8.72
12) Le Duan, Die vietnamesische Revolution, Frankfurt 1973. Le Duan ist der Sekretär der Partei der Werktätigen Vietnams, S. 57
13) ebda, S. 63
14) Nach: Horlemann, S. 129. Ob diese heute noch gilt, konnte nicht mit Sicherheit in Erfahrung gebracht werden.

derstand, den die Bevölkerung den US-Truppen gebot, waren die USA schließlich gezwungen, ihr offenes militärisches Engagement im Pariser Abkommen (Jan. 1973) offiziell zu beenden.

Trotz des Einsatzes des gigantischen Militärapparates der USA, trotz der seit 1965 pausenlosen Bombardements auf Nordvietnam und alle Gebiete im Süden, wo "Stellungen des Feindes" vermutet wurden (wozu praktisch das ganze Land gehörte), trotz des ganzen Arsenals der chemischen Waffen, Entlaubungsmittel etc., hatten die USA es nicht vermocht, dem Volk von Vietnam ihren Machtwillen und ihre Interessen aufzuzwingen, ihren imperialistischen Krieg zu gewinnen. Allein schon daraus, daß die USA in Art. 1 als einzige Macht namentlich aufgeführt werden und sich darin verpflichten müssen, "die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams" zu wahren, wird ersichtlich, wer in der Vergangenheit diese Rechte mißachtete.

Das Pariser Abkommen bedeutete für die FNL einen großen Fortschritt: Sie selbst war von den USA als 2. politische Kraft in Südvietnam anerkannt worden, eine Reihe ihrer Forderungen wurden vertraglich verankert, so das Recht des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung und freie, allgemeine Wahlen (Art. 9a und b) sowie die demokratischen Freiheiten (Art. 11). Freilich machte Thieu schon gleich nach dem Abkommen deutlich, daß er sich in keiner Weise daran gebunden fühlte - und für die USA bedeutete Thieu die einzig zuverlässige Stütze ihrer Machtansprüche in Südvietnam. So wurde klar, daß der Kampf gegen Thieu und für die Einhaltung des Pariser Abkommens dasselbe ist. Bis 1974 konzentrierte sich die FNL auf die Propagierung des Pariser Abkommens, dessen in Südvietnam verbotener Text an die Bevölkerung und die Truppen Thieus verteilt wurde. Militärische Aktionen beschränkten sich im wesentlichen auf die Erhaltung des 1972/73 erreichten "Status quo", den Thieu fortwährend zu seinen Gunsten zu verändern suchte. 1974 kam es noch einmal zu großen Demonstrationen der Dritten Kraft, vor allem der Buddhisten in den Städten, die jedoch vom Polizeiapparat Thieus brutal unterdrückt wurde. Es wurde klar, daß an eine Verwirklichung des Pariser Abkommens nicht zu denken war, solange Thieu an der Spitze des Saigoner Unterdrückungsapparates steht.

In dieser Situation geriet das Saigoner Regime in immer stärkere Isolierung; immer breitere Teile der antikommunistischen "Dritten Kraft" ergriffen offen Partei gegen Thieu. Zugleich geriet der Militär- und Beamtenapparat Thieus in immer größere innere Schwierigkeiten; die spektakulären "Antikorruptionskampagnen" dienten niemals etwas anderem als der Ausschaltung eines Teils des korrupten Apparates durch einen anderen - nicht weniger korrupten.



Niederschlagung einer buddistischen Demonstration gegen das Thieu-Regime

Die Frankfurter Rundschau schildert diesen inneren Zustand des Thieu-Regimes: "Knappheit hat in Saigon noch nie zu solidarischem Zusammenrücken geführt, sondern üble Blüten der Korruption, des Preiswuchers, des Nahrungsmittelhortens und schließlich des allgemeinen Kriegsgewinnlertums erzeugt. Kam es dann zu Unruhen, so griff der staatliche Machtapparat ein - nicht um die parasitären Elemente zu strafen, sondern um die Massen niederzuhalten." (15)

Erst in dieser Situation entschloß sich die FNL auch zum offensiven militärischen Vorgehen gegen die Thieudiktatur; das Vorgehen der Befreiungsstreitkräfte findet die Zustimmung des größten Teils der Bevölkerung. "Nachrichten über hohe Vermißtenzahlen in der Saigoner Armee lassen darauf schließen, daß Thieus Truppen alles andere als zuverlässig sind. Als vermißt ist auch früher jeder Überläufer und Deserteur gemeldet worden." (16) Und in der Tat gingen immer wieder ganze Einheiten geschlossen zum "Gegner" über.

Die Situation verschlechterte sich also zusehends für Thieu; er ist gezwungen, hinter angeblichen "panischen Angstreaktionen der Bevölkerung" und einer "Massenflucht vor den Kommunisten" sein eigenes Terrorregime zu verstecken und die USA zu immer neuen und größeren Hilfeleistungen zu erpressen. Was es mit diesen "Flüchtlingen" auf sich hat, beleuchtet eine Pressemel-

15) Frankfurter Rundschau, 11.12.74
16) ebda

dung vom 20.3.75: "In Regierungskreisen hieß es weiter, Regierungsbeamte hätten die im Hochland lebenden Menschen angewiesen, das Land zu verlassen. Sie begründeten diese Anordnung damit, daß sich die Bevölkerung im Falle ihres Bleibens starken Artillerie- und Luftangriffen der Regierungstruppen aussetzte ." (17)

Bei jedem Rückschlag der Truppen Thieus wurde so die Bevölkerung unter massiven Drohungen gezwungen, in das noch unter Saigoner Verwaltung stehende Gebiet zu "fliehen" und damit auch den Rückzug der südvietnamesischen Verbände zu sichern. Massenumsiedlungsaktionen dieser Art hat die Bevölkerung Südvietnams seit Diem immer wieder erdulden müssen. Auch die Taktik Thieus, seine in den Städten verschanzten Truppen mit einem um diese gelagerten "Schutzschild" von Menschen zu umgeben, wodurch verhindert werden soll, daß die Befreiungsstreitkräfte sich den Weg in die Städte freischießen, wird schließlich keinen Erfolg zeigen: Thieus Armee besteht in zunehmendem Maße aus zwangsrekrutierten Jugendlichen, und es ist sicher, daß die um die Städte gelegte Zivilbevölkerung nicht zu den Stützen des Saigoner Regimes zählt, die FNL unter ihr ebenso stark präsent ist wie in der übrigen Bevölkerung.

Gerade die dramatische Entwicklung in der letzten Märzhälfte, der Zusammenbruch der nördlichen Front Thieus von innen heraus, zeigt, wie stark die Befreiungsbewegung auf dem Land wie in den Städten verankert ist. (Zur neueren Entwicklung und deren Darstellung in der bürgerlichen Presse siehe den Artikel auf S. 38 dieses Heftes.)

Die Provisorische Revolutionäre Regierung und die befreiten Gebiete

Auf Initiative der FNL sowie zahlreicher nationaler, demokratischer und weiterer Friedenskräfte auch aus dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Lager wurde 1969 ein Gesamtkongreß des vietnamesischen Volkes zusammengerufen. Dort wurde beschlossen, dem Unabhängigkeitswillen der Bevölkerung und den bisherigen Erfolgen bei der Befreiung des Landes Rechnung zu tragen - die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam wurde gebildet. Heute ist die PRR von über 30 Staaten als legitime Vertretung Südvietnams anerkannt, besitzt Botschaften und Informationsbüros in aller Welt. Vor einem Jahr erhielt das französische Informationsbüro den Status einer ständigen Mission; im Gegensatz zur BRD, wo selbst die Errichtung eines Informationsbüros bisher untersagt blieb, hat die schwedische Regierung ihre Beziehungen zu Saigon jüngst abgebrochen, wodurch das schon lange bestehende Informationsbüro der PRR faktisch zum einzigen Vertreter seines Landes wurde. Im übrigen erklärten die Chefs aller 4 Parteien Schwedens (mit Ausnahme der Konservativen), daß Saigon die Schuld am Weitertoben des Krieges seit dem Pariser Abkommen trüge.

Demokratische Strukturen in den befreiten Gebieten

Schon einige Jahre nach Gründung der FNL gab es befreite Gebiete, in denen die Saigoner Verwaltung keinen Zugang mehr besaß. Dort stellte die FNL Beamte, die z.T. einen Verwaltungslehrgang in Nordvietnam absolviert hatten (18), zog Steuern ein und versuchte gleichzeitig, trotz des Krieges und Bombenterrors, dem gerade die befreiten Gebiete ausgesetzt waren, dort eine neue Struktur zu schaffen, die der Bevölkerung soviel Selbstbestimmung und materielle Sicherheit wie möglich gewährleisten sollte. Hierfür mußte in erster Linie eine revolutionäre, demokratische Verwaltung und Exekutive aufgebaut werden und die Reste des feudalen Großgrundbesitzes zugunsten der Bauern abgeschafft werden. Dies bereitete wenig Schwierigkeiten: Die Großgrundbesitzer saßen in den Städten oder im Ausland und zogen ihre Zinsen über ein Pachtsystem ein. Heute ist dieses abgeschafft, über das Land verfügen in den befreiten Gebieten diejenigen, die es bebauen. Zum Teil stellt die Verwaltung Produktionsmittel zur Verfügung, die vom Einzelnen nicht aufgebracht werden können, wie Zugvieh, Saatgut und Düngemittel. Dafür wird eine geringe Naturalsteuer erhoben, durch die auch die Versorgung der Streitkräfte sichergestellt wird. Dies ist ein weiterer Grund für die Erfolge der FNL: Die Revolution in Südvietnam ist eine Revolution im Interesse der Bauern - und für diese ist der Kampf gegen das Feudalsystem und gegen den Imperialismus dasselbe, da sich dieser bei seiner Herrschaft auf vorgefundene feudale Strukturen und Klassen stützte. Wie schwierig es für das jeweilige Saigoner Regime war, sich gerade auf dem Land durchzusetzen, zeigen die immer neuen Bemühungen von Diem und Thieu, die Bauern in befestigten, von ihren Soldaten bewachten Gebieten anzusiedeln, um so eine Kontrolle über die Bauern zu haben. Diem versuchte zweimal, Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre, die Landbevölkerung in solchen "Agrostädten" oder "strategischen Dörfern" zusammenzutreiben; er scheiterte beidesmal am Widerstand der Bevölkerung. Dasselbe bezweckt Thieu mit seinen "Wehrdörfern" und "Flüchtlingslagern",

---

17) ebda, 20.3.75

18) 1965 gab es 8 - 10 000 Beamte, die von der FNL eingesetzt wurden; ein Großteil dieser Beamter waren Südvietnamesen, die nach 1954 und während des Diem-Terrors im Norden Zuflucht gesucht hatten und nun zurückkehrten. Siehe Horlemann, S.134



Im Lager bei Da Nang hinderte der Saigoner Polizeistaat Zwangsevakuierte aus der Provinz Quang Tri an der Rückkehr in ihre Heimatdörfer, während der Malteser-Hilfsdienst mit Geldern der Bundesregierung für ihre medizinische Betreuung sorgte.(vgl. DVZ 6.9.75)

ohne jedoch mehr Erfolg zu haben. Die revolutionären Selbstverwaltungsorgane der Bauern in den befreiten Gebieten schicken sogar Agrarexperten und Techniker in die "Strategischen Dörfer" Thieus, um die schlimmste Not zu lindern und werben so für ihre Sache. Ausgebrochenen Bauern, die sich in den befreiten Gebieten eine neue Lebensgrundlage schaffen wollen, leiht die dortige Verwaltung Geld, um die Anfangsschwierigkeiten zu überbrücken. In den Provinzen Kien Phong und Kien Thuong erhielten die Rückkehrer 4000 ha Reisfelder durch die revolutionäre Selbstverwaltung zugewiesen. (19)

In allen Dörfern werden in allgemeinen Wahlen Volksräte gebildet, die ihrerseits ein Revolutionskomitee als Exekutive einsetzen. Dieselbe Organisationsform besteht auch auf Distriktebene. Um eine direkte Interessenvertretung des Volkes zu gewährleisten, können alle Abgeordneten jederzeit abgewählt werden. Es herrschen allgemeine und gleiche Rechte für jedermann, auch für die nationale Bourgeoisie, soweit sie nicht im Verwaltungsapparat Thieus tätig war. Infolge der übermächtigen Konkurrenz des ausländischen Kapitals konnte allerdings keine bedeutende einheimische Industrie entstehen, weshalb auch die nationale Bourgeoisie keine bedeutende Rolle spielt. An den Wahlen kann sich jedermann beteiligen und als Kandidat aufstellen lassen, die FNL nimmt mit eigenen Listen daran teil.

Viele Aufgaben, denen sich die Bevölkerung beim Wiederaufbau gegenüber sieht, sind von einzelnen nicht zu lösen und bringen so automatisch Formen von Kooperativen hervor. So z.B. beim Transportwesen, bei der Ernte, Bewässerung etc. Größere Unternehmungen, wie Aufbau und Instandsetzung der Reisfeldbewässerung, Straßenbau, Telefon- und Stromleitungen können natürlich nur mit der Hilfe zentraler Instanzen, wie den Bezirks- und Distriktkomitees in Angriff genommen werden.

Über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den befreiten Gebieten befragt, führt Nguyen Huu Tho, Präsident des Beisitzerrates der PRR, aus:

"Wegen der hinterlassenen Spuren eines 30jährigen imperialistischen Krieges und wegen der kriegerischen Politik der Vereinigten Staaten und Thieus verfügt heute die südvietnamesische Bevölkerung der befreiten Gebiete noch nicht über alle notwendigen Bedingungen, die ihr rasch erlauben werden, alle Kriegswunden auszuheilen und in vollem Umfang das wirtschaftliche und kulturelle Leben zu entwickeln. Trotzdem sind die Resultate ermutigend. Wir nehmen schrittweise die Industrieproduktion sowie das Handwerk wieder auf; auch die Land- und Forstwirtschaft wird wieder aufgestellt und entwickelt, auch die Fischerei; wir bauen Verkehrsverbindungen und intensivieren den Handel. Die Bevölkerung der befreiten Gebiete ist genügend ernährt, während die Hungersnot in den feindlichen Zonen ständig zunimmt. In den befreiten Gebieten sind die Preise stabil, und das Lebensniveau des Volkes hat sich wesentlich verbessert. Die ärztliche Betreuung und das Schulwesen funktionieren selbst in kleinen Dörfern..." (20)

- Einen Augenzeugenbericht zum wirtschaftlichen Aufbau in den befreiten Gebieten bringen wir im Anschluß an diesen Artikel auf S.38 . -

Einen wichtigen Aufgabenbereich in den befreiten Gebieten stellt das Gesundheitswesen dar. Die Kriegsfolgen machen sich hier am deutlichsten bemerkbar. 27 % der Patienten leiden an unmittelbar durch Krieg und Kriegsfolgen verursachten Krankheiten (21) - Verletzungen durch Bomben, Napalm, Vergiftungen etc. Durch Prostitution und Vergewaltigungen im Gefolge der amerikanischen und Saigoner Truppen breiten sich Geschlechtskrankheiten rasch aus. Nach dem Bericht eines schwedischen Arztes gibt es im Südvietnam Thieus

19) South Vietnam in Struggle, Nr. 197, S. 3
20) Aus: Vinh Linh, Nr. 4, S. 24
21) Das folgende Zahlenmaterial wurde größtenteils einer im Herbst 1974 erschienenen Vietnambroschüre des Indochinakomitees Heidelberg entnommen

für 19 Mio. Menschen nur knapp 2000 Ärzte, die sich noch dazu größtenteils auf die gut bezahlenden Patienten in den Städten und Privatkrankenhäusern konzentrieren. Ca. 40 % der Bevölkerung leiden unter Tuberkulose, die Kindersterblichkeit lag 1968 bei 5 %.

In den befreiten Gebieten werden demgegenüber laufend medizinische Betreuer unter der Leitung von medizinischen Komitees ausgebildet. Massenimpfungen werden durchgeführt; in Quang Tri wurden 80 % der Bevölkerung gegen Seuchen geimpft. Insgesamt erhielten seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens etwa 100 000 Menschen medizinische Hilfe in den befreiten Gebieten, die im Gegensatz zur Versorgung in den Thieuprovinzen kostenlos gegeben wird.

Fortschritte werden auch auf dem Gebiet der Erziehung gemacht. Unter dem Saigoner Regime kamen auf einen Lehrer etwa 106 Schüler, nur 69 % der schulpflichtigen Kinder waren eingeschult, von 4 Schülern beendete nur einer die Grundschule. In den befreiten Gebieten wurde ein lokaler Erziehungsdienst organisiert, der Ausbildung von Erwachsenen und Grundschullehrern sowie die Bereitstellung von Unterrichtsmaterial umfaßt. In der Provinz Tra Vinh z.B. wurden in den letzten 2 Jahren fast 200 neue Schulen für 13 000 Schüler gebaut und 50 Grundschullehrer ausgebildet.

Die INDOCHINA-KOMITEES der BRD haben Mitte Januar mit einer Sammlung für MOBILE MEDIZINISCHE AUSRÜSTUNGEN begonnen.

Das Projekt wurde Mitte letzten Jahres von der Gesundheitsministerin der Provisorischen Revolutionären Regierung auf einer Pariser Konferenz vorgeschlagen.

Spendenkonto:

Volksbank Freiburg i.Br.
Konto Nr. 60 212 04
(G. Felgendreher)
Stichwort: Mobile Medizinische Einheit

Wie in Nordvietnam kam es zu wichtigen Veränderungen im Bereich der Familie, vor allem, was die Stellung der Frau angeht. Gehörte der Gehorsam der Gattin gegenüber dem Gatten zu den traditionellen "zehn Verhaltensweisen" der konfuzianischen Ethik, so nimmt die Frau im Wiederaufbau des Landes heute eine wichtige Stellung ein, wie sie auch im militärischen Kampf gegen die USA und die Truppen Saigons unentbehrlich war und ist.

In den befreiten Gebieten sind die Frauen in jeder Hinsicht den Männern gleichgestellt; so heißt es in einem

Veröffentlichung des Pariser Abkommens in Saigon verboten

Republik Vietnam
Das präsidentiale Amt
Das Informationsministerium
Nr. 176 PTUDV/PHBCNT/KSAL
Saigon, den 9.Juni 1973

Die Spezialabteilung des Informationsministeriums

An Herrn....
Hiermit möchten wir Ihnen mitteilen, daß das Informationsministerium – trotz großzügiger Prüfung – Ihnen keine Genehmigung zum Druck des Werkes: **Das Pariser Abkommen zur Beendigung des Krieges und Wiederherstellung des Friedens in Vietnam,** erteilen kann.
Wir bitten Sie zur Zensurabteilung im Informationsministerium zu kommen, Phan dinh Phung Str. 170, zwecks Abholung Ihrer Vorlage.

Hochachtungsvoll
Chu ba Tuoc

Bericht aus der Provinz Quang Tri: "Innerhalb kürzester Zeit richtete die Quang Tri-Zweigstelle der Frauenunion für die Befreiung Südvietnams 30 Schulungskurse ein, an denen mehr als 1000 weibliche Kader von der Dorfebene aufwärts ausgebildet werden. Unsere Schwe-



stern in den neu befreiten Gebieten haben sich der Union angeschlossen und sind sich vollauf über die Rolle der Frau und über ihre Stellung im gegenwärtigen Stadium der Revolution im klaren. Nach bisher unvollständigen Statistiken sind heute 30 000 Frauen in der Quang Tri-Zweigstelle der Union organisiert. Etliche Frauen haben sich den Guerillaeinheiten angeschlossen, um gegen die von den Saigoner Regierungstruppen begangenen Verletzungen dea Pariser Abkommens anzukämpfen und die befreite Zone zu verteidigen." (22)

Gerade die Frauen haben unter den Folgen des Krieges furchtbar zu leiden. Tausende von Witwen sind ohne jede Versorgung; die wirtschaftliche Misere des Thieuregimes kann sich solchen "Luxus" angesichts ihres Militärbudgets nicht leisten. Die abziehenden GIs hinterließen dazu schätzungsweise "200 000 arbeitslose, oft kranke Prostituierte und 20 000 illegitime Kinder." (23)

-MW-

22) Aus: Vietnam 1973, Münster 1974, S. 61
23) Frankfurter Rundschau, 28.12.74

DER AUFBAU IN DEN BEFREITEN GEBIETEN SÜDVIETNAM

Die folgenden Abschnitte sind Teil eines Reiseberichtes, erschienen im Guardian (USA), 5.2.1975

Eine viertägige Reise durch die befreite Provinz Quangtri reicht kaum aus, um sich ein vollständiges Bild vom Leben in einem befreiten Gebiet zu machen. Aber diese vier Tage gaben uns einige Einblicke in die Methoden, mit denen die Provisorische Revolutions-Regierung (PRR) die Aufgabe des Wiederaufbaus der im Krieg zerstörten Wirtschaft und der Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse des Volks im Geist der Unabhängigkeit und Demokratie anpackt.

Nach der Befreiung der Provinz im Jahr 1972 stand die PRR-Verwaltung vor zwei Aufgaben: 1. die Wiederherstellung der Grundlagen der Landwirtschaft der Provinz, um die Bevölkerung zu ernähren, und 2. die Unterkunftsbeschaffung für die 300.000 Menschen der Provinz, die durch die intensive Bombardierung des Gebiets durch US-Maschinen in der zweiten Jahreshälfte 1972 fast alle ihr Heim verloren hatten.

Obwohl die Provinz nach wie vor im Kriegszustand ist, konnte diese Aufgabe im großen und ganzen bewältigt werden: Heute hat jede Familie eine Unterkunft, allerdings größtenteils strohgedeckte Lehmhütten.

1974 erzeugte die Provinz Quangtri 70 % des Reisbedarfs der Bevölkerung, während der Norden die fehlenden 30 % lieferte; Provinzbeamte kündigen an, daß Quangtri 1975 seinen Reisbedarf vollständig selbst decken und nichts mehr "importieren" müssen wird.

Anders als im Norden, wo die Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage wiederaufgebaut wird, sind die befreiten Gebiete noch im Stadium des Privatbesitzes an Land, des privaten Unternehmertums im Handel, des Handwerks im kleinen Rahmen und der Leichtindustrie.

Die PRR, die Nationale Befreiungsfront (NLF) und die Revolutionäre Volkspartei Südvietnams vertreten die Ansicht, daß es politisch falsch wäre, den sozialistischen Entwicklungsweg einzuschlagen, bevor nicht die nationaldemokratische Phase der Revolution im Süden zu Ende geführt ist.

Das ist keine bloß mechanische Anwendung der traditionellen marxistisch-leninistischen Theorie von den zwei Etappen der Revolution in der kolonial unterdrückten Welt auf Vietnam. Es ist vielmehr genau das Gegenteil: Die Bestätigung der marxistisch-leninistischen Theorie durch die konkrete Praxis.

In Südvietnam ist der Hauptwiderspruch weiterhin wie in den letzten zwei Jahrzehnten der Widerspruch zwischen den vietnamesischen Volksmassen als Ganzem und dem US-Imperialismus. Die Differenzen zwischen den verschiedenen Klassen in Vietnam selbst bilden von daher nur einen zweitrangigen oder Neben-Widerspruch: Mit Ausnahme einer Handvoll Marionetten wie Ngyen Van Thieu sind im Süden alle Klassen in der Lage, sich im patriotischen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner USA zusammenzuschließen.

Außerdem betrachtet die PRR die augenblickliche Teilung Südvietnams in zwei Zonen nicht als ewig. Der Kampf um die nationale Befreiung vereinigt die Bevölkerung des gesamten Landes; die politische Strategie muß sich dementsprechend an der jeweiligen Entwicklungsstufe dieses Kampfes orientieren.

Deshalb bleibt in Quangtri, wie in den übrigen befreiten Provinzen, der Privatbesitz an Land die vorherrschende Wirtschaftsform in der Landwirtschaft.

Aber die gegenwärtige Stufe des "Privatbesitzes" hat keine Ähnlichkeit mehr mit den Zuständen, wie sie herrschten unter der französischen Kolonialherrschaft oder halbfeudalen Herrschaft einer Handvoll reicher Großgrundbesitzer.

In den befreiten 85 % der Provinz Quangtri gibt es heute keine landlosen Bauern mehr - und keine Großgrundbesitzer. Praktisch alle reichen Grundbesitzer flohen mit den Marionettentruppen nach Süden, als die Provinz befreit wurde. Das Land wurde zuerst unter ihren zurückbleibenden Angehörigen und der Rest dann unter das Volk verteilt.

Das Dörfchen Thuong Xi ist in vieler Hinsicht typisch; ungewöhnlich ist es allerdings insofern, als es ein "umgesiedeltes" Dorf ist, das errichtet wurde, als die Saigoner Truppen den ursprünglichen Standort zurückeroberten und die Bevölkerung in das befreite Gebiet floh. Wegen dieser besonderen Geschichte ist Thuong Xi vielleicht schon etwas weiter auf dem Weg in der Entwicklung einer kooperativen Organisation mit einem weiter entwikkelten politischen Bewußtsein als die meisten Dörfer.

Die 881 Familien (ca. 4500 Menschen), die heute in Xuong Thi wohnen, kultivieren etwas über 800 Hektar Land. 400 Hektar sind mit Reis bebaut und der Hauptteil dieses Geländes ist ge-

meinsames Eigentum der Dorfgemeinschaft. Die übrigen 410 Hektar sind für den Anbau verschiedener Gemüsesorten bestimmt. Dieses Land ist in private Parzellen aufgeteilt, wobei jede Familie für den Anbau auf ihrem Landstück verantwortlich ist und ihr dann natürlich die Produkte privat gehören.



Der Anteil an Gemeinschaftseigentum ist in Thuong Xi etwas höher als im Schnitt in den befreiten Gebieten. Das liegt an den besonderen Umständen der Umsiedlung: Bei der Ansiedlung des Dorfes war eine umfangreiche Landräumungsaktion notwendig (Auffüllen der Bombenkrater, Räumung von Blindgängern und Tretminen usw.). Die Notwendigkeit, diese Arbeit gemeinschaftlich anzupacken, war ein wichtiges Moment bei der späteren Aufteilung von Land in gemeinschaftliches und privates Eigentum.

Die Unfälle bei dieser Landräumung sind eine bittere Erinnerung an die Rachsucht des US-Imperialismus, der die ländlichen Gebiete vorsätzlich mit diesen tödlichen Waffen übersäte mit der klaren Absicht, langdauernde Rache an der Zivilbevölkerung zu nehmen. In den zwei Jahren seit dem Pariser Abkommen wurden in Thuong Xi 6 Menschen und 5 Wasserbüffel getötet und 15 Menschen schwer verletzt, die auf versteckte Landminen traten oder Blindgänger auslösten.

Die ursprünglich privaten Landstücke wurden nach Maßgabe der Familiengröße unter die Bauern verteilt. Jedoch kann jede Familie ihrem Besitz unbeschränkt neues Land hinzufügen, indem sie bisher ungenutztes Land räumt und kultiviert. Das war natürlich ein Ansporn zur Erhöhung der heute bebauten Hektarzahl.

Da Reis das Grundnahrungsmittel ist, wird von jeder Familie in Thuong Xi erwartet, daß sie ihren Beitrag zu den Arbeitsgruppen leistet, die für den Anbau der Reisfelder zuständig sind. Die Teilnahme an den Arbeitsgruppen geschieht jedoch auf freiwilliger Basis; falls eine Familie ihren Anteil am Reisanbau nicht übernimmt, erhält sie auch keinen Anteil der Ernte und wäre dann darauf angewiesen, allein von der Bewirtschaftung ihrer privaten Parzelle zu leben. Daß es ein Nachteil wäre, an der gemeinsamen Anstrengung nicht teilzunehmen, liegt auf der Hand. Derzeit ist Thuong Xi stolzer Besitzer dreier kleiner Traktoren. Diese sind Teil eines Geschenks von mehreren Dutzend Traktoren an die Bevölkerung der Provinz Quangtri durch die "rote" Stadt Bologna (Italien) - einer Stadt, deren Verwaltung seit fast zwei Jahrzehnten durch die KPI gestellt wird.

Die Traktoren werden natürlich in erster Linie zur Bebauung der in Gemeinschaftsbesitz befindlichen Reisfelder eingesetzt und stehen für die Privatgrundstücke erst nach der Bestellung des gemeinsamen Landes zur Verfügung. Dies gilt entsprechend für andere Arten staatlicher Unterstützung, z.B. die begrenzte Menge an chemischem Dünger oder für alles einfache Gerät, das das Dorf gegebenenfalls aus den gemeinschaftlichen Erträgen anschafft.

Thieu und Lon Nol wollen ihr Gold retten

New York (dpa)

Saigoner Regierungsvertreter haben nach einem Bericht des amerikanischen Nachrichtenmagazin *Time* Ende März vergeblich versucht, Goldbarren im Wert von 73 Millionen Dollar aus Saigon in die Schweiz zu bringen. Das Gold sei offensichtlich Eigentum der Präsidenten Thieu und Lon Nol. Repräsentanten der Schweizer Charterfluggesellschaft Balair hätten das Ansinnen, „einige persönliche Effekten" der Familien Thieu und Lon Nol außer Landes zu bringen jedoch abgelehnt, als sich herausgestellt habe, daß es sich bei den „Effekten" um 16 Tonnen Gold handelte. Blair befürchtet, daß das Gold Staatseigentum ist.

SZ 15.4.75

Momentan baut Thuong Xi lediglich genug Reis für die Deckung seines Eigenbedarfs an; mit der Zeit wird es wohl genügende Mengen anbauen können, um die Ernte als Grundlage der Kapitalbildung nutzen zu können. Die faktisch einzige Quelle für ein Bareinkommen sind also die Privatparzellen der Bauern, die genug Gemüse für den Verkauf in den Nachbardörfern hervorbringen.

Obwohl in den befreiten Gebieten das das private Kleinunternehmertum den dominierenden Aspekt der Ökonomie ausmacht, spielt der Staatsapparat der PRR eine aktive Rolle bei der Steuerung der Wirtschaft. Neben den Belangen, die sich aus dem Fortdauern des militärischen Kampfes ergeben, ist der Staat für die gleichmäßige Verteilung der Hilfe aus dem Norden und dem Ausland zuständig sowie für die Organisierungen der staatlichen Dienstleistungen auf Provinzebene, ferner die Überwachung des Handelswesens, um Schwarzmarktpraktiken, Preisbetrug und ungesetzliche Geschäftspraktiken auszuschalten.

Vor dem Krieg besaß Quangtri viele

Handwerksbetriebe, in denen Ziegel und Stoffe hergestellt wurden, sowie eine beträchtliche Fischindustrie. Während der Kämpfe wurde all dies zerstört; es wird jetzt allmählich wiederaufgebaut auf privater Basis, jedoch mit kostenloser Hilfe bei der Ausrüstung und langfristigen Krediten vom Staat.

Die PRR-Verwaltung hat sogar - mit Unterstützung aus dem Norden - die erste "Fabrik" gebaut, die es in der Provinz Quangtri je gab: Das "20. Dezember-Unternehmen" (nach der Gründung der Nationalen Befreiungsfront am 20. Dezember 1960) in Dong Ha. Mit 2000 Arbeitern stellt das "20. Dezember-Unternehmen" einfache landwirtschaftliche Geräte her, repariert Lastwagen, Traktoren, Fischereiausrüstung und landwirtschaftliche Geräte, betreibt Brennöfen zur Herstellung von Kalk und Ziegeln und bearbeitet Holz.

Während örtliche Beamte mit verständlichem Stolz auf diese eindrucksvollen "Errungenschaften" bei Wiederaufbau und Stabilisierung der Wirtschaft von Quangtri seit der Befreiung hinweisen, wird dem Besucher sofort deutlich, daß die doppelte Belastung eines Jahrhunderts Kolonialismus und eines noch andauernden erbitterten Kampfes um die Unabhängigkeit ihren Tribut gefordert hat. Falls es in Quangtri eine echte Gleichheit gibt - und es scheint sie wirklich zu geben - so ist es ebenso eine Gleichheit der Armut und Unterentwicklung wie eine Gleichheit der politischen Rechte.

Eines Tages wird die Provinz Quangtri ein Zeugnis dafür sein, was der Mensch vermag, wenn er sich mit der Macht des wissenschaftlichen Sozialismus bewaffnet. Schon gegenwärtig ist sie ein Denkmal menschlichen Durchhaltevermögens, des Willens zum Überleben und der Widerstandskraft.

ZUR AKTUELLEN LAGE

Das Thieu-Regime vor dem Zusammenbruch

Die Nachrichten- und Pressemeldungen der letzten Tage berichten vom totalen Zusammenbruch der Thieu-Armee im Nordteil Südvietnams. "Ein Kartenhaus fällt zusammen" - so kommentiert die Frankfurter Rundschau (1.4.75) diesen Vorgang: "Die hochgerüstete Militärmaschine Saigons im Norden Südvietnams ist offensichtlich demoralisiert. Weithin löst sie sich auf, ehe es überhaupt zu Kämpfen gekommen ist."

Wie kam es zu dieser Situation?

Welcher Wahrheitsgehalt hinter den sattsam bekannten Meldungen einer "nordvietnamesischen Großoffensive", einer "nordvietnamesischen Aggression" gegen Südvietnam steckt, mit denen Presse, Rundfunk und Fernsehen eine Erklärung für diese dramatische Entwicklung liefern sollten, zeigt eine Zusammenstellung der Details aus einzelnen Agentur- und Pressemeldungen (s. KVZ Nr. 13, 3.4.75).

Über die Befreiung Qui Nhons, der drittgrößten Stadt Vietnams, 180 km südlich von Da Nang, berichtete der Süddeutsche Rundfunk am Nachmittag des 1.4.75, es sei dabei zugegangen wie beim Fall Da Nangs: Aufruhr im Inneren der Stadt, Lähmung und Zerfall der Thieu-Truppen, so daß die Volksbefreiungsstreitkräfte einrücken konnten, ohne dabei noch auf Widerstand zu stoßen.

Tatsächlich mehrten sich in letzter Zeit die Meldungen über Unruhen in den von Thieu beherrschten Städten, an denen - unter den Bedingungen einer brutalen Militärdiktatur! - verstärkt auch religiöse und bürgerliche Gruppen teilnahmen, die bisher als stramm antikommunistische Kräfte keinesfalls als Gefahr für das Thieu-Regime gelten konnten. Jede Woche brachte neue Meldungen über Demonstrationen buddhistischer Nonnen oder - wie in Hue - von 5000 Katholiken gegen die Thieu-Regierung. (FR/NZZ 20.9.74)

Dramatisch hatte sich für Thieu die Lage zugespitzt, als bekannt wurde, daß die Bergstämme im zentralen Hochland (die Montagnards) offen gegen die Thieu-Truppen aufstanden; sie spielten z.T. eine wichtige Rolle bei der Propaganda gegen die Befreiungsbewegung, da Teile dieser Stämme zu einer Zusammenarbeit mit den Thieu-Truppen gewonnen werden konnten. Das offene Vorrücken der angeblichen "Verbündeten" Thieus gegen die von Thieu beherrschten Städte verdeutlichte die neue Lage; die allfällige Lüge von der nordvietnamesischen Aggression widerlegte ein Berichterstatter der Le Monde (14.3.75): "Bei diesen Kämpfen (gemeint waren die Kämpfe im Zentralen Hochland) wurden die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee von denen im Hochland ansässigen Bergstämmen, den 'Montagnards' aktiv unterstützt. Es waren die Montagnards, die als erste in die Stadt Ban Me Thuot einmarschierten, gefolgt von den lokalen vietnamesischen Kommunisten. Dagegen nahmen nur sehr wenige Nordvietnamesen am Angriff teil." (1)

(Diese unter Umgehung der Zensur veröffentlichte Meldung - die allgemein großes Aufsehen erregte - war Anlaß für die Ermordung des Le Monde-Korrespondenten durch die Saigoner Polizei.)

Das Gleiche gilt für Kontum und Pleiku, von wo die demoralisierten Thieu-Truppen Hals über Kopf flüchteten. Kampflos gefallen ist ebenfalls Hue, wo eine Elitedivision stationiert war. Und über den Fall von Da Nang meinte der rechte südvietnamesische Abgeordnete Ly Qui Chung: "Da Nang fiel, weil Führung, Ordnung und Moral völlig zusammengebrochen waren. ... Die Regierung hatte mindestens fünf Divisionen in der Stadt und konnte sie trotzdem nicht halten." (Süddeutsche Zeitung, 1.4.75) Ein anderer meinte, "zur Eroberung Da Nangs hätte wohl ein einziges kommunistisches Regiment ausgereicht" (Mannheimer Morgen, 1.4.75). Kampflos kann aber ein einziges Regiment gegen 5 Divisionen nur siegen, wenn es sich auf eine Volkserhebung stützen kann und die 5 Divisionen geschlagen und demoralisiert sind. Tatsächlich hatten auch die revolutionären Volkskomitees in der Stadt Da Nang und in der Provinz die Stunde der Befreiung ausgerufen.

Der Korrespondent der "Neuen Züricher Zeitung" berichtete schon am 27. März aus Saigon, daß südlich Hues "einige völlig umzingelte Einheiten" auf den Aufruf der Provisorischen Revolutionären Regierung hin die Waffen gestreckt und sich ergeben hätten.

Nur in wenigen Pressemeldungen läßt sich der Hintergrund der neueren Entwicklung, die sich schon seit längerem anbahnte, tatsächlich entnehmen: Schon seit Jahren verzeichnen die offiziellen (!) Statistiken Saigons eine Zahl von jährlich 120 000 Deserteuren aus der Armee Thieus (FR 1.4.75); spärlich sind die Berichte über solche Fakten, noch spärlicher die Meldungen über den Zustand in den Städten, die brutale Unterdrückung jeglicher oppositioneller Regung, die schließlich selbst traditionell rechtsstehende Kreise soweit gegen die Thieu-Regierung mobilisiert hat, daß ein politisches Zusammengehen von sog. 'Dritter Kraft' und Thieu heute nicht mehr zu denken ist; das Thieu-Regime ist heute praktisch ohne nennenswerte soziale Basis - selbst in bürgerlichen Kreisen.

Um so schwieriger wird es für die Berichterstattung jetzt, eine plausible Erklärung für den rapiden militärischen und politischen Zerfall des Thieu-Regimes, das die Bevölkerung ja vor dem "kommunistischen Zugriff" bewahrt, zu finden. Denn gerade angesichts des Zusammenbruchs der Thieu-Truppen in den Städten im Nordteil Südvietnams läßt sich der behauptete "Zugriff" nordvietnamesischer Truppen kaum glaubhaft machen, wenn eine Stadt nach der anderen - nach Unruhen in der Stadt selbst - kampflos geräumt wird, wenn die angeblich nordvietnamesischen Verbände mit dem Besetzen der aufgegebenen Städte überhaupt nicht mehr nachkommen (vgl. NZZ 3.4.75, SZ 29.3.75), ja wenn - wie im Beispiel des bedeutenden Militärstützpunkts Cam Ranh - die Stadt fällt, ohne daß (tagelang!) auch nur ein einziger "Angreifer" sichtbar würde.

Ein delikates Beispiel für die Windungen, die die bürgerliche Presse sich hierbei abringen muß, liefert die Frankfurter Rundschau in folgender Meldung, die es fertigbringt, gleichzeitig von kampfloser Aufgabe der Thieu-Truppen, dem Nichtauftauchen "gegnerischer" Truppen zu sprechen - und von nordvietnamesischen Verbänden, die sich "damit" (?!) an Saigon heranschieben.

Stadt um Stadt wird aufgegeben

Cam Ranh und andere Stützpunkte kampflos preisgegeben

SAIGON, 2. April (AP/FR). Die Regierung in Saigon hat am Mittwoch ihre letzten größeren Stützpunkte in Zentral-Vietnam aufgegeben. Damit befinden sich jetzt drei Viertel des Landes in den Händen der Angreifer. Nach Mitteilung von Regierungsstellen sind die Küstenstädte Tuy Hoa, Phan Rang, Phan Thiet und Cam Ranh sowie die Stadt Dalat im Zentralen Hochland teilweise kampflos von den Garnisonen und Verwaltungsbehörden geräumt worden. Am Vortag war Nha Trang aufgegeben worden. Damit haben sich die nordvietnamesischen und Vietcong-Verbände an der Küste bis auf rund 160 Kilometer an Saigon herangeschoben. An anderen Stellen stehen sie noch erheblich näher an der Hauptstadt.

Die Räumung von Cam Ranh, früher der größte US-Luft- und Nachschubstützpunkt auf südvietnamesischem Boden, ist besonders bedeutsam. Cam Ranh verfügt über einen der wenigen Häfen, in denen auch Großfrachter abgefertigt werden können.

Nach Frontberichten waren in Nha Trang und Cam Ranh bis Mittwochmittag noch keine gegnerischen Truppen eingerückt. Die Städte seien aufgegeben worden, weil die Behörden angesichts der in Auflösung befindlichen Militärverbände und des Stroms von Flüchtlingen nicht länger Herr der Lage waren.

In Saigon wird in zunehmendem Maße bezweifelt, ob es der südvietnamesischen Armee, die in den letzten Wochen gut die Hälfte ihrer 13 Divisionen durch panischen Rückzug oder Desertationen verlor, in der Lage sein könnte, einen konzentrierten Angriff auf die südvietnamesische Hauptstadt abzuschlagen. Soweit bekannt, stehen größere gegnerische Einheiten östlich, westlich und nördlich von Saigon. Eine Schließung des Rings vom Osten her erscheint nach dem schnellen Vormarsch entlang der Küste nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

FR 3.4.75

Am Tag darauf bringt dasselbe Blatt gar eine Äußerung von US-Verteidigungsminister Schlesinger "im privaten Kreis", der feststellt, daß "relativ wenig Kämpfe stattgefunden haben" und sich "weigerte..., von einer nordvietnamesischen Aggression zu sprechen". Nichts ändert sich für die wackeren Presseleute allerdings daran, daß "Südvietnam nicht mehr vor dem Zugriff seiner Angreifer zu retten ist und vor einer totalen Niederlage steht" (FR 4.4.75). Die Wortwahl gibt Aufschluß genug über die Perspektive der Berichterstattung - jene Perspektive, in der ein Volk, das seine Rechte verteidigt, "angreift", in der seine Befreiungsarmee "gegnerische Truppen sind", der Sieg dieses Volkes eine "totale Niederlage" ist.

"EINE UNGEHEURE MENSCHLICHE TRAGÖDIE" oder: Wie man Flüchtlinge macht

Die bürgerliche Presseberichterstattung über Vietnam steckt also augenblicklich in einem besonderen Dilemma:

Sie ist einerseits eingeschworen auf die offizielle Lesart von "nordvietnamesischer Aggression gegen den Süden", von Vietcongs, die "das Land unsicher machen" (für wen?) und der Verteidigung von (wessen?) Freiheit und Demokratie in Vietnam; andererseits kann sie den Gang der Ereignisse nicht ignorieren oder ihre Darstellung - wie dies über lange Zeit geschah - auf die offiziellen Verlautbarungen der Thieu-Regierung beschränken. Das Dilemma hat seine Ursache in der tatsächlichen Entwicklung des Befreiungskampfes, der der bürgerlichen Propaganda ins Gesicht schlägt; so kommt es zur Aneinanderreihung von Halbwahrheiten, verstümmelten Meldungen und zynischen Kommentaren, die ein äußerst widerspruchsvolles, für den relativ uninformierten Leser schwer durchschaubares Bild ergeben.

Je näher der Sieg des vietnamesischen Volkes über das Thieu-Regime rückt, desto massiver versuchen Presse, Radio und Fernsehen, diese Entwicklung als "grenzenloses Elend", "Schrecken ohne Ende" darzustellen. Die Lawine von Meldungen über die kilometerlangen Flüchtlingstrecks, die aus den von Thieus Truppen geräumten Städten nach Süden und an die Küste ziehen, die zahlreichen Bilder vom Elend dieser Flüchtlinge, lösten bei vielen Menschen zunächst Verwirrung aus: Warum fliehen Hunderttausende mit den zurückströmenden Truppen? Woher das "panische Entsetzen der Flüchtlinge vor den anrückenden Befreiern"? (Die Welt, 1.4.75)

Was sich tatsächlich abspielt, muß auch hier aus verstreuten und verschlüsselten Meldungen entnommen werden:

Über die Vorgänge auf den Flüchtlingstrecks schreibt Le Monde am 26.3.75: "Vorneweg fuhren Panzerwagen und die Bulldozer, und der Konvoi benutzte eine Straße, die seit mehr als 20 Jahren gemieden wurde. Alle Lastwagen, die eine Panne hatten und die den Weg verstellten, wurden samt den Menschen auf ihnen rücksichtslos beiseitegeräumt."
"Es sind viele, die auf dieser Flucht den Tod fanden. Nicht unter den Granaten der Kommunisten, die haben wir praktisch nie gesehen, sondern weil sie von den Fahrzeugen zerquetscht wurden, die brutal von den Bulldozern umgeworfen wurden. Selbst die Verletzten wurden liegengelassen und ihre Schmerzensschreie wurden nicht beachtet."

Am 29.3.75 meldet die Frankfurter Allgemeine Zeitung - der man gewiß keine Sympathien für die Befreiungsbewegung nachsagen kann: "Ein Motiv für die Massenflucht ist auch die Gefahr, die von dem 'weißen Schrecken' ausgeht. Die Armee Thieus bekämpft und bombardiert in Kampfzonen oft alles, was sich bewegt; gleichgültig, ob es sich um Freund oder Feind handelt."

In den Fernsehnachrichten am 1.4.75 war zu hören, südvietnamesische Bauern hätten berichtet, daß sie ihre Dörfer auf Befehl der südvietnamesischen Armee verlassen mußten; in Lautsprecherdurchsagen in den Städten wurde angekündigt, daß nach der Räumung durch die Truppen die Städte dem Erdboden gleichgemacht würden (Radiomeldungen, vgl. SZ 21.3.75, BZ 2.4.75).

Am 2.4.75 schreibt die Badische Zeitung: "Flüchtlinge, die zu Beginn der kommunistischen Offensive nach Da Nang geströmt waren, erklärten vor Journalisten, sie hätten ihre Städte und Ländereien auf Befehl der südvietnamesischen Regierung aufgegeben. Einige unter ihnen vertraten die Ansicht, daß das Herannahen der Kommunisten - gleich was es für Folgen habe - zumindest den Frieden bedeuten würde."

Hatten die Thieu-Truppen sich in den Städten nur halten können, weil sie mit Flächenbombardements die Bauern vom flachen Land in die Konzentrationslager rund um die Städte trieben, um diese selbst an jeder Aktivität gegen das Regime zu hindern und gleichzeitig durch diesen lebenden Schutzwall die Befreiungsfront von einer Erstürmung der Städte abzuhalten, so ist erst recht jetzt eine Flucht über das weithin längst vom "Vietcong" beherrschte Land nicht mehr anders möglich als inmitten der Flüchtlingstrecks, die den abziehenden Truppen als Faustpfand gegen Angriffe dienen müssen - und deren Los ihnen völlig gleichgültig ist.

Ein Regierungssprecher aus Saigon erklärte: "Die Evakuierung der Zivilbevölkerung liegt im Rahmen der Politik der Regierung, Verluste zu vermeiden, die bei Kämpfen entstehen würden. Die Zunahme der Zahl der Flüchtenden oder der Evakuierten hängt vom Umfang der von den Kommunisten ausgelösten Kampfhandlungen ab." (SZ 20.3.75)

Daß es hier um alles andere als eine Befreiung der Bevölkerung geht, zeigen die Meldungen von Plünderungen und Vergewaltigungen an den "Flüchtlingen", brutalen Szenen in Da Nang und auf den Schiffen und Flugzeugen, auf die sich Zivilisten in Da Nang in Erwartung eines drohenden Bombardements der Stadt durch die Luftwaffe Thieus drängten.

Offensichtlich sind die Zivilisten, die angeblich Thieus Armee vor den Kommunisten retten will, inzwischen selbst eine Bedrohung für Thieu: Nach Saigon durchgelassen werden nur Flüchtlinge, die eine Wohnadresse in der Stadt nachweisen können - und wer soll das können außer einigen Angehörigen von Armee und Verwaltung? Radioberichte (SWF 7.4.75) sprechen von "diskriminierenden Verhören" der mit Schiffen im Süden ankommenden Zivilisten; wer auch nur verdächtigt werde, mit der Befreiungsfront zusammenzuarbeiten, werde auf der Stelle erschossen, die geflohenen Soldaten werden sofort unter

scharfe Bewachung gestellt.

Was sich aus all diesen Meldungen ergibt, ist das Bild eines Regimes ohne inneren Halt, das nur noch versuchen kann, unter Konzentration der verbliebenen militärischen Kräfte im Raum um Saigon eine Art "vietnamesisches Taiwan" zu schaffen, das mehr noch als bisher von der massiven Stützung durch die USA abhängig sein wird. Schlechter denn je ist die Moral der Thieu-Truppen, denn ein Interesse am Weiterkämpfen haben nurmehr die Offiziere und die korrupte Verwaltung, soweit diese Bonzen überhaupt noch im Land sind. Und schlecht für Thieu sieht es auf dem Land wie in den Städten aus, wo die stetige Verschärfung der Unterdrükkung auch weiten Teilen der traditionell antikommunistischen 'Dritten Kraft' überdeutlich gezeigt hat, daß es unter Thieu keine positive Perspektive für das Land mehr gibt - dieselbe Entwicklung, die schon länger die Lage in Kambodscha bestimmt.

WAS KÖNNEN WIR TUN?

Von einer "ungeheuren menschlichen Tragödie" spricht US-Präsident Ford, "die für die gesamte zivilisierte Menschheit beunruhigend ist"; auch unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe wollen die USA das Andauern des Elends in Vietnam verlängern, wenn sie dem Thieu-Regime beim Transport der Zwangsevakuierten nach Süden zur Hand gehen.

Für die Evakuierungsmaßnahmen setzen die USA die "US-AID" ein; das ist jener "zivile" Arm, über den die USA ihre militärischen und politischen Aktivitäten in zahlreichen Entwicklungsländern betreiben (SZ 27.3.75). An den genannten "Evakuierungs"-Aktionen, die neben ihrem publizistischen Effekt vor allem Nachschub für die Armee in Saigon liefern sollen, beteiligt sich auch die Bundesregierung mit der Bereitstellung eigens hierfür gecharterter Schiffe. (BZ 2.4.75)

Eine andere Spielart der "humanitären" Hilfe der USA ist die massenhafte Verschleppung vietnamesischer Waisenkinder zwischen 3 Monaten und 10 Jahren zur Adoption (u.a. durch amerikanische Kriegsveteranen, die mithalfen, diese Kinder zu Waisen zu machen) in die USA und andere Länder der "zivilisierten Menschheit". Großraumflugzeuge vom Typ Galaxy, die über die US-Luftbrücke Geschütze und Munition für die Thieu-Armee einfliegen, nehmen praktischerweise auf dem Rückflug gleich die Kinder mit, die im Bombenhagel ihre Eltern verloren. Gegen diese Aktion "Baby-Lift" regte sich inzwischen selbst in bürgerlichen Kreisen Saigons Widerstand; eine Gruppe südvietnamesischer Oppositionspolitiker veröffentlichte am 6.4.75 einen Brief eines hohen Regierungsfunktionärs, in dem der amerikanische Botschafter in Saigon mit der Erklärung zitiert wird, diese Aktion solle dazu beitragen, "in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten einen Umschwung zugunsten Südvietnams herbeizuführen". (Badische Zeitung 7.4.75) Die Presse garnierte diese Aktion mit einem Foto des milde lächelnden US-Präsidenten Ford mit einem vietnamesischen Baby auf dem Arm.



Präsident Ford nahm zusammen mit seiner Frau einen Waisenkindertransport aus Vietnam in Empfang. BZ 7.4.75

Nicht viel vertrauenerweckender sind Meldungen, wonach Hilfsgüter, die in Westdeutschland gespendet und über Deutsches Rotes Kreuz und Caritas nach Saigon (!) gebracht werden, dort "ohne Schwierigkeiten" verteilt werden können; kein Wunder, wenn man erfährt, daß das Deutsche Rote Kreuz in Zusammenarbeit mit der Thieu-Verwaltung ein sog. "Flüchtlingslager" auf Thieus Gefängnisinsel Phu Quoc einrichtet (Bad. Zeitung 8.4.75). Der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes, Krönke, der eine Sendung nach Saigon gebracht hatte, wußte gar zu berichten, die südvietnamesische Verwaltung sei intakt, von einem Zusammenbruch sei nichts zu spüren. Bekannt ist auch, daß Gelder der katholischen Caritas in der Zeit nach dem Pariser Vietnam-Abkommen zu einem beträchtlichen Teil zum Bau von "Friedensdörfern" eingesetzt wurden - das sind jene mit Stacheldraht und Wachtürmen gesicherten Konzentrationslager, in die die Bauern durch Flächenbombardements getrieben und dort als lebendiger Schutzwall für die Truppen Thieus festgehalten wurden.

Hilfe ist nötig - gerade in der gegenwärtigen Situation und der Phase des Wiederaufbaus in Vietnam. Wirksame Hilfe halten wir nur für möglich, wenn sichergestellt ist, daß diese Hilfe nicht in Kanälen versickert, die dem Fortbestehen der Diktatur des Thieu-Regimes dienen und so letztlich beitragen, die Leiden des vietnamesischen Volkes zu verlängern.

Alle Einzelpersonen und Gruppen, die in dieser wichtigen Phase des Befreiungskampfes helfen wollen, machen wir auf die Sammlung der westdeutschen In-

dochina-Komitees für eine MOBILE MEDIZINISCHE AUSRÜSTUNG aufmerksam. Dieses Projekt wurde den Komitees von der provisorischen Revolutionären Regierung in Vietnam empfohlen; es soll zunächst als mobile Einheit der Durchführung von Narkosen und Operationen an Ort und Stelle dienen, die Seuchenbekämpfung und Krankheitserkennung ermöglichen und die medizinische Versorgung in den Gemeindezentren der befreiten Gebiete unterstützen; später kann sie zur Grundausrüstung eines Krankenhauses ausgebaut werden.

Wir empfehlen dieses Projekt Ihrer Unterstützung und bitten um Spenden auf das hierfür eingerichtete Konto:

Volksbank Freiburg,
Konto G. Felgendreher Nr. 60 212 04
"Mobile Medizinische Einheit"

Das Rote Kreuz der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams ersuchte inzwischen, für die Millionen Obdachlosen und Flüchtlinge in ihrem Gebiet möglichst sofort große Mengen Antibiotika, Milchpulver und Büchsenmilch sowie Wolldecken zur Verfügung zu stellen. Die Hilfsaktion wendet sich daher an die Bundesbürger sowie an die Kirchen, Gewerkschaften und Organisationen und bittet dringend um Spenden auf:

Konto der
Hilfsaktion Vietnam e.V.
Düsseldorf
Postscheckamt Essen Nr. 900 40-430

Ebenso wichtig wie die materielle Unterstützung ist die Verbreitung von Informationen über die Hintergründe des Volkskrieges in Vietnam. Informationsmaterial, Diaserien für Veranstaltungen und Unterricht sowie weitere Informationen über das Projekt 'Mobile Medizinische Ausrüstung' können bezogen werden über:

Indochina-Komitee Freiburg
M. Riebschläger
78 Freiburg i.Br.
Talstr. 3
Tel. 0761/72171

BESTANDTEILE DER MOBILEN MEDIZINISCHEN AUSRÜSTUNG UND IHRE PRAKTISCHE ANWENDUNG:

Die mobile medizinische Ausrüstung ist entwickelt worden unter den Bedingungen eines brutalen Agressionskrieges der USA und ihrer Marionette Thieu gegen über dem vietnamesischen Volk. Die Ausrüstung ist im wesentlichen so zusammengestellt, daß mit den einfachsten Mitteln schnell an jeder Stelle Hilfe geleistet werden kann. Die Ausrüstung kann von 2 Menschen getragen werden und mit Fahrrädern und anderen Fahrzeugen, die den Verhältnissen des Landes angepaßt sind, an jeden beliebigen Ort transportiert werden. und eingesetzt werden.

- Damit bei Angriffen schnell -oft noch an Ort und Stelle - geholfen werden kann verfügt die Ausrüstung über Geräte für NARKOSEN.
- Wegen der ständigen Bedrohnung der Dörfer durch Handgranaten und Splitterbomben verfügt die Ausrüstung über BESTECKE FÜR AUGENOPERATIONEN UND ANDERE DRINGENDE CHIRURGISCHE EINGRIFFE
- Unter den Bedingungen, daß ständig die Landschaft durch chemische und biologische Vernichtungsmittel zerstört wird, ist die Hygiene in Vietnam laufend gefährdet. Seuchen, Verunreinigung des Wassers und Beschädigung und Vergiftung von Nahrungsmitteln führen zur ständigen Gefährdung der Menschen. Dazu besitzt die Ausrüstung eine Reihe von HILFSMITTELN ZUR ERKENNUNG VON KRANKHEITEN! Wie über ein tragbares Mikroskop oder auch das abgebildete Wasserfiltriergerät.
- Um die medizinische Versorgung in den Gemeindezentren zu unterstützen sind bei der Ausrüstung INSTRUMENTE FÜR GEBURTSHILFE enthalten, sowie BLUTDRUCKGERÄTE. BEATMUNGS-ABSAUG-UND ABHÖRGERÄTE..

Die mobile medizinische Ausrüstung kann im Moment eine wirksame medizinische Hilfe geben. Wird das vietnamesische Volk erst seine vollständige nationale Unabhängigkeit erkämpft haben und sie gegen über fremdem Angriffen sichern können, so kann mit dem Aufbau von Krankenhäusern und sanitären Einrichtungen die medizinische Versorgung der Bevölkerung weiter verbessert werden.

(Der Artikel wurde am 8.4. abgeschlossen)

ge

1) Übersetzung fremdsprachiger Zitate nach: Kommunistische Volkszeitung Nr. 13/3.4.75

Neue Phase der Anti-Thieu-Kampagne der konservativen Katholiken in Südvietnam

P. Tran Huu Than, Leiter der katholischen Bewegung gegen die Korruption in Südvietnam, veröffentlichte am 1. Februar eine neue "Anklageschrift" gegen Präsident Thieu. Diese, rein politischen Inhalts, wurde in einer Vorortskirche Saigons verlesen und in der Sonntagsnummer von 9 oppositionellen Zeitungen abgedruckt. Die heftigen Anschuldigungen lauten unter anderem, daß "Thieu die Sache des Antikommunismus mißbraucht habe, um sich an der Macht zu halten", ferner, er "klammere sich an den Krieg" und sei ein Feind des Friedens, den er mit allen Mitteln zu verhindern suche. Wörtlich heißt es: "Präsident Thieu hat durch seinen Polizeiapparat das Volk zur Passivität und Fügsamkeit gezwungen." P. Than fordert Thieu schließlich zur Abdankung auf, "um achtzehn Millionen Südvietnamesen zu retten".

Als Folge dieser Veröffentlichung wurden die entsprechenden Nummern der Tageszeitungen beschlagnahmt und 13, nach anderen Quellen 19 Journalisten unter der Anschuldigung verhaftet, sie seien kommunistische Agenten. Allerdings kamen nach massiven Protesten des Saigoner Presseverbands und Drohungen des US-Senats einige Journalisten wieder frei. Die Behörden erklärten ihre Verhaftung als "Mißverständnis".

(Nach Le Monde und SZ vom 4. und 5.2.75; missio-Informationsdienst)

Zimbabwe (Rhodesien)

Weiße Verhandlungsstrategie geplatzt

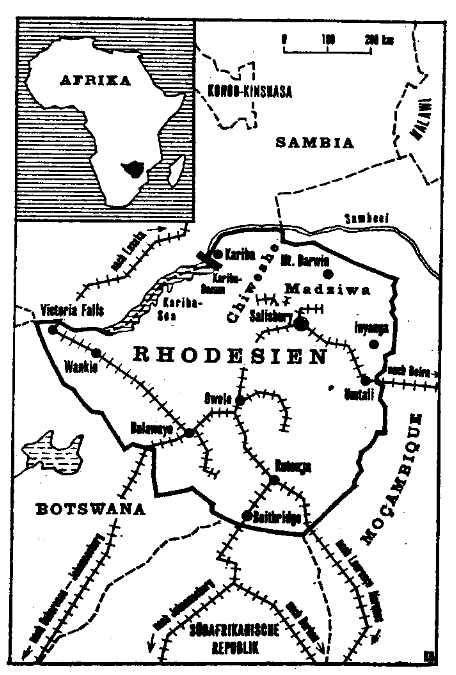
Die Entwicklung nach den Verhandlungen in Lusaka

Wie berichtet (s. "blätter des iz3w", Nr. 41/42, S. 7 ff), ergriff Kenias Präsident Kaunda die Initiative zu Verhandlungen der Befreiungsbewegungen in Zimbabwe. Diese Initiative, die von Kaunda mit Südafrika abgesprochen war, sollte über den Zusammenschluß der Befreiungsbewegungen im ANC den Weg zu einem Waffenstillstand und Verhandlungen ohne Vorbedingungen mit dem Smith-Regime führen. Der ANC beschränkt sich auf friedliche Aktivitäten und ist als einzige der Befreiungsbewegungen vom Smith-Regime nicht illegalisiert worden.

Entgegen von Smith lancierten Meldungen über die Zusicherung der Einstellung aller Kampfhandlungen seitens der Befreiungsbewegungen ist diese Initiative offensichtlich einstweilen gescheitert. Statt einem Einschwenken auf die u.a. von Muzorewa, dem Vorsitzenden des alten ANC, vertretene Linie der Beschränkung auf Verhandlungen mit dem weißen Siedlerregime präzisierten die Befreiungsbewegungen ihre politischen Forderungen - insbesondere die Zusicherung der Übergabe der Macht an die afrikanische Mehrheit des Landes - und hielten in ihrem Übereinkommen ausdrücklich die "Unvermeidbarkeit der Fortführung des bewaffneten Kampfes bis zur Erreichung einer totalen Unabhängigkeit Zimbabwes" fest (SZ 10.12.74). Auf dieser Grundlage kamen die Bewegungen ZANU, ZAPU und FROLIZI überein, sich in einem neu gebildeten ANC zusammenzuschließen.

Diese Entwicklung bedeutet einen Mißerfolg für die Strategie Kaundas, die sich auf dem Hintergrund der jüngsten Vorgänge heute deutlicher einschätzen läßt (s.u.). Die von Kaunda vorgelegten Vorschläge (s. dazu die Chronik, Heft 41/42) sollten offenbar durch einen Zusammenschluß der Befreiungsbewegungen unter dem Dach des als "gemäßigt" geltenden ANC die den bewaffneten Kampf in Rhodesien führenden Befreiungsbewegungen (das ist seit 1973 im wesentlichen nur die ZANU) zu einem kompromißbereiteren Kurs gegenüber der Regierung Smith zwingen (vgl. Financial Times 9.12.74).

Inzwischen wurden Teile eines Vorschlags des südafrikanischen Premiers Vorster bekannt, der als Kompromißformel die Wahl eines erweiterten Parlaments mit annähernder "politischer Parität" für eine fünfjährige Übergangsperiode als Vorbereitung einer Übernahme der Parlamentsmehrheit durch Vertreter der schwarzen Bevölkerung vorsieht; wahlberechtigt sollen jedoch nur Afrikaner mit mindestens siebenjähriger Schulbildung sein (New York Times 20.12.74). (Für weiße Kinder ist der Schulbesuch obligatorisch und unentgeltlich; für schwarze Kinder dagegen besteht keine Schulpflicht und muß ein vergleichsweise hohes Schulgeld bezahlt werden; der Durchschnittsverdienst schwarzer Arbeiter beträgt weniger als ein Zehntel des Durchschnittsverdienstes weißer Arbeiter. Daher können von den 2 Millionen afrikanischer Kinder im schulpflichtigen Alter überhaupt nur 700 000 eine Schule - im Schnitt fünf Jahre lang - besuchen.)



Die rhodesische Regierung, die an ihrer Version eines bedingungslosen Waffenstillstands zunächst festhielt, griff in der Folge vor allem die ZANU (Zimbabwe African National Union) an, die "wiederholt für die Friedensbemühungen schädliche Erklärungen abgegeben" habe (NZZ 16.1.75). Gleichzeitig rückte Smith von vorher angekündigten "Zugeständnissen" wieder ab; die rhodesische Regierung erklärte die Einstellung der Freilassung politischer Gefangener und verkündete nunmehr, "daß es kein geschriebenes Lusaka-Abkommen gebe, einige der angeblich von Salisbury eingegangenen Verpflichtungen nicht einmal diskutiert worden seien und die Frage eines Fortschritts bei den Friedensgesprächen ganz davon abhänge, ob die Kämpfe beendet werden" (NZZ 16.1.75; s.a. Guardian (Br.) 23.

1.75; Daily Telegraph 21.1.75).

Solche Äußerungen Smiths sind am Ziel orientiert, die bestehenden Differenzen der alten ANC-Führung mit Bischof Muzorewa an der Spitze zu den insbesondere in der ZANU organisierten Befürwortern eines konsequenten Befreiungskampfes zu verschärfen. Bereits Mitte 1974 hatte eine Mehrheit im (alten) ANC den von Muzorewa in Geheimgesprächen mit Smith ausgehandelten 'Kompromiß' einer Sitzverteilung im Parlament von 20 Vertretern der schwarzen Mehrheit zu 50 Sitzen der weißen Minderheit abgelehnt. Nach wie vor zeigte sich die Führung des alten ANC bereit, hinter dem Rücken der anderen Befreiungsbewegungen in Geheimkontakte mit Smith über eine, wie es heißt, "mehrjährige Übergangsphase" zu treten und eine parlamentarische Stimmenparität der 6 Millionen Schwarzen und 240 000 Weißen als "Übergangsregelung" für den Zeitraum von mehreren Jahren zu akzeptieren (Le Monde 11.2.75).

Auch Joshua Nkomo, Führer der unter Moskauer Einfluß stehenden ZAPU, soll bereit sein, einem solchen "Kompromiß" zuzustimmen (NZZ 20.2.75).

Dagegen bekräftigte Pfarrer Sithole, Führer der ZANU, wiederholt die im Abkommen von Lusaka festgehaltene Forderung nach sofortiger Einsetzung einer demokratischen Mehrheitsregierung (KVZ 9.1.75, NZZ 20.2.75).

Zugleich erneuerte die OAU (Organisation für afrikanische Einheit) ihre Zusage, den bewaffneten Kampf in Zimbabwe zu unterstützen, bis "eine Regelung auf Grundlage des Prinzips der Herrschaft der Mehrheit" erreicht sei. Die OAU-Unterstützung ging bislang an die Befreiungsbewegungen ZANU und ZAPU, nicht jedoch an den alten ANC (Times of Zambia 8.1. und 11.1.75).

Bei Gesprächen zwischen den in der neuen ANC-Führung zusammengeschlossenen Befreiungsbewegungen und Premierminister Smith, die am 6.2. aufgenommen wurden und in Dar es Salaam stattfanden, lehnte Smith eine afrikanische Mehrheitsregierung kategorisch ab (NZZ 7.2., 15./16.2.75); eine Einigung über die Abhaltung einer Verfassungskonferenz ist daher offensichtlich nicht zustandegekommen. Zu gleicher Zeit werden verstärkte bewaffnete Auseinandersetzungen gemeldet (Times of Zambia/Reuter, 25.2.75).

Beunruhigung lösten Meldungen über einen Rückzug südafrikanischer Polizeitruppen aus Rhodesien aus. Während die rhodesische Regierung diesen Vorgang in offiziellen Verlautbarungen herunterzuspielen versuchte, schien die Regierung in Südafrika um größtmögliche Publizität über diesen Vorgang bemüht (FR 12. und 13.2.75, NZZ 14.2.75).

Neue Taktik der südafrikanischen Regierung

Im Hintergrund dieses Schrittes steht eine - nach den Erfolgen der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien - geänderte Taktik des südafrikanischen Regimes, dessen Polizeieinheiten bislang eine wesentliche Rolle bei der "Verteidigung" Rhodesiens gegen die Befreiungskämpfer gespielt hatten. "Transvaler", Organ der südafrikanischen Regierungspartei, schrieb, daß Rhodesien "... nun schnell und aktiv die logischen Konsequenzen seiner Politik annehmen muß - das heißt eine schwarze Mehrheitsregierung in Rhodesien - sonst wird das gesamte südliche Afrika in einen blutigen Konflikt zwischen Weißen und Schwarzen gestürzt werden" (NZZ 16.1.75); ganz offensichtlich sieht die südafrikanische Rassistengruppe ihre einzige Chance darin, durch eine Aufgabe des von ihr extrem abhängigen rhodesischen Regimes Ballast abzuwerfen, um eine neue Front gegen die Befreiungsbewegungen im eigenen Land aufzubauen. Einstweilen versucht die südafrikanische Regierung jedoch noch, Smith zu einem Einschwenken auf die von Kaunda (Zambia) lancierten Vorschläge eines 'friedlichen Übergangs' in Zusammenarbeit mit den 'gemäßigten Kräften' unter den Befreiungsbewegungen zu zwingen; tatsächlich wurden die südafrikanischen Einheiten nicht vollständig aus Rhodesien abgezogen, verließen jedoch die strategisch besonders wichtigen Grenzgebiete zu Zambia am Zambezi. Flankiert wurde dieser Rückzug durch Ankündigungen Kaundas (Zambia), keine militärischen Operationen von Zambia aus mehr zuzulassen (Times 12.2.75).

Die neue 'Dialog'-Politik Südafrikas besteht in der Verbindung von Druck auf das rhodesische Regime in Richtung auf stärkere Zugeständnisse an die 'gemäßigteren' Teile im ANC, die an einem friedlichen 'Übergang' orientiert sind und gleichzeitig dem Versuch, durch Manöver wie den Truppenrückzug und Geheimverhandlungen eine Schwächung der militanten Kräfte im ANC und dessen Eingehen auf einen Verhandlungskompromiß zu erreichen. Immer wieder tauchen in diesem Zusammenhang

Hinweise auf die Rolle des Präsidenten Kaunda (Zambia) auf, der in der letzten Zeit auffallend intensive Kontakte mit dem südafrikanischen Regime unterhält (New York Times 20.12.74, Le Monde 25.2.75). Im gleichen Zusammenhang werden auch Tanzania und Botswana genannt (Observer, 9.3.75, FR 12.2.75). Der Ministerrat der OAU kritisierte, daß die Initiative zu Sondierungen in der Rhodesienfrage - an denen auch S. Machel (FRELIMO) beteiligt war - nicht mit der OAU zuvor beraten wurde (NZZ 19.2.75).

Zuspitzung der Situation nach dem Scheitern der Spaltungsmanöver

Angesichts wachsenden Drucks aus Südafrika und dem Scheitern der Strategie der Offerte von Zugeständnissen gegen den Verzicht auf den bewaffneten Kampf seitens der Befreiungsbewegungen versuchte Smith, mit verschiedenen Maßnahmen den Druck gegenüber den konsequenten Teilen innerhalb des ANC zu verstärken als auch dadurch gegenüber der südafrikanischen Regierung wieder in die Initiative zu kommen.

Auftakt hierzu war die Äußerung aus Regierungkreisen, die Regierung werde eine Mehrheitsregierung (majority rule) "weder im nächsten Jahr noch in fünf oder zehn Jahren oder überhaupt jemals zulassen".(Rhodesian Herald, nach Daily News, Tanzania 26.2.75). Stattdessen wurde der Plan einer Einrichtung von sog. Stammesgebieten (Bantustans) nach südafrikanischem Beispiel und ohne Veränderung des politischen Systems als "Verhandlungsangebot" genannt.

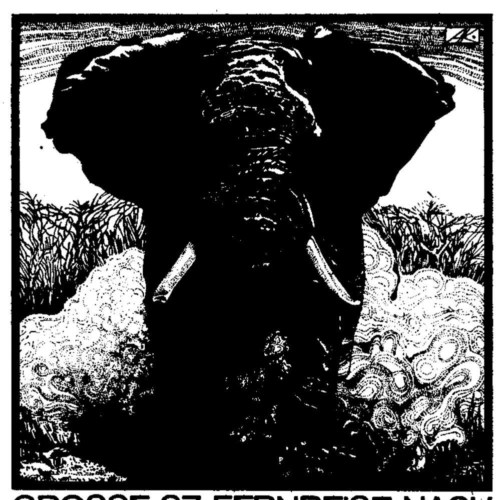
Wie aus Berichten kirchlicher Kreise in Salisbury hervorgeht, bereitet die Smith-Regierung die "Umsiedlung" von 2 Millionen schwarzen Einwohnern in "Internierungsdörfer" vor, um so in den Hauptkampfgebieten im Norden und Osten des Landes die Bevölkerung unter Kontrolle zu bekommen. Dieselbe kirchliche Quelle legte Ergebnisse einer Untersuchung der Lage der 80 000 bereits in solche Konzentrationslager verschleppten Menschen vor. In den nach dem Beispiel der vietnamesischen "Friedensdörfer" und der portugiesischen "Wehrdörfer" stacheldrahtumzäunten und militärisch bewachten Lagern werden die Menschen oft ohne Dach über dem Kopf, ohne sanitäre Anlagen und ohne Nahrungsmittel, in einzelnen Fällen ohne Wasserversorgung zusammengepfercht, so daß viele der Internierten schließlich verhungern oder aufgrund fehlender medizinischer Betreuung umkommen (FR 1.3.75). Ferner legte eine Kommission der rhodesischen Bischofskonferenz Enthüllungen über Folgerungen an afrikanischen Lehrern, Bauern, deren Ehefrauen und Kindern durch Elektroschocks und Auspeitschen vor (KNA 29.1.75, missio-Informationen 1/75).

Am 4.3. wurde der Führer der ZANU und Mitglied der (neuen) ANC-Exekutive, Pfarrer Ndabaningi Sithole, von der rhodesischen Polizei festgenommen unter dem Vorwurf, durch die geplante Ermordung möglicher Konkurrenten im ANC die Führung des ANC an sich reißen zu wollen; ferner führe die ZANU trotz des angeblich geschlossenen Waffenstillstandes den Kampf fort (NZZ, FR, Times 5.3.75).



Dieser Schritt des rhodesischen Regimes blockiert einstweilen die von Südafrika - Kaunda - angestrengten Kontakte mit dem ANC über die mögliche Form einer Verfassungsreform. Vor allem aber zielte dieser Schachzug auf eine Diskriminierung der - praktisch als einzige Organisation in Zimbabwe - den bewaffneten Widerstandskampf organisierenden ZANU und eine Spaltung des ANC in einen militanten und einen kompromißbereiten Flügel (NZZ 6.3.75). Der Führer der ZAPU, J. Nkomo, "den die Regierung als gemäßigt einstuft" (NZZ 8.3.75), gilt ebenso wie Muzorewa als grundsätzlich kompromißbereit ge-

genüber der Verhandlungsstrategie der Rassisten, während Sithole und die ZANU als das eigentliche Hindernis für eine 'Kompromißlösung' im Sinne des Smith-Regimes betrachtet werden (Financial Times 5.3.75).



GROSSE SZ-FERNREISE NACH
Südafrika

18. 10. – 4. 11. und 29. 10. – 18. 11. 1975. Vom Kap der Guten Hoffnung in die Diamantenwüste Südwestafrikas, von der Tiersafari im Krügerpark ins Königreich Swaziland, von den Victoriafällen zur Elefantenpirsch in Rhodesien – eine Reise durch vier Länder unter dem Kreuz des Südens. Die Welt der Tropen, mit der vom Feuerball der ewigen Sonne ausgeglühten Wüste, mit der exotischen Vegetation des Buschvelds und dem Naturereignis der donnernden Wasserfälle des Sambesi, läßt diese SZ-Fernreise zu einem Erlebnis werden.

Teilnehmerpreis (HP/VP) DM 4384,–
Auskunft u. Buchung: Hapag-Lloyd Reisebüro, Theatinerstr. 11
28seitige Reisebeschreibung durch die SZ (Tel. 2183791)

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 11. 4. 75

Der zur Berichterstattung nach Südafrika zitierte Verteidigungsminister Rhodesiens erklärte Vorster zur Rechtfertigung dieses - in Südafrika bedenklich aufgenommenen - Schrittes, "eine Vereinbarung mit Sithole sei unmöglich". Dies und die "Tatsache, daß Sithole (ZANU) - und nicht die gemäßigten Nationalisten Nkomo und Muzorewa als führende und weitaus populärste Figur" im neuen ANC gilt, ist der eigentliche Anlaß der Verhaftung Sitholes (NZZ 18.3.75).

Anstelle der erwarteten Spaltung trat jedoch eine Stärkung der von der ZANU vertretenen Linie ein, bis zur Durchsetzung einer demokratischen Mehrheitsregierung in Zimbabwe am bewaffneten Kampf festzuhalten. Ein Sprecher des ANC bezeichnete inzwischen die "Entspannungspolitik" der Verfassungsgespräche als ein taktisches Manöver, "das nach hinten losging" (Times 11.3.75); Muzorewa solidarisierte sich mit Sithole und erklärte namens des ANC die Einstellung der Gespräche mit dem Smith-Regime.

Nach der Ermordung des ZANU-Altvorsitzenden Chitepo durch eine Landmine in Lusaka traf die ZANU ein weiterer Schlag: Im Anschluß an die Bestattung Chitepos in Lusaka am 23.3., zu der praktisch die gesamte ZANU-Führung, Militärkommandeure und Auslandsvertreter der ZANU, sich in Zambia aufhielten, wurden die etwa 100 ZANU-Mitglieder von zambischem Militär mit vorgehaltenem Gewehr festgenommen. Gleichzeitig wurde bekanntgemacht, daß die ZANU in Zambia verboten sei; ihr Büro in Lusaka und die Ausbildungs- und Flüchtlingslager an der Grenze zu Zimbabwe wurden von zambischem Militär besetzt. Die Regierung Zambias ließ hierzu erklären, die ZANU solle den bewaffneten Kampf aufgeben und sich an den friedlichen Aktivitäten des ANC beteiligen; später wurde die Aktion durch die Behauptung gerechtfertigt, Chitepos Mörder seien in den Reihen der ZANU selbst zu suchen.

Zugleich mit diesem Schlag gegen die ZANU wurde die Schließung der Büros auch von ZAPU und FROLIZI angekündigt, da diese - nach der Neugründung des ANC - keine Existenzberechtigung mehr hätten (Le Monde 30.3.75).

Die zambische Regierung kündigte an, die verhafteten ZANU-Funktionäre würden für wenigstens 28 Tage festgehalten (KVZ 3.4.75).

In den Berichten heißt es, die Aktion sei mit Südafrika und Rhodesien abgestimmt gewesen (NZZ 29.3.75).

Diese Aktion Kaundas ist insofern ein schwerer Schlag gegen die Befreiungsbewegung in Zimbabwe, als die ZANU - praktisch als einzige Organisation - den militärischen Kampf organisiert führt und, da es im Land keine festen befreiten Gebiete gibt, sehr stark auf Nachschubmöglichkeiten über die zambisch-rhodesische Grenze angewiesen ist.

So ist - neben der kurzfristigen Ausschaltung der ZANU-Führung - der bewaffnete Kampf im Norden Zimbabwes extrem erschwert und die Lage der dort operierenden Kräfte extrem gefährdet.

-ge-

bitte Adressenänderungen rechtzeitig mitteilen!
(3 Wochen vorher!)

SAR

SÜDAFRIKA ALS BILDUNGSERLEBNIS

Studienreisen deutscher Apotheker in die SAR

In einer Flugblattaktion macht der Fachverband Pharmazie - ein Zusammenschluß der studentischen Pharmazie-Fachschaften in der Bundesrepublik - auf geplante "Studienreisen" westdeutscher Pharmazie-Organisationen in die südafrikanische Republik aufmerksam:

Im Mai und September 1975 planen die "Werbe- und Vertriebsgesellschaft Deutscher Apotheker mbH" und die "Arbeitsgemeinschaft für Pharmazeutische Verfahrenstechnik" je eine solche Bildungsreise in das Land, das die Reiseprospekte als "ein einziges Abenteuer" anpreisen.

> "Jetzt, im Baum, unterhielten wir uns mit leisen Stimmen darüber, ob Löwen wohl auf Bäume klettern können, als John plötzlich einen Schrei ausstieß. Der Kellner war geräuschlos die Leiter heraufgeklettert und hatte ihn leicht angestoßen. 'Drink, Sir?', fragte er."

Diese Aktion ist nur ein Beispiel aus den zahlreichen Bemühungen des südafrikanischen Regimes und seiner Hilfsorganisationen (Deutsch-Südafrikanische Gesellschaften). Hier geht es vor allem darum, die international immer stärker in die Isolierung geratene Rassistendiktatur salonfähig zu machen, die politische Isolierung zu durchbrechen. Dieses Ziel ist der Regierung der SAR (Südafrikanische Republik) offensichtlich eine ganze Stange Geld wert:

Zu überaus günstigen Bedingungen werden Schülern, Studenten, Berufsverbänden und Kongressen Flüge und Pauschalreisen nach Südafrika angeboten. Denn jeder Kongreß, jede Tagung, jede Studienreise ist ein Beitrag zur Aufpolierung eines Systems brutalster Unterdrückung und Diktatur über die afrikanische Bevölkerung - und eines Systems, das solche Propaganda heute nötiger hat als je zuvor, nachdem die portugiesischen Kolonien als Vorposten der Kolonialherrschaft gefallen sind und auch in Zimbabwe (Rhodesien) und Südafrika die Organisierung des Widerstands wichtige Fortschritte macht.

Das allerdings ist nicht die Wirklichkeit, die dem Teilnehmer solcher Studienreisen vorgeführt wird.

> "Am Abend werden Sie beim echt südafrikanischen 'Braaivleis-Barbecue' stampfende Eingeborenentänze miterleben. Unter den vielen Veranstaltungen stellen die fast jeden Sonntag stattfindenden Stammestänze der farbigen Minenarbeiter in einem der vielen Lager eine einmalige Attraktion dar."

Von der tatsächlichen Lebenssituation der "Ausstellungsstücke" in den Minen und Konzentrationslagern ist in den Reiseprospekten natürlich nicht die Rede: In sogenannten 'homelands' ('Heimatländer'), die den 81 % afrikanischer und farbiger Bevölkerung keine Existenzgrundlage bieten können (diesen 81 % sind die unfruchtbarsten 13,7 % des Landes zugewiesen, die übrigen 86 % sind weißes Gebiet), sind sie unter scharfer Polizeiaufsicht eingepfercht, um sich als billige Arbeitskräfte für die Minen, Plantagen und Fabriken der weißen Kapitalisten bereitzuhalten; der durchschnittliche Monatslohn liegt bei der verarbeitenden Industrie bei ca. 250,- DM (1973), weit unter dem Existenzminimum. Diese Zustände werden erst ermöglicht durch die Unterdrückung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Afrikaner; kein Wunder, daß z.B. VW in Südafrika stark investiert - die Profite sind hier im Schnitt fast doppelt so hoch wie in anderen Ländern - und gleichzeitig in Wolfsburg Entlassungen und Kurzarbeit verfügt; kein Wunder auch, daß die Bundesregierung zur Sicherung dieser idealen Profitbedingungen auf vielfältige Weise beiträgt - nicht zuletzt durch umfangreiche Waffenlieferungen (vgl. "blätter des iz3w", Nr. 39, S. 40; s.a. "blätter des iz3w", Nr. 35, S. 45 und Nr. 38, S. 40).

In nur wenigen Ländern liegt die Unterdrückung der Masse des Volkes so offen zutage wie in Südafrika. Gerade deshalb muß jeder, der sich in den Dienst der Propaganda eines solchen Regimes stellt, gefallen lassen, daß man ihn für die Aufrechterhaltung solcher Verhältnisse mitverantwortlich macht.

Berechtigt ist deshalb die Aufforderung an die "Werbe- und Vertriebsgesellschaft deutscher Apotheker mbH" (6 Frankfurt a.M., Postfach 970 108) und die "Arbeitsgemeinschaft für Pharmazeutische Verfahrensteohnik" (65 Mainz, Hafenstr. 23), die geplanten Reisen abzusagen.

Das Gesundheitswesen in Südafrika

Anzahl der Ärzte pro Kopf der Bevölkerung (1972):

1 weißer Arzt für 400 Weiße

1 indischer Arzt für 900 Inder

1 farbiger Arzt für 6.200 Mischlinge

1 schwarzafrikan. Arzt für 44.400 Afrikaner

Verhältnis der Krankenbetten auf 1.000 Personen (1972):

Republik Südafrika:
Weiße 10,00 Betten
Schwarze 5,57 Betten

"Homelands" (Reservate):
3,48 Betten

> "Wer das wirkliche, das echte Afrika erleben will mit all seiner Exotik, den Geräuschen im nächtlichen Dschungel, dem Miliardenchor der Zikaden, wer die Fluten sich träge dahinwälzender Ströme bestaunen will, wer die Tiere Afrikas auf freier Wildbahn sehen und wer trotzdem nicht auf die Annehmlichkeiten und den Komfort Europas verzichten will - der ziehe gen Süden, hinweg über den Limpopo, hinunter zur RSA (Republik Südafrika, d.R.), dem Land am Kap der guten Hoffnung."

Ein schwarzer Arzt erhält bei gleicher Leistung nur 70 % des Gehaltes seines weißen Kollegen, eine schwarze Krankenschwester erhält bei gleicher Leistung nur 45 % des Gehaltes ihrer weißen Kollegin. Eine Aussicht auf schnelle Verbesserung der medizinischen Versorgung besteht nicht, da in unzureichendem Maße Studienplätze für Afrikaner angeboten werden.

Studentenzahlen in der Medizin (1973):

Weiße	3.710
Farbige	142
Asiaten	445
Afrikaner	202

Studentenzahlen in der Pharmazie (1972:)

Weiße	413
Farbige	63
Asiaten	?
Afrikaner	38

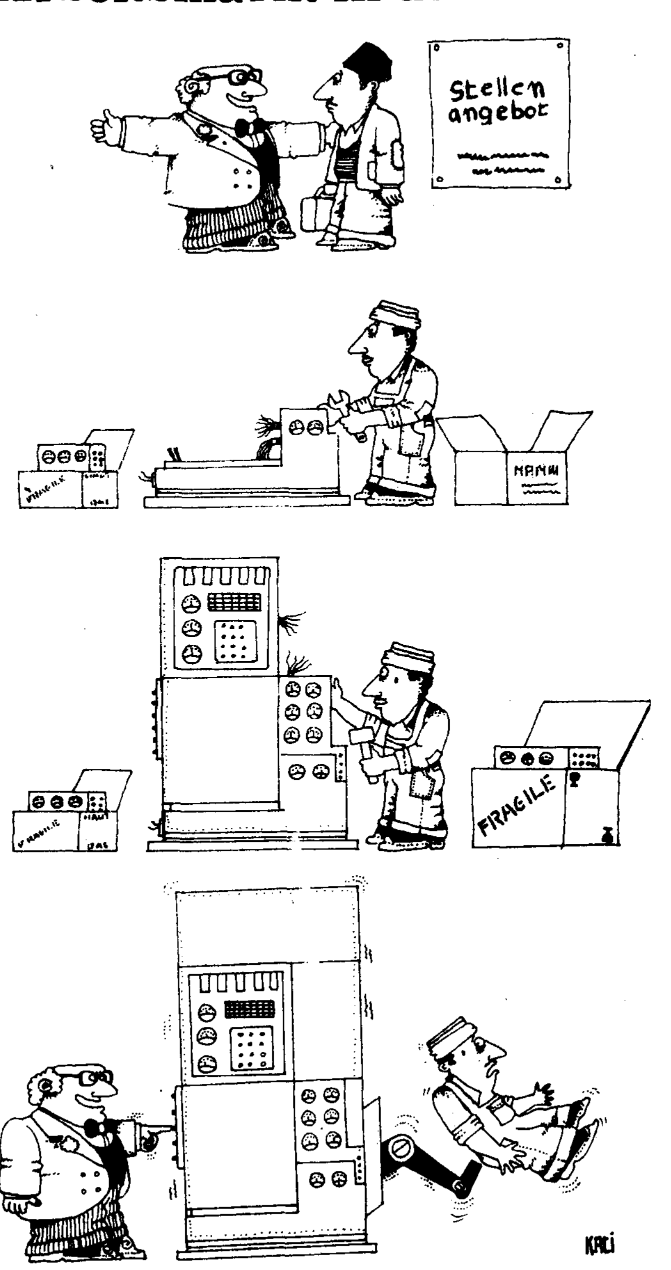
Bedingt durch diese unzureichende medizinische Versorgung der Afrikaner sterben in den ersten Lebensjahren von 1.000 schwarzen Kindern 200 - das ist eine der höchsten Kindersterblichkeitsraten der Welt -, von 1.000 weißen Kindern sterben jedoch nur 27 - das ist eine der niedrigsten Raten in der Welt.

Weitere Informationen hierzu bei:

Fachverband Pharmazie
Willhart Knepel
78 Freiburg
Basler Landstr. 93

Quellen:
- Flugblatt des Fachverbandes Pharmazie
- IKA 4/75

Arbeitsmarkt in der 3.Welt



Perspektiven der Entkolonisierung im ehemals portugiesischen Afrika

Franz-Wilhelm Heimer, Freiburg

Teil III - V

Vorbemerkung

Absicht dieses Artikels ist es, einen Beitrag zu einer stärkeren Differenzierung der herrschenden Vorstellungen zur Problematik der Entkolonisierung in den ehemaligen afrikanischen Kolonien Portugals zu leisten. Zu diesem Zwecke werden in die laufende Diskussion Informationen und Gesichtspunkte eingebracht, die bislang für die Meinungsbildung in der BRD kaum Berücksichtigung gefunden haben. Im Rahmen der "blätter" mußte dies in geraffter, daher oft vereinfachter Weise geschehen, doch hoffen Verfasser und Redaktion, daß die Studie auch in dieser Form eine nützliche Anregung darstellt.

Die in Nr. 41/42 erschienenen Teile I und II hatten vorwiegend deskriptiven Charakter, bemühten sich jedoch gleichzeitig, Begriffe und Hypothesen zu einer geschlossenen Analyse einzuführen.

Da sich möglicherweise nicht nur bei der Redaktion der "blätter" Mißverständnisse eingestellt haben (vgl. die "Vorbemerkung der Redaktion" in Nr. 41/42), soll unterstrichen werden, daß der Autor Entkolonisierung ausdrücklich als Überwindung kolonial erzeugter gesellschaftlicher Verhältnisse (d.h. je spezifischer Formen von "struktureller Heterogenität" und Unterentwicklung) begreift und die formelle politische Unabhängigkeit lediglich als eine (unter den gegebenen Umständen notwendige) instrumentale Vorbedingung für die Entkolonisierung ansieht.

Die zentrale Fragestellung von Teil I (Perzeptionen der Entkolonisierungsproblematik in Portugal und seinen bisherigen Besitzungen in Afrika) ist es deswegen, ob und wieweit sich Entkolonisierung in dieser Weise den verschiedenen "Akteuren" des Prozesses darstellt. Als vorläufiges Ergebnis wurde festgehalten, daß - mit unerheblichen Ausnahmen - weder in Portugal noch bei der Bevölkerung in den Kolonien die Entkolonisierung als eine umfassende Zielsetzung verstanden wurde, und daß in dieser Hinsicht auch unter den Widerstandsbewegungen beträchtliche Unterschiede bestehen. Dieser Tatsache wurde dann ihre Bedeutung für den tatsächlichen Ablauf des Entkolonisierungsprozesses angewiesen. Unbeschadet jeder ideologischen Verkleidung hat sie angesichts der Ablehnung aller Föderationspläne besonders durch PAIGC und FRELIMO und der außerordentlich schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation Portugals zu einer Interessenkonvergenz zwischen diesem und den Widerstandsbewegungen im Sinne einer möglichst raschen politischen Unabhängigkeit aller Kolonien geführt. Die Klärung der Frage, wer dabei genau mit "Portugal" zu bezeichnen ist, hätte einer eigenen Analyse bedurft; daß die von der "Vorbemerkung der Redaktion" vorgeschlagene Inhaltsbestimmung eine unzulässige Vereinfachung darstellt, wird jedoch im Artikel an mehreren Stellen deutlich.

In Teil II (Zwischenbilanz des Entkolonisierungsprozesses) ging es in erster Linie darum, herauszuarbeiten, wie unterschiedlich sich im April 1974 die Ausgangssituation für eine Entkolonisierung in den fünf Territorien darstellte, und wie aufgrund dessen dieser Prozeß während der Anfangsphase in je eigener Weise abgelaufen ist - obwohl in allen Fällen die politische Unabhängigkeit eingebaut wurde. Es wurde dabei unter anderem hervorgehoben, daß Guinea-Bissau und Mozambique die beiden einzigen Territorien sind, in denen die Widerstandsbewegungen aufgrund ihrer militärischen Stärke Portugal keine Alternative zur Gewährung sofortiger Unabhängigkeit ließen, und zugleich die beiden einzigen Länder, in denen weitergehende Entkolonisierungskonzeptionen bereits eine signifikante Rolle zu spielen begonnen haben.

Die Teile III und IV entwickeln nun am Beispiel Angolas zunächst einen Ansatz zur Analyse kolonial verursachter "struktureller Heterogenität"/ Unterentwicklung und im Ausgang davon vier gesellschaftspolitische Modelle, auf die sich die Situation nach Aufhebung des Kolonialstatus grundsätzlich hinentwickeln konnte bzw. kann. Das Modell autozentrischer Entwicklung wird dabei als das einzige dargestellt, an dem eine wirkliche Überwindung der gegebenen Verhältnisse, also eine echte Entkolonisierung, zu erwarten wäre.

Teil V schließlich fragt nach den Aussichten jedes der fünf Territorien, zu einer so definierten Entkolonisierung zu kommen.

III. Sozialstrukturelle Voraussetzungen der Entkolonisierung in Angola

Eine Analyse der Sozialstruktur Angolas hat von der Feststellung auszugehen, daß es in diesem Territorium nicht eine Gesamtgesellschaft, sondern eine Mehrzahl von Gesellschaften gibt - auf der einen Seite die aus den ursprünglichen afrikanischen Gesellschaften hervorgegangenen ökokulturellen Systeme (19) und auf der anderen Seite eine sozusagen zwischen diese hineingezwängte und sie (auch geographisch) überlagernde Zentralgesellschaft kolonialen Ursprungs.

Diese Situation ist nur zu verstehen, wenn wir den historischen Prozeß ins Auge fassen, aus dem sie entstanden ist.

Der erste Kontakt der Portugiesen mit den Bewohnern des heutigen Angolas erfolgte 1482. Zu diesem Zeitpunkt existierte in diesem Gebiet nur eine einzige größere afrikanische Gesellschaft, die der Bakongo, die nach ihrem Entwicklungsniveau und ihrer Fähigkeit zur Selbstregulierung einigen westafrikanischen Gesellschaften derselben Zeit vergleichbar war. Südlich an die Bakongo anschließend waren die Akwambundu erst dabei, sich in etwas größeren sozialen Einheiten zu artikulieren. Im ganzen übrigen Gebiet herrschte eine sehr geringe demographische Dichte. Man traf dort Klein- und z.T. Kleinstgesellschaften an, die einen sehr begrenzten Grad an Differenzierung, auf dem jeweiligen Entwicklungsniveau allerdings eine beachtliche Fähigkeit zur Selbstregulierung aufwiesen.

Portugal gründete zunächst auf der Insel São Tomé, Mitte des 16. Jahrhunderts in Luanda und Anfang des 17. Jahrhunderts in Benguela Handelssiedlungen. Auf dem Boden des heutigen Angola wurden also lediglich zwei untereinander geographisch nicht verbundene Brückenköpfe im Küstenstreifen errichtet, von denen aus im Laufe von vier Jahrhunderten nicht mehr als das unmittelbare Umland besetzt wurde.

Die punktuelle und geographisch marginale Präsenz der Portugiesen wurde jedoch für die Entwicklung einiger afrikanischer Gesellschaften entscheidend. Bis ins 19. Jahrhundert hinein konzentrierte sich Portugal in Angola darauf, Sklaven zunächst für São Tomé, dann für den Wiederverkauf an westafrikanische Völker und die spanischen Kolonien in Mittelamerika, schließlich und hauptsächlich für die Verwendung in der eigenen Kolonie Brasilien zu erwerben. Für die Folgezeit wichtig ist, daß Portugal den in Brasilien erwirtschafteten Gewinn nur in geringem Maße zur eigenen Entwicklung benutzte, in erster Linie vielmehr zum Import von Luxusgütern, handwerklichen und später industriellen Produkten und sogar Grundnahrungsmitteln aus anderen europäischen Ländern, besonders England. Aufgrund dieses Mechanismus haben die 400 Jahre des portugiesischen Handels- und Raubkolonialismus in Afrika indirekt beträchtlich zur Entwicklung anderer Metropolen beigetragen, während sie Portugal nur wenig wirklichen Fortschritt, auf einigen Ebenen sogar Rückschritte brachten und im Gegenteil eine Situation "struktureller Heterogenität" und damit langfristig der relativen Unterentwicklung innerhalb Europas erzeugten (20).

---

19) Unter "ökokulturellem System" wird eine in sich geschlossene, also von anderen abgegrenzte Humangesellschaft einschließlich ihrer "natürlichen Umwelt" verstanden. Der Entwicklungsstand (Entwickeltheit/Unterentwickeltheit) eines ökokulturellen Systems mißt sich daran, wie differenziert (diversifiziert) es ist. Diese Differenzierung (oder ihr Gegenteil, eine Dedifferenzierung) ist ein Vorgang, der sich auf verschiedenen "Ebenen" abspielt, der ökeischen, technischen, wirtschaftlichen, politischen, psychosozialen, ideologischen u.a.m.. Eine wirkliche Entwicklung liegt nur vor, wenn es zu einer einander entsprechenden, "ausgeglichenen" Differenzierung auf allen "Ebenen" kommt. Einen Zustand ausgeglichener Differenzierung kann es auf verschiedenen Differenzierungsstufen (Entwicklungsniveaus) geben; der Übergang von einer Stufe zu einer anderen schließt in der Regel Phasen der Unausgeglichenheit ein. Die Selbstregulierung eines Systems besteht darin, unter Benutzung der verfügbaren natürlichen und humanen Ressourcen einen Zustand ausgeglichener Differenzierung zu erreichen und zu halten, und mit den auftretenden Schwierigkeiten (Verknappung natürlicher Ressourcen, Bedrohung durch andere Humangesellschaften u.a.m.) fertig zu werden. In einem weiteren Sinn beinhaltet die Fähigkeit zur Selbstregulierung auch die Kapazität zum Übergang von einer Entwicklungsstufe zu einer höheren. Von "Reife" spricht man bei Systemen, die zu einer kontinuierlichen und ausgeglichenen Differenzierung in der Lage sind. - Diese Begriffe und Hypothesen werden in Anlehnung an Jorge Vieira da Silva gebraucht. Vgl. etwa dessen "Ecologie et développement" (Paris, Université Paris VII, 1974, hekt.).

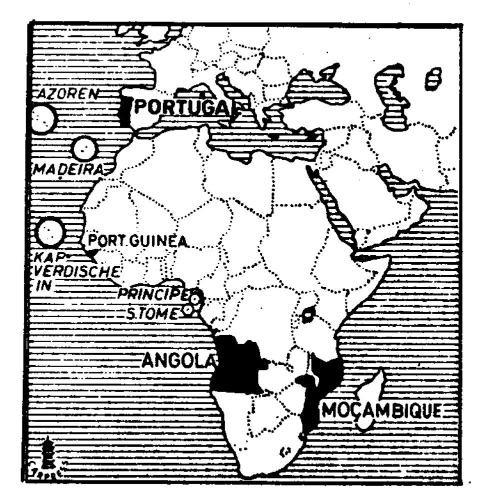
20) Der Begriff "strukturelle Heterogeneität", von Samir Amin zur Bezeichnung solcher Gesellschaften verwandt, in denen verschiedene Produktionsweisen mehr oder weniger unverbunden nebeneinander existieren, wird hier in einem weiteren Sinn gebraucht: er weist auf Ungleichheiten der Differenzierung zwischen verschiedenen "Ebenen" oder auch auf eine "unorganische" Differenzierung auf ein und derselben Ebene hin.

In Angola zerstörte der afrikanische Sklavenhandel mit seinen gesellschaftlichen Auswirkungen zunächst das "Kongoreich", das Ende des 17. Jahrhunderts auseinanderzufallen begann. Der von Luanda aus während eines knappen Jahrhunderts vorgetragene Versuch, einen ausgedehnteren Teil des Hinterlands zu besetzen, rief unter den Akwambundu einen Widerstand hervor, der die Bildung größerer ökokultureller Systeme beschleunigte. Diese Gesellschaften vermochten zwar bis in die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts hinein zu verhindern, der portugiesischen Souveränität unterstellt zu werden; der militärische Druck der Portugiesen im Verein mit der "Konsumverführung" der Händler machte es ihnen jedoch unmöglich, sich dem Sklavenhandel zu verschließen (21).

Dies brachte für alle betroffenen Staaten langfristig eine Stagnation und Rückentwicklung mit sich, so daß sie im Augenblick der allgemeinen kolonialen Besetzung Afrikas stärker strukturell geschwächt waren, als viele andere afrikanische Völker.

Das gilt nicht für das übrige Angola, also das Zentralhochland, den Osten und den Süden. Dort entwickelten sich vielmehr im Verlaufe von Zu- und Binnenwanderungen, die bis in das gegenwärtige Jahrhundert andauerten, eine Anzahl von Gesellschaften - besonders die der Ovimbundu, der Balunda-Batshokwe, der Ovambo - aufgrund ihrer eigenen Dynamik, in nur marginalem und nicht selten nur indirektem Kontakt mit den Portugiesen. Zu betonen ist, daß diese Entwicklung zwar "organisch" verlief und von einer ungebrochenen Fähigkeit zur Selbstregulierung begleitet war, jedoch - wie meist in Afrika (22) - nicht zuletzt aufgrund sehr geringer Fortschritte auf der technologischen Ebene äußerst langsam vor sich ging, so daß sich der Abstand zu den europäischen Gesellschaften ständig vergrößerte.

Ende des letzten Jahrhunderts setzte Portugal ebenso wie die anderen kolonialen Mächte dazu an, möglichst große afrikanische Territorien zu okkupieren. Die Lage Portugals war insofern spezifisch, als es sich nach der Unabhängigkeit Brasiliens im Jahre 1822 mit seiner eigenen strukturellen Unterentwickeltheit konfrontiert sah.



Die Mobilisierung neuer kolonialer Ressourcen war für Portugal nicht - wie für andere Metropolen - eine Voraussetzung für die eigene Fortentwicklung mittels Industrialisierung, sondern der einzige Weg, um zunächst einmal wenigstens eine Rückentwicklung, einen Zusammenbruch oder ein Aufgehen in Spanien zu verhindern. Hierzu aber waren "wirkungsvollere" Methoden notwendig, als die bisher von Portugal beim "ungleichen Austausch" (23) mit Afrika praktizierten. Portugal war gezwungen, trotz einer extremen, im Laufe des 19. Jahrhunderts immer wieder zutage tretenden Schwäche, den Versuch zu unternehmen, möglichst große Kolonien unter seine Kontrolle zu bringen und aus diesen substantielle Gewinne zu erwirtschaften.

Aufgrund der Konkurrenz zwischen den Großmächten gelang es Lissabon, sich

---

21) Insgesamt war vermutlich die aus der Bedürfnisstruktur resultierende Motivierung wichtiger. Sie führte dazu, daß man sich nicht auf den Kontakt mit Portugal beschränkte, sondern Handelswege zu den weiter nördlich gelegenen Küsten einrichtete, an denen man die Sklaven bei den Franzosen, Holländern und Engländern zu günstigeren Bedingungen eintauschen konnte. Der Korrosionseffekt der portugiesischen Präsenz wurde durch diese "Diversifizierung" noch verstärkt. Vgl. Joseph C. Miller, "The Dual Slave Trade in Angola" (wiss. Mitteilung auf dem 14. Jahreskongreß der African Studies Association, Denver 1971) und ders., "Slaves, Slavers and Social Change in Nineteenth Century Kasanje", in: F.W. Heimer (Hrsg.), Social Change in Angola (München 1974), S. 9-29.

22) Der "Scramble for Africa" im 19. Jahrhundert war nur möglich, weil die Überlegenheit der europäischen Systeme (an Differenzierung, nicht unbedingt an Fähigkeit zur Selbstregulierung) inzwischen sehr viel größer war, als etwa im 15. Jahrhundert. Zur Notwendigkeit, diese Grundtatsache bei der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung in den afrikanischen Kolonien Europas in Rechnung zu stellen, vgl. E.A. Brett, Colonialism and Underdevelopment in East Africa. The Politics of Economic Change 1919-1939 (London/Ibadan/Nairobi 1973).

23) Der Begriff wird hier ebenfalls in einem weiteren als in dem von Arghiri Emmanuel in L'échange inégal (Paris 1969) vorgeschlagenen und von Samir Amin in L'échange inégal et la loi de la valeur: fin d'un débat (Pa-

während der Kolonialkonferenz in Berlin 1884-1885 in Afrika verhältnismäßig ausgedehnte Gebietsteile zu sichern. Innerhalb dieses neuen Kolonialreichs ging es daran, eine Kolonialwirtschaft aufzubauen und die Ausbeutung der afrikanischen Gesellschaften zu organisieren.

In Angola, dessen Grenzen bis 1926 schrittweise festgelegt wurden, drang Portugal von den beiden traditionellen Stützpunkten aus vor. Im Verlauf von militärischen Kampagnen, die während etwa 30 Jahren ununterbrochen anhielten, wurden trotz zum Teil erbitterten Widerstands alle afrikanischen Gesellschaften innerhalb der "Überseeprovinz" unterworfen (24).

Damit war der Weg frei für den schrittweisen Aufbau einer kolonialen Wirtschaft, deren Produktion sich auf Plantagengüter und den Abbau von Rohstoffen konzentrierte.

Parallel dazu wandte man die üblichen Mechanismen der Ausbeutung afrikanischer Gesellschaften an: Landraub, sei es für Plantagen oder den Abbau von Bodenschätzen; Mobilisierung von Arbeitskräften durch direkte Zwangsarbeit oder dadurch, daß man außer der lohnabhängigen Arbeit keine Existenzmöglichkeit offen ließ; administrativer oder "marktwirtschaftlicher" Zwang zum Anbau von Agrarprodukten, die das Zentralsystem zu von ihm festgelegten Bedingungen aufkaufte; schrittweise Aneignung eines fast vollständigen Monopols für die Handelsbeziehungen mit dem Zentralsystem, bei gleichzeitiger Rückentwicklung des Handels zwischen den afrikanischen Gesellschaften; direkte Abgaben in Form von Steuern, Bußgeldern usw. Man findet hier ein Grundmuster wieder, das aus anderen Kolonien durchaus vertraut ist, das aber in Angola und den übrigen portugiesischen Kolonien besonders "konsequent" angewandt wurde: da Portugal als selbst relativ unterentwickeltes Land einen starken Mangel an Kapital und know-how aufwies, war es gezwungen, beim Aufbau der Kolonialwirtschaft, aber auch bei der unmittelbaren Gewinnabschöpfung aus den Kolonien die afrikanischen Gesellschaften erheblich stärker in Anspruch zu nehmen, als das andere Metropolen zu tun brauchten.

Trotz ungünstiger Ausgangsbedingungen (25) expandierte das Zentralsystem im Laufe dieses Jahrhunderts mit steigender Beschleunigung. Es hatte seine "Operationsbasis" in den Städten, erstreckte sich aber wie mit Fangarmen in das Land hinein. Es diversifizierte sich dabei zusehends - zwar in unausgeglichener Weise, wie dies bei einer abhängigen Gesellschaft zu erwarten war, aber doch mit einer wachsenden Fähigkeit zur Selbstregulierung. Seine Zusammensetzung änderte sich dabei merklich gegenüber den beiden kolonialen Mikrogesellschaften in Luanda und Benguela, die rassisch stark gemischt gewesen waren und deutliche "kreolische" Züge getragen hatten, wie sie sonst etwa auf den Kapverdischen Inseln oder in Mittelamerika zu finden sind. Durch die massive Einwanderung von Portugiesen wurde der beherrschende "Kern" des Zentralsystems fast ausschließlich weiß. Afrikaner wurden in dem Maße, in dem das System sie brauchte, aus ihren ursprünglichen Gesellschaften "abgesogen", bildeten bald zwei Drittel, zeitweilig drei Viertel der Bevölkerung des Zentralsystems, wurden jedoch mit ganz wenigen Ausnahmen an dessen Peripherie gehalten. Die Mischlinge, sozial eine eigene Gruppe, nahmen überwiegend Zwischenpositionen ein.

Die afrikanischen Gesellschaften wurden innerhalb dieses Gesamtmodells zu ökokulturellen Tributärsystemen (26) degradiert. Sie traten in eine Phase mehr oder weniger akzentuierter Rückentwicklung ein, und zwar nicht nur auf der politischen und ökonomischen Ebene, sondern auch auf der psychosozialen (Fähigkeit zur Bewältigung von Problemsituationen), der ideologi-

---

ris 1974) diskutierten Sinn gebraucht. Er bezieht sich prinzipiell auf Austauschvorgänge auf allen "Ebenen", also auf eine Art globaler Gewinn- und Verlustrechnung ökokultureller Systeme, die in Interaktion untereinander stehen.
Vieira da Silva schlägt für einen Teil dieser Vorgänge das Meßkonzept "Energie" vor und formuliert aufgrund empirischer Untersuchungen die These, daß bei der Interaktion zwischen stärker und schwächer entwickelten Gesellschaften letztere in der Regel per saldo mehr "Energie" abgeben, als sie erhalten. In Anlehnung hieran wäre "ungleicher Austausch" also als eine Wechselbeziehung zu verstehen, die "strukturell" so angelegt ist, daß einer der beiden "Partner", generell also der schwächere, dabei ständig Einbußen erleidet.

24) In den dreißiger und vierziger Jahren gab es dann noch zwei eng lokalisierte "Aufstände" bei den Vakubal und den Vangangela.

25) Vgl. dazu R.J. Hammond, Portugal and Africa 1815-1910: A Study in Uneconomic Imperialism (Stanford 1966).

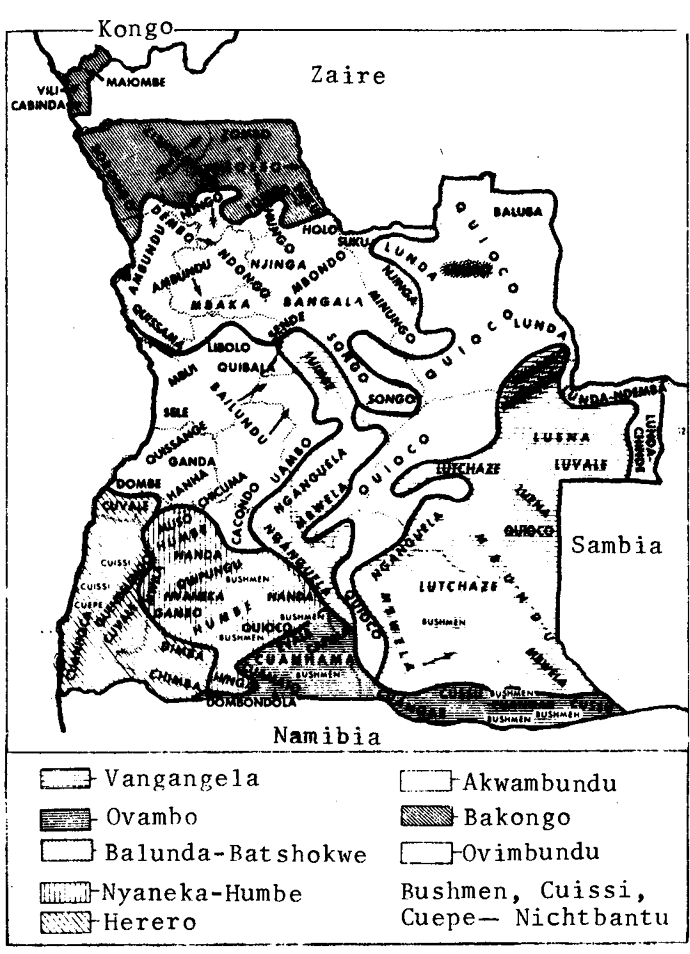
26) Dieser Begriff und der bereits eingeführte Begriff des Zentralsystems heben darauf ab, daß es sich im Sinne der obigen Definitionen (Anm. 19, 20, 23) um abgegrenzte Gesellschaften (unterschiedlichen Entwicklungsstandes und unterschiedlicher Fähigkeit zur Selbstregulierung) handelt, die in Interaktion stehen. Das System kolonialen Ursprungs wird als Zentralsystem bezeichnet, da es die anderen beherrscht und im übrigen für sich eine Art "Interaktionsmonopol" beansprucht,

schen (Fähigkeit zur "Welterklärung") und der technischen (Verlust von Techniken, die man entwickelt hatte, ohne kompensierende Übernahme neuer Techniken). Zudem zerfielen sie meist in kleinere Einheiten, die jeweils versuchten, sich innerhalb der ökologischen Rahmenbedingungen und der vom Kolonisator gezogenen Beschränkungen einen Raum der Selbstregulierung zu bewahren. In einer Reihe von Fällen, vor allem an der "Grenze" zum Zentralsystem, führte diese Rückentwicklung zu einer Auflösung und/oder extremen Zerstückelung von Systemen.

Die gesamte gesellschaftliche Grundstruktur, gekennzeichnet durch eine "Schichtung" innerhalb des Zentralsystems und zwischen diesem und den Tributärsystemen, wurde gesetzlich unterbaut durch eine Unterscheidung in Staatsbürger und Eingeborene, sowie durch entsprechende Unterschiede in der Arbeits- und Strafgesetzgebung, im Erziehungswesen usw. (27).

Innerhalb dieser Situation sind Ausbruch und Verlauf des Widerstandskampfes in Angola zu sehen. 1961 kam es gleichzeitig zu Aufständen in Luanda, im ganzen Norden und in der Baixa do Cassanje östlich von Malanje. In Luanda war für die Afrikaner, das immer klarere Zusammenfallen von sozialer Schichtung und rassischen Unterschieden innerhalb des Zentralsystems besonders schmerzhaft spürbar geworden. Sie hatten es erlebt, wie die früher bestehenden Möglichkeiten "sozialer Mobilität", auf die viele von ihnen durch z.T. ausgedehnten Schulbesuch einen Anspruch erworben zu haben glaubten, infolge einer verstärkten Einwanderung von "petty whites" (28) relativ und absolut zurückgegangen war. Im Norden hatte während einer Art Kaffeebooms im Gebiet einiger "Subsysteme" der Bakongo eine massive Landnahme seitens der Weißen stattgefunden, die großenteils selbst nach der Kolonialgesetzgebung illegal war und den dortigen Afrikanern innerhalb weniger Jahre ihre (relativ privilegierte) Existenzgrundlage entzog. In der Baixa do Cassanje schließlich war der Zwangsanbau von Baumwolle zu extrem ungünstigen Bedingungen verordnet worden. Teile der Akwambundu und Imbangala sahen sich infolgedessen in ihren

Siedlungsgebiete der wichtigsten ethnischen Gruppen Angolas seit Anfang des 20. Jahrhunderts
nach: A.Butler Herrik, u.a.: Area Handbook for Angola (Washington 1967), S.87



ohnehin geringen Möglichkeiten der Selbstregulierung weiter drastisch eingeengt, einem Proletarisierungs- und Verarmungsprozeß ausgesetzt und zum Teil aus Mangel an Land und/oder freier Arbeitskraft für ihre "Subsistenzwirtschaft" vom Hunger bedroht. An diesen drei Stellen hatte 1961 die koloniale Unterdrückung eine Schwelle erreicht, an der kollektive Reaktionen - begünstigt durch die (reale oder scheinbare) Entkolonisierung im restlichen Afrika - unausweichlich wurden. Die weitgehende Isolierung der Tributärsysteme untereinander, die meist nur innerhalb derselben ethnisch-kulturellen Gruppe ohne größere

---

d.h. die Interaktion zwischen afrikanischen Gesellschaften unterbindet oder doch weitgehend einschränkt. Der Ausdruck "tributär" wird in Analogie zu Samir Amin zur Kennzeichnung eines "Zustandes verwandt, in dem - direkt oder über Mechanismen" ungleichen Austauschs" - eine Gesellschaft die andere systematisch "anzapft".(Vgl. dazu den Wortgebrauch bei Samir Amin, in: "Der ungleiche Austausch" (Hamburg 1975)

27) Dieser Teil der Kolonialgeschichte, der sich speziell auf die Jahrzehnte vor 1961 bezieht, ist vergleichsweise am besten bekannt und am häufigsten beschrieben. Vgl. etwa Projektgruppe Afrika, Der revolutionäre Befreiungskrieg in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique (Berlin 1969³) und Eduardo de Sousa Ferreira, Portuguese Colonialism in Africa, The End of an Era (Paris 1974).

28) Im Gegensatz etwa zu Mozambique stammten die portugiesischen Einwanderer in Angola ganz überwiegend aus der ärmeren, zum Teil der extrem armen und ungebildeten Bevölkerung. Vgl. etwa Gerald J. Bender und P. Stanley Yoder, "Whites in Angola on the Eve of Independence: The Politics of Numbers", Africa Today, 21(4) 1974, S. 23-37.

Schwierigkeiten zu überwinden war, stand jedoch einer rasch übergreifenden Solidarisierung entgegen. Den urbanisierten Afrikanern fiel in dieser Situation eine Klammerfunktion zu, da sie im Prinzip Möglichkeiten des Kontakts mit verschiedenen Tributärsystemen hatten. Diese Funktion auszuüben wurde ihnen jedoch durch den Umstand erschwert, daß in jeder Stadt jeweils eine der großen ethnisch-kulturellen Gruppen die ganz überwiegende Mehrheit hat (29). Die gesellschaftliche Segmentierung wurde infolgedessen zu einem der wesentlichen Umstände, aus denen die Widerstandsbewegungen nicht zum Zusammenschluß kamen und ihre militärische Operationsbasis fast völlig auf einige Tributärsysteme in den Randzonen des Landes begrenzt blieb, während die übrigen Tributärsysteme sich ruhig verhielten und das Zentralsystem in seinem Funktionieren praktisch in keinem Augenblick ernsthaft gestört wurde.

Die Aktivitäten der Widerstandsbewegungen haben aus diesem Grund während ihrer dreizehnjährigen Dauer unmittelbar keine Änderung der grundlegenden Gesellschaftsstruktur Angolas bewirkt. Wohl aber haben sie Portugal zu Gegenaktionen veranlaßt, die - wie bereits angedeutet - eine Vielzahl von Verschiebungen im sozialen Gefüge hervorriefen und Prozesse einleiteten, die noch einschneidendere Veränderungen vorbereiteten.

Ausgangspunkt war der Entschluß Portugals, alles daranzusetzen, um eine Entkolonisierung zu vermeiden. Zu dieser Haltung kam es, weil Lissabon völlig zu Recht der Ansicht war, daß die eigene Unterentwickeltheit es Portugal unmöglich machte, nach dem Beispiel anderer Metropolen seine bisherigen Kolonien in einen Zustand "neokolonialer Abhängigkeit" zu überführen (30). Man war sich darüber im klaren, daß man in diesen Ländern nach deren Unabhängigkeit einem Konkurrenzkampf mit den anderen Metropolen ausgesetzt wäre und dabei unvermeidlich ins Hintertreffen geraten würde. Gleichzeitig hielt man es für aussichtslos, Positionsverluste in diesen Gebieten durch ein Eindringen in Domänen anderer Metropolen wettzumachen. Da also das Salazarregime keine Chance sah, den "veralteten" Mechanismus kolonialer Herrschaft zugunsten "modernerer" Formen des "ungleichen Austauschs" aufzugeben, unternahm es aus seiner Neigung zur Unbeweglichkeit einen großangelegten Versuch, den Status quo festzuschreiben.

Zu diesem Zweck wandte es eine Art "Vorwärtsverteidigung" an, die auf mehreren Ebenen einsetzte.

Zunächst sicherte man das Territorium militärisch, polizeilich und administrativ ab. Begünstigt durch die Gespaltenheit der Widerstandsbewegungen erreichte man, daß diese in ihren militärischen Aktivitäten sehr stark begrenzt blieben und - nach der Rückeroberung des Nordens nach 1961 und später der Eindämmung der Offensive aus dem Osten - nur noch lokalisiert und fast ausnahmslos marginal die Kolonialsituation aufzubrechen vermochten. Die aus militärischen Überlegungen unternommenen, sehr weitreichenden Umsiedlungsaktionen verschiedenen Typs erschütterten allerdings einen Teil der Tributärsysteme erheblich und schufen ein "unrest potential", das unter Umständen Situationen hätte schaffen können, die militärisch nicht mehr zu bewältigen gewesen wären (31); mehr aufgrund der Schwäche der Bewegungen als wegen der kompensatorischen sozialen Maßnahmen der Portugiesen ist es jedoch nur ansatzweise dazu gekommen. Die Widerstandsgruppen im Zentralsystem selbst schließlich konnten zwar nicht zerschlagen, wohl aber in ihren Wirkungsmöglichkeiten weitgehend gelähmt werden.

Daneben stellte man Portugal das Leitbild einer rassisch und sozial integrierten Gesellschaft auf und traf eine Reihe von Maßnahmen, die den ernsten Willen zur Verwirklichung dieses Leitbilds beweisen sollten. Vor allem hob man das "Eingeborenensta-

---

29) Ein gewaltsamer Widerstand im Zentralsystem, also praktisch eine Stadtguerilla, hätte aufgrund der vorausschaubaren Reaktion der weißen Bevölkerung zu großen Opfer unter den afrikanischen Bevölkerung geführt und wurde nur von einer dissidenten Gruppe der MPLA ernsthaft erwogen.

30) Der Begriff "neokoloniale Abhängigkeit" bezeichnet ausschließlich Situationen, in denen eine Metropole ihre ehemaligen Kolonien auch nach deren politischer Unabhängigkeit in ausschließlicher oder weitgehender wirtschaftlicher und/oder kultureller Abhängigkeit hält. Andere Formen von Abhängigkeit sollten der Klarheit wegen nicht mit diesem, sondern mit spezifischen Begriffen belegt werden.

31) Vgl. Gerald J. Bender, "The Limits of Counterinsurgency: An African Case", Comparative Politics, 4(3) 1972, S. 331-360, deutsch als Portugiesische Siedlungspolitik in Angola, Die Grenzen der Counterinsurgency (Bonn, Informationsstelle südliches Afrika, 1974). - "Unrest potential" bezeichnet einen - wie immer verursachten - Zustand latenter Spannung innerhalb einer sozialen Gruppe, der sich in der unterschiedlichsten Weise entladen, aber auch wieder auflösen kann. In Afrika haben sich hieraus Reaktionen passiven und aktiven Widerstands gegen die Kolonialherrschaft, gelegentlich aber auch der Massenzuflucht zu religiösen Bewegungen ergeben.

tut" auf, erklärte alle Bewohner Angolas zu portugiesischen Staatsbürgern und schaffte damit die legale Trennung zwischen Zentralsystem und Tributärsystemen sowie zwischen "Kern" und "Peripherie" des Zentralsystems ab. Verstärkt wurde diese Maßnahme durch eine neue Arbeitsgesetzgebung und deren Durchführungskontrolle mit Hilfe von Arbeitsamt und Arbeitsgerichten, durch die Reform und Expansion des Erziehungswesens u.a.m. Einerseits schaffte man also eine Reihe extremer Formen der Ausbeutung und Unterdrückung in spürbarem Maße ab (32), andererseits eröffnete man deutlich stärkere Möglichkeiten individueller "Mobilität" - in das Zentralsystem hinein und in diesem "aufwärts".

Schließlich bemühte man sich, durch infrastrukturelle, finanzpolitische und andere Förderungsmaßnahmen die Wirtschaftsentwicklung des Zentralsystems beschleunigt voranzutreiben. Dies gelang - nicht zuletzt aufgrund der Erdölfunde und steigender Investitionen seitens des ausländischen Kapitals - in einer Weise, die die Erwartungen bei den Portugiesen selbst weit übertraf.

Als Folge dieser vielschichtigen Strategie war der hervorstechende Zug der letzten Phase der Kolonialzeit in Angola eine erhebliche Expansion des Zentralsystems (33). Dies bedeutete gleichzeitig eine beträchtliche Diversifizierung der Kolonialwirtschaft, die den Interessen der Metropole nicht mehr in allen Stücken entsprach, sondern von dieser zum Teil unter dem Druck der Umstände den ausländischen Investoren und dem Zentralsystem selbst zugestanden werden mußte. Der Diversifizierungsprozeß lief weiterhin in den Gleisen einer abhängigen Entwicklung, war aber etwas weniger unausgeglichen als vorher. Daraus wiederum ergab sich eine deutlich steigende Fähigkeit des Zentralsystems zur Selbstregulierung, die sich in erster Linie in einer wachsenden Fähigkeit niederschlug, die eigenen Interessen gegenüber denen der strukturschwachen Metropole durchzusetzen.

Diese ökonomischen Verschiebungen hatten naturgemäß starke Auswirkungen auf die soziale Struktur des Zentralsystems. In dessen "Kern" floß ein etwa gleich großes Kontingent metropolitaner Portugiesen ein wie im Jahrzehnt vorher, und zwar dergestalt, daß sich zusammen mit dem natürlichen Wachstum eine strukturelle Konsolidierung des weißen Bevölkerungsanteils ergab (34). Gleichzeitig nahm jedoch der Anteil der Afrikaner am Zentralsystem erneut zu und machte dort ab etwa 1970 zusammen mit den Mischlingen mehr als das Doppelte der europäischen Bevölkerung aus. Die rassische Zusammensetzung des Zentralsystems wurde jedoch in ihrer Bedeutung zumindest ansatzweise überlagert von einer immer stärker differenzierten Sozialschichtung, die klar nach dem Muster einer "abhängigen Klassengesellschaft" angelegt ist (35). An der Spitze der Sozialpyramide, die gleichzeitig den "harten Kern" des Zentralsystems darstellt, gab es zwar weiterhin fast ausschließlich Europäer, und das Proletariat bestand zu über 90 % aus Afrikanern. Die Expansion seit 1961 hatte jedoch zu einem anteilsmäßig besonders starken Anwachsen der Zwischenschichten unter Einbeziehung einer sprunghaft steigenden Zahl von Afrikanern geführt, so daß in diesem Bereich - der in Angola wie anderswo einen ausgesprochenen "Signalwert" besitzt - rassische Zugehörigkeit und

---

32) Eine 1970 durchgeführte Umfrage ergab, daß rund 40 % der Familienoberhäupter unter der afrikanischen Agrarbevölkerung die Abschaffung der Zwangsarbeit für das wichtigste Ereignis der letzten Zeit hielten. Vgl. Franz-Wilhelm Heimer "Educação e sociedade nas áreas rurais de Angola" (Luanda, Missão de Inquéritos Agrícolas de Angola, 1972, hekt.).

33) Für das Anwachsen des Zentralsystems ist das Wachstum der Stadtbevölkerung ein guter Indikator. Machte diese 1940 3,4 % der Gesamtbevölkerung Angolas aus, so betrug ihr Anteil 1970 bereits 14,9 %. Vgl. José Manuel Zenha Rella, "A distribuição espacial da população e o planeamento regional", Reordenamento, 33, 1974, S. 3-8 und 37-40. Insgesamt dürfte sich heute die Bevölkerung im Zentralsystem auf etwa 1,5 Mio. (von insgesamt wahrscheinlich 6 Mio.) belaufen.

34) Vor allem das Zahlenverhältnis der Geschlechter, aber auch die Alterspyramide weisen heute nicht mehr die Verzerrungen auf, wie noch Anfang der sechziger Jahre.

35) Ausdruck und Begriff werden in Anlehnung an den brasilianischen Soziologen Florestan Fernandes verwandt; vgl. dessen Capitalismo dependente e classes sociais na América Latina (Rio de Janeiro 1973). Angesprochen sind zwei Aspekte. Einmal ist der innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse der Metropolen und zu deren Charakterisierung entwickelte Begriff der Klasse auf die peripheren Gesellschaften oft nur analog anzuwenden. Zum anderen ist in Fällen analoger Anwendung des Klassenbegriffs in der Regel in Rechnung zu stellen, daß das "Klassenspektrum" an der Peripherie notwendigerweise anders ist als in den Metropolen.

36) Relativ verschont blieben lediglich die Hirtenbauern des Südens und Südostens, die jedoch mit etwa einer halben Million unter der Bevölkerung der Tributärsysteme nur eine Minderheit ausmachen.

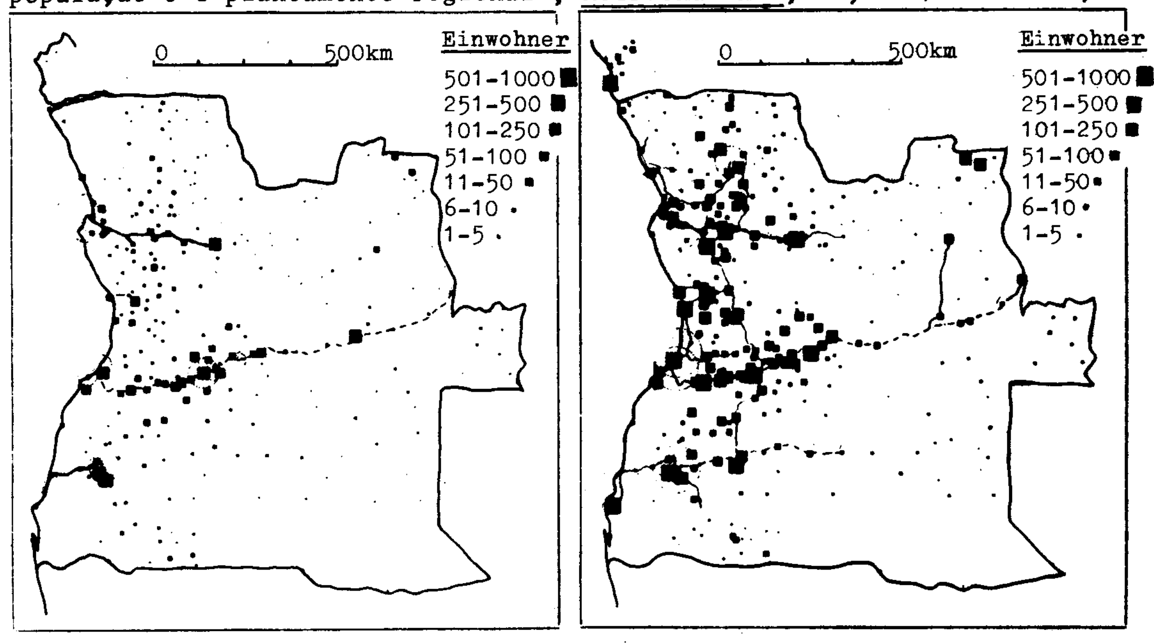
ökonomischer Status nicht mehr zusammenfielen.

Voraussetzung und Folge dieser ganzen Entwicklung war eine beschleunigte Zersetzung der meisten Tributärsysteme (36). Durch sein Vordringen engte das Zentralsystem deren ökologische Existenzgrundlage ständig ein, während ihre Bevölkerung gleichzeitig stark zunahm. Auf diese Weise "mobilisierte" es die Arbeitskräfte, die es für seine eigene Expansion brauchte.

einem Zustand zuzuführen, in dem sie auch das Bewußtsein einer ethnisch-kulturellen Selbstidentität verloren hätten.

Damit war eine Entwicklung eingeleitet, deren Verlauf man sich anhand der Situation einiger lateinamerikanischer Länder verdeutlichen kann. Als Ergebnis eines zweifellos sehr lange dauernden Prozesses wären die Tributärsysteme zu "unterentwickelten Gebieten" innerhalb einer Gesamtgesell-

Verteilung der weißen Bevölkerung in Angola nach den Volkszählungen von 194o (links) und 196o (rechts) als Verdeutlichung der Expansion des Zentralsystems. (nach : J.M. Zenha Rella, "A. distribuiçao espacial da populaçao e o planeamento regional", Reordenamento, 33, Mai/Juni 1974,S.6



Durch eine Politik der "selektiven Nachfrage" nach Produkten aus den Tributärsystemen (37) zwang es diese zudem, sich immer stärker an die Zentralwirtschaft anzugliedern und die Rolle der Zulieferer von Agrarprodukten zum Verbrauch und/oder Export zu übernehmen - was sich unvermeidlich in einer strukturellen Rückentwicklung der tributären Ökonomien auswirkte (38). Diese beiden Hauptstoßrichtungen wurden durch "flankierende Maßnahmen" ergänzt, von denen besonders der Einsatz des Schulwesens zum Zweck kultureller Entfremdung ins Auge fiel. Die Tendenz lief letztlich darauf hinaus, einen generellen Zerfall der Tributärsysteme zu erzeugen, deren Grenzen zu verwischen und sie langfristig

schaft umfunktioniert worden, die ihnen eine Art "marginaler Integration" hätte angedeihen lassen. Während einer Übergangszeit wären einige von ihnen kulturell und wirtschaftlich noch nicht voll "assimiliert" worden, wie das gegenwärtig für Teile der Indianerbevölkerung Mexikos oder auch Perus zutrifft. In einem späteren Stadium wäre vermutlich ein Zustand erreicht worden wie im heutigen Brasilien (ausschließlich der Indianerreservate im Amazonasgebiet): eine Mischgesellschaft, in der ethnisch-kulturelle Gruppenidentitäten sehr weitgehend verblaßt sind und nur noch eine geringe Bedeutung haben, die sich aber neben einer ausgeprägten Klassenstruktur durch starke regiona-

---

37) Viel stärker als durch den gelegentlichen administrativen Zwang zum Anbau bestimmter Agrarprodukte wurden die Tributärsysteme durch die Tatsache belastet, daß der Markt des Zentralsystems "natürlich" nur für bestimmte, je nach Bedarf wechselnde Produkte offen stand und die Tributärsysteme dadurch in ihrer ganzen Produktionsweise zur "abhängigen Anpassung" zwang.

38) Wie sich das Zusammenwirken dieser beiden "komplementären" Prozesse niederschlägt, wird für den Fall der Ovibundu, des größten afrikanischen Volkes in Angola, dramatisch verdeutlicht durch die Studien von Hermann Pössinger, "Interrelations Between Economic and Social Change in Rural Africa: The Case of the Ovimbundu of Angola" und von Jorge Vieira da Silva & Júlio Artur de Morais, "Ecological Conditions of Social Change in the Central Highlands of Angola", in: F.W. Heimer (Hrsg.), a.a.O., S. 31-52 bzw. 93-109.

le Ungleichheiten auszeichnet. In beiden Fällen (oder Phasen) handelt es sich also um Wirtschaftsstrukturen, auf die in Lateinamerika bezeichnenderweise der Begriff des "internen Kolonialismus" angewandt wird.

Zu betonen ist jedoch, daß in Angola gegenwärtig die Tributärsysteme insgesamt noch ein gutes Stück davon entfernt sind, in einer Gesamtgesellschaft aufzugehen. Sie haben nicht nur ihre kulturelle Identität zumindest im Sinne der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethno-linguistischen Großgruppe bewahrt (39), sondern auch jedesmal, wenn sie dazu die Möglichkeit erhielten, unter Beweis gestellt, daß sie in der Lage sind, ihre Fähigkeit zur Selbstregulierung bei Wegfall der äußeren Zwänge relativ schnell zurückzugewinnen und im selben Maße ihre Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen (40).

IV. Alternativen der Entkolonisierung in Angola

Angesichts des aufgezeigten Strukturmusters stellt sich die Frage, wohin sich diese gesellschaftlichen Verhältnisse nach der Entlassung Angolas aus der portugiesischen Kolonialherrschaft entwickeln können. Es scheinen hier vier gesellschaftspolitische Grundmodelle unterscheidbar, die im folgenden umrissen werden sollen.

Modell I bestünde in politischer Unabhängigkeit bei gleichzeitiger voller Beibehaltung der bisherigen gesellschaftlichen Grundstruktur, einschließlich des weißen Privilegs auf den "Kern" des Zentralsystems und die Absicherung dieses Privilegs durch ein Herrschaftsmonopol der Weißen.

Eine solche Entwicklung entspräche der von Rhodesien bislang versuchten Lösung. Genau wie dort nach dem Ausscheiden aus dem britischen Kolonialreich müßten konsequenterweise auch in Angola die während des letzten Jahrzehntes eingeleiteten Aufweichungen der Rassengrenzen (also der Grenzen innerhalb des Zentralsystems und zwischen diesem und den Tributärsystemen) rückgängig gemacht werden.

Es scheint nützlich, nicht zu vergessen, daß nach April 1974 ernsthafte Absichten und auch gewisse Chancen bestanden, dieses Modell (wahrscheinlich in einer etwas "milderen" Form) durchzusetzen. Wenn diese Tendenzen keinen Erfolg gehabt haben, so hatte dies verschiedene Gründe. Einerseits hätte ein ganz offenkundiges Festschreiben sämtlicher gesellschaftlicher Verzerrungen aus der Kolonialzeit heftige Reaktionen der Afrikaner und zumindest von Teilen des portugiesischen Militärs hervorgerufen; schon aus diesem Grunde wäre es von vorneherein auf den energischen Widerstand der auf eine rasche und glatte Lösung bedachten portugiesischen Regierung getroffen. Andererseits kam jedoch hinzu, daß beim gegenwärtigen Stand der Weltwirtschaft auch auf eine Unterstützung von seiten anderer Metropolen (und/oder der übernationalen Unternehmen) nicht gerechnet werden konnte, da diese im Zweifelsfall "nicht-mobilisierte" Gesellschaften heute als ebensowenig zweckmäßig betrachten wie eine Belastung ihrer Aktivitäten durch zu hohe "politische Kosten" (d.h. Gewinneinbußen aufgrund politischer Probleme).

Modell II bestünde in einer Weiterentwicklung der gegenwärtigen Struktur in der Richtung, die bereits seit mehr als einem Jahrzehnt eingeschlagen wurde. Das hieße also Aufrechterhaltung und Ausbau des Zentralsystems "an der Peripherie des Weltwirtschaftssystems" und eine klare Entscheidung für eine "diversifizierte Abhängigkeit". Damit würde sich das Zentralsystem auf eine immer ausgeprägtere Klassenstruktur hin entwickeln, wobei die rassische Frage eine zunehmend untergeordnete Bedeutung erhielte: die anteilmäßige Verteilung von Afrikanern, Mischlingen und Weißen in den verschiedenen Schichten des Zentralsystems wäre im Rahmen dieses Modells beliebig und würde seine grundsätzliche Anwendbarkeit nicht berühren (41). Die Tributärsysteme würden jedenfalls weiterhin in den Dienst des Zentralsystems genommen, also in aller Regel in Unterentwicklung gehalten und der noch vorhandenen Eigenständigkeit schrittweise entkleidet.

Vielen von denen, die sich gegenwärtig im "Kern" oder auch in den Zwischenschichten des Zentralsystems befinden, erscheint dieses System als die beste, ja als die einzige "normale" Lösung. Die jüngste Entwicklung

---

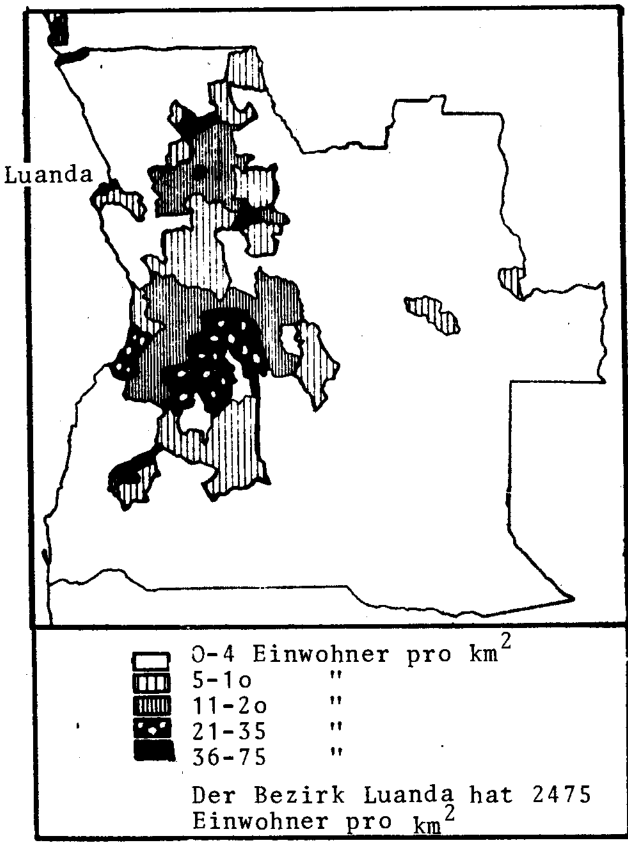
39) Mehr als zwei Drittel der afrikanischen "Tributärbevölkerung" sprechen kein Portugiesisch, und nur etwa 5 % beherrschen diese Sprache einigermaßen fließend. Vgl. Franz-Wilhelm Heimer, "Educação e sociedade..." (a.a.O.).

40) Dies ist unter den unterschiedlichsten Umständen zu beobachten, etwa bei einigen Kleingesellschaften des Ostens, die von den Widerstandsbewegungen der portugiesischen Kontrolle entzogen wurden, und bei denjenigen Segmenten der Ovimbundu, denen die Missão de Extensão Rural de Angola in den letzten Jahren einen gewissen Raum zur Selbstartikulierung freigekämpft und -gehalten hat.

41) Das Beispiel anderer afrikanischer Länder zeigt, daß dieses Modell sehr wohl auch ohne Existenz eines weißen Bevölkerungsanteils funktionieren kann. Vgl. etwa Heribert Weiland, a.a.O.

des Zentralsystems, aus der ihnen handgreifliche Vorteile zugeflossen sind, bringen sie zu Recht mit dem Abbau der einseitigen Abhängigkeit von Portugal in Verbindung; von einer konsequent vielseitigen (anstelle der bisher vorwiegend einseitigen) Abhängigkeit erwarten sie - ebenfalls zu Recht - die Möglichkeit, bessere "Austauschbedingungen" für die angolanische Produktion auszuhandeln (42) - und damit so etwas wie "goldene Zeiten" für sich selbst. Häufig ist dabei mitgedacht, daß auch die Peripherie des Zentralsystems aus einer solchen Entwicklung Nutzen zieht, doch erscheint es innerhalb dieser Vorstellungswelt als "natürlich", daß eine ausgeprägte soziale Schichtung weiter bestehen bleibt, die Verteilung der Vorteile also nach einem sehr differenzierten Schlüssel erfolgt. Da man über die Grenze des Zentralsystems in aller Regel nicht hinaussieht und Tributärsysteme (einschließlich ihrer Funktion für das Zentralsystem) nicht oder nur unscharf wahrnimmt (oder aber diese Perzeption verdrängt), ist man geneigt, die Interessen des Zentralsystems für die ganz Angolas zu nehmen. Allenfalls hält man es für sinnvoll und denkbar, die Tributärsysteme sozusagen stückweise aus ihrer "Schattenexistenz" herauszuholen und in das Zentralsystem einzugliedern, selbstverständlich in dem Maße, in dem das dessen Interessen entspricht. Derartige Vorstellungen dürften nur bei wenigen ausdrücklich und bewußt bestehen - allenfalls bei einer Reihe von "klarsichtigen" Unternehmern wie bei deren Partnern in Portugal und anderen Metropolen (USA, Großbritannien, BRD, Frankreich, Japan, u.a.m.). Die Konzeption von Entwicklungspolitik und -strategien, die in diesen Gesellschaftsbereichen bestehen und nunmehr den mehrheitlich in den Widerstandsbewegungen artikulierten afrikanischen "Gegeneliten" vorgeschlagen werden, orientieren sich jedoch unausgesprochen zum großen Teil an einem solchen Modell. Solche Konzeptionen haben um so mehr Überzeugungskraft, als sie ja auf die Empfehlung hinauslaufen, die Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte gemäß ihrer "eigenen Dynamik" weiterzuführen. Das Schlagwort "Angola não pode parar" (Angola darf nicht stehenbleiben) beinhaltet im Grunde die Forderung, die "Eigendynamik" zu respektieren, mit der man es schon jetzt so herrlich weit gebracht habe; sie enthält darüber hinaus das Angebot, dafür zu sorgen, daß alles "normal weiterlaufe" und noch besser werde, falls man dafür nur von den "neuen Machthabern" die erforderliche Unterstützung erhalte. Schmackhaft gemacht wird den afrikanischen Eliten diese Lösung nicht nur durch diskrete Hinweise darauf, daß sie persönlich an deren Vorteile massiv teilhaben würden, sondern auch mit Hilfe von Entwicklungs- und Modernisierungsideologien, wie sie ja in vielen Ländern zur Verdeckung der tatsächlichen Vorgänge eingesetzt werden (43).

<u>Bevölkerungsdichte Angolas pro Bezirk (Unterdistrikt) nach der Volkszählung von 197o</u>
nach: J. M. Zenha Rella, "A distribuição espacial da população e o planeamento regional", <u>Reordenamento</u>, 33, Mai/Juni 1974, S.6



Aufgrund der ausgesprochenen Verschiedenartigkeit der afrikanischen Eliten Angolas ist zur Zeit nicht zu sagen, ob ein größerer Teil von ihnen für diese ideologisch-materielle Verführung anfällig ist. Wäre dies der Fall, so würde sich die Möglichkeit abzeichnen, daß es zu einer völligen Integration größerer Anteile von Afrikanern (und wahrscheinlich der gesamten Gruppe der Mischlinge) in "Kern" und Zwischenschichten des Zentralsystems käme und dadurch die seit 1961 eingeleitete Umgestaltung dieses Systems beschleunigt zu Ende geführt würde. Ein solcher Integrationsvorgang würde zwar ein originelles und faszinierendes Phänomen darstellen, an den Verzerrungen im gesamtgesellschaftlichen Grundmuster Angolas je-

---

42) Selbstverständlich wird hier daran gedacht, sich der Organisation der erdölexportierenden Länder anzuschließen und sich die starke Position dieses "gewerkschaftlichen" Verbunds zunutze zu machen.

43) Ein Vorbild, das sich in diesem Zusammenhang Angola besonders anbietet, ist das Brasiliens seit 1964.

doch nichts Entscheidendes ändern. Das seit Mitte der sechziger Jahre unter den Angolaportugiesen zirkulierende Wort, man müsse eigentlich ein "Monumento ao terrorista" (Denkmal für die - offiziell immer als "Terroristen" bezeichneten - Guerillakämpfer) errichten aus Dank für den durch den Aufstand ausgelösten Aufschwung des Landes, erhielte so eine makabre Bedeutung: die beiderseits aufgebrachten erheblichen sozialen Kosten des Krieges hätten dann lediglich dazu geführt, einen innerhalb des internationalen Systems inzwischen archaisch gewordenen Zustand zu beseitigen, eine "zeitgemäße" Form der peripheren Einpassung Angolas in das Weltwirtschaftssystem herbeizuführen und in Angola bei Aufrechterhaltung der "strukturellen Heterogenität" den privilegierten Teil der Gesellschaft durch die "Hereinnahme" eines mehr oder weniger großen Anteils von Afrikanern etwas zu vergrößern (44).

Modell III unterscheidet sich von den beiden bisher skizzierten dadurch, daß die augenblicklich bestehende "strukturelle Heterogenität" des Landes gesehen und ihre Überwindung in Richtung auf eine "homogen integrierte" Gesellschaft gefordert wird. Mit den Modellen I und II hat es jedoch gemeinsam, daß man die Aufrechterhaltung der "abhängig kapitalistischen" Produktionsweise für die einzig denkbare Modalität hält. Der geforderte Prozeß gesamtgesellschaftlicher Integration erscheint damit konsequenterweise als eine Ausbreitung des Zentralsystems auf ganz Angola - oder umgekehrt, eine Hereinnahme der Tributärsysteme in dieses System. Der "Kern" des Zentralsystems erhält infolgedessen die Rolle eines "Motors" für die Durchsetzung des Gesamtmodells. Dies wiederum führt zu Konzepten gesellschaftspolitischer Strategien, bei denen eine "konsequente Weiterentwicklung" des Zentralsystems in der bereits eingeschlagenen Richtung als Vorbedingung für alle weiteren Schritte betrachtet wird und damit höchste Priorität erhält. Gleichzeitig kommen jedoch auch Maßnahmen in Vorschlag, die auf eine "soziale Besserstellung" der Peripherie des Zentralsystems und eine "Strukturhilfe" für die "unterentwickelte Landbevölkerung" hinauslaufen. Natürlich wird in diesem Rahmen noch konsequenter als bei Modell II die Forderung nach sozialer Mobilität erhoben, wobei vor allem eine Aufhebung jeglicher "Positionsprivilegien" für den "Volksstamm" der Angolaportugiesen mitgedacht ist (45).

Vorstellungen solcher Art sind seit April 1974 in erster Linie von Angehörigen des Zentralsystems formuliert worden, die aufgrund ihrer Funktionen, persönlichen Erfahrungen und/oder ideologischen (nicht selten religiösen) Motivierung einen Blick für die "sozial Unterprivilegierten" innerhalb und/oder außerhalb des Zentralsystems bekommen haben. Sie sind allerdings nur ganz selten einigermaßen klar artikuliert und gehen wohl in keinem Fall von einer kritischen Reflektion zum strukturellen Charakter der Unterentwicklung Angolas und dessen Außenbestimmtheit aus. Die Äußerungen einiger Vertreter angolanischer Widerstandsbewegungen könnten ihrem Wortlaut nach ebenfalls in die Richtung dieses Modells zielen, doch sind Grundlage und Bezugsrahmen solcher Stellungnahmen einstweilen nicht klar auszumachen.

Damit ist an das Modell vor allem die Frage seiner Durchsetzbarkeit zu stellen. Das Zentralproblem liegt ja in der Tatsache, daß die "abhängig kapitalistische" Produktionsweise ein Strukturprinzip des Zentralsystems

---

44) Es ergibt sich hier eine gewisse Parallele zu Portugal selbst. Die Belastung durch die Kolonialkriege hat dort zum Zusammenbruch eines Systems geführt, das ein beträchtliches Maß an wirtschaftlicher und ideologischer "Abschottung" gegenüber dem internationalen System praktizierte, um - nach seinen Vorstellungen - die Sanierung eines relativ unterentwickelten Landes zu betreiben. Im Verlauf dieses Experimentes hatte, wie bereits angedeutet, in der portugiesischen Wirtschaft derjenige Teil ein Übergewicht erhalten, der sich auf eine konsequente Integration in Europa, damit also in das Weltwirtschaftssystem orientierte. Von diesem ist daher der Umbruch in Portugal grundsätzlich begrüßt worden. Kommt es nun tatsächlich zu einer rein "adaptativen" Integration in den Weltmarkt, so ist der erste Nutznießer der hohen sozialen Kosten, die Portugal für die Kolonialkriege aufgebracht hat, das "Kartell der Metropolen". Portugal würde damit allerdings im Grunde nichts weiter als eine Tradition fortsetzen, die seit Beginn seiner kolonialen Expansion datiert.

45) Aus den Reihen der Angolaportugiesen selbst ist das Argument ins Gespräch gebracht worden, daß sie zahlenmäßig - nach den Ovimbundu und den Akwambundu - die dritte oder (falls die Bakongo nach einer massiven Rückwanderung der Flüchtlinge aus dem Zaire wieder auf mehr als eine halbe Million kommen) vierte Ethnie darstellen. Ob die zugrunde gelegten Zahlenschätzungen stimmen, erscheint allerdings außerordentlich fraglich. Die bisherige Auszählung der Volkszählungsergebnisse von 1970 führt zum Schluß, daß die Weißen in Angola nicht viel mehr als 300.000 ausmachen. Vgl. Direcção Provincial dos Serviços de Estatística, Informações Estatisticas 1973 (Luanda 1974), S. 7 f. Diese Zahl aber wird mit Sicherheit nicht nur von den Ovimbundu, Akwambundu und Bakongo übertroffen, sondern auch von den Balunda-Batshokwe und den Vangangela.

darstellt und dieses damit von seiner Konstitution her auf Außenbestimmtheit, interne Schichtung und "Nutzbarmachung" der Tributärsysteme festgelegt ist. Eine echte gesamtgesellschaftliche Integration kann jedoch nur erreicht werden, falls die Außenbestimmtheit abgebaut und damit ein Freiraum für eine autozentrische Entwicklung geschaffen wird - eine Entwicklung also, die in einer ausgeglichenen, nicht abhängigkeitsverzerrten Diversifizierung bestünde und zu einer "Reife" in der Fähigkeit zur Selbstregulierung führen würde (46).

Selbstverständlich kann nun, wie bereits bei der Diskussion von Modell II angedeutet, das Zentralsystem auch in seiner augenblicklichen Verfaßtheit in Zukunft vorteilhaftere Austauschbedingungen mit den Metropolen aushandeln, doch würde der dadurch gewonnene zusätzliche Bewegungsspielraum unvermeidlich eine Konsolidierung des Zentralsystems auf der Grundlage seines grundlegenden Strukturprinzips bewirken (47). Das bedeutet jedoch, daß die "Systemzwänge" jeden Versuch, ein Gesellschaftsprojekt von der Art des Modells III zu verwirklichen, in Richtung auf Modell II abfälschen würden.

Modell IV zielt, wie Modell III, auf eine echt integrierte Gesamtgesellschaft ab. Es geht jedoch davon aus, daß diese nur dann zu verwirklichen ist, wenn die Abhängigkeit des Zentralsystems vom "Kartell der Metropolen" und der Tributärsysteme vom Zentralsystem abgebaut und so für ganz Angola die wesentlichen Vorbedingungen einer autozentrischen Entwicklung geschaffen werden. Es beinhaltet weiterhin, daß zu diesem Zweck die bisherige Produktionsweise nicht nur des Zentralsystems, sondern auch der meisten Tributärsysteme eine einschneidende Änderung erfahren muß. Wesentlicher Bestandteil des Modells ist schließlich, daß die konkrete(n) Produktionsweise(n) und Formen gesellschaftlicher Organisation, mithilfe derer in Angola autozentrische Entwicklung zu verwirklichen ist, nicht im vorhinein festgelegt werden; es wird vielmehr gefordert, sie auf dem Wege über einen "gesellschaftlichen Lernprozeß" zu erarbeiten.

Vorstellungen dieser Art finden sich bei denjenigen bisherigen "Gegeneliten" in den Widerstandsbewegungen, die Anschluß an die internationale entwicklungstheoretische Diskussion gefunden und Erfahrungen anderer, vor allem afrikanischer Länder kritisch verwertet haben. Auch eine Reihe von Angolaportugiesen sind aufgrund unterschiedlicher Anstöße zu einem ähnlichen Reflexionsstand gekommen. Die von diesen Kreisen in der zweiten Jahreshälfte 1974 ausgelöste entwicklungspolitische Diskussion hat durch den jüngsten Vortragsbesuch von Samir Amin weiteren Auftrieb erhalten, doch läßt sich im Augenblick noch nicht absehen, welches Gewicht sie unter den Bedingungen des Konkurrenzkampfes zwischen den Bewegungen im Prozeß der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung erhalten wird.

Dies wird nicht zuletzt davon abhängen, ob bzw. wie schnell außerhalb Angolas entwickelte Ansätze von einer differenzierten Kenntnis der Realitäten dieses Landes aus neu überdacht werden. Die Versuchung, die Diskussion auf fertig importierte Zielvorstellungen zu konzentrieren, ist zweifellos vorhanden und bringt für diese ganze Denkrichtung die Gefahr der Sterilität und Wirkungslosigkeit mit sich. Ansätze zu einer Überwindung der Gefahr ergeben sich aus der Strategiediskussion, bei der es zentral um die Frage geht, von welcher sozialen Basis aus ein Versuch zur Herstellung der Vorbedingungen autozentrischer Entwicklung mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden kann.

Innerhalb des oben umrissenen Personenkreises neigen von denjenigen, deren persönliche Kenntnisse Angolas auf das Zentralsystem beschränkt geblieben sind und die auch in anderen afrikanischen Ländern keine Gelegenheit zu einem Einblick in Tributärsysteme erhalten haben, die meisten naturgemäß dazu, das Zentralsystem für den einzig denkbaren Ausgangspunkt eines Prozesses gesamtgesellschaftlichen Wandels zu halten. "Übersetzt" läuft dies darauf hinaus, vom Zentralsystem zu verlangen, sein grundlegendes Strukturprinzip aufzugeben, sich sozusagen von innen heraus umzuwandeln und dabei die Tributärsysteme mitzuziehen. Denkt man auf diesem Wege weiter, so stößt man sehr bald darauf, daß es illusorisch wäre zu erwarten, "Kern" und Zwischenschichten des Zentralsystems könnten eine tragfähige soziale Basis für einen solchen Versuch darstellen. Diese Segmente verdanken ihre privilegierte Stellung innerhalb des angolanischen Gesellschaftsgefüges eben dessen nicht-

---

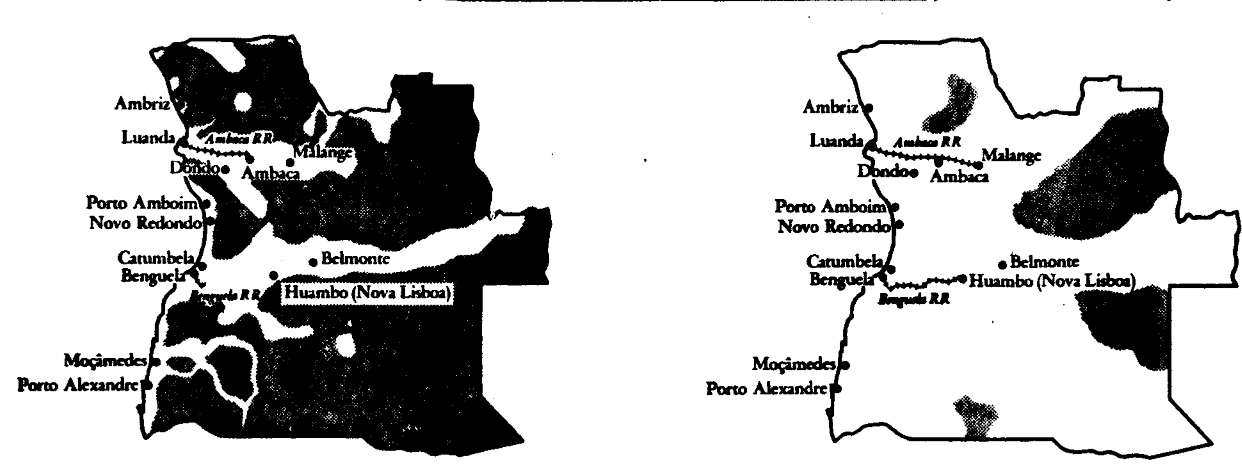
46) "Autozentrisch" wird hier in einem anderen Sinne gebraucht, als etwa bei Samir Amin, und wäre mit "selbstgesteuert" zu umschreiben.

47) Wenn es dabei zu einem "associated-dependent development" kommen würde, wie zur Zeit etwa in Brasilien, so würde das keineswegs eine Aufhebung, sondern nach der bisherigen Erfahrung sogar noch eine Verschärfung der "strukturellen Heterogenität" mit sich bringen. Vgl. u.a. Fernando Henrique Cardoso, "As contradições do desenvolvimento associado" (wiss. Mitteilung auf einer gemeinsamen Tagung CLACSO/CEISAL, Berlin 1973), engl. als "Associated-Dependent Development: Theoretical and Practical Implications", in: A. Stepan (Hrsg.), Authoritarian Brazil (New Haven 1973).

autozentrischer Struktur. Sie sind deshalb für die gängigen Rechtfertigungsideologien in hohem Maße anfällig und würden kaum in der Lage sein, etwas anderes als ein Weitermachen in der bisherigen Richtung als Entwicklung zu verstehen. Unabhängig von ihrer rassischen Zusammensetzung stellen also diese Segmente - in Angola wie in anderen Ländern - die gesellschaftliche Grundlage gerade für den Widerstand gegen jede Systemveränderung (mit Ausnahme von "modernisierender" Systemanpassung) dar.

daher mehr als zweifelhaft, ob diese Schichten für sich allein etwas anderes als einen teilweisen Abbau von Distributions- und Partizipationsverzerrungen innerhalb des Zentralsystems durchsetzen helfen würden. Es wäre vielmehr durchaus vorstellbar, daß sich der "Kern" des Zentralsystems der Peripherie durch Konzessionen zum Verbündeten bei der Verteidigung des heute gegebenen gesellschaftlichen Grundmusters macht.

Besetzung Angolas durch Portugal 1906 (links) und 1911 (rechts)
(vgl. dazu die Ausführungen in Teil III)
nach: R.J.Hammond, Portugal and Africa 1815 - 1910, Stanford 1966, S.274



■ Gebiete, die sich völlig oder überwiegend außerhalb portugiesischer Kontrolle befanden

Diese Erkenntnis hat bei manchen zu Vorschlägen und ersten Versuchen geführt, das Zentralsystem auf dem Wege über eine Mobilisierung seiner bisherigen Peripherie umzugestalten und es auf diese Weise zu befähigen, Motor einer autozentrischen Entwicklung ganz Angolas zu werden. Perzeption und Einstellung der peripheren Bevölkerung des Zentralsystems sind jedoch zutiefst geprägt von der Erfahrung sich rückentwickelnder Tributärsysteme, an der die meisten von ihnen noch persönlich teilgenommen haben und die sie zu einem Abwandern in ein völlig anderes System veranlaßt haben, von dem sie sich bessere Überlebenschancen und eine bessere "Lebensqualität" versprachen. Viele von ihnen halten zwar weiterhin Verbindung zu ihrer Heimatgesellschaft und hegen den Gedanken, dorthin unter Umständen auf Dauer oder auf Zeit zurückzukehren, und natürlich sind die meisten mit ihrer marginalen Situation im Zentralsystem und deren Folgen alles andere als zufrieden. Die kollektiven Wünsche und Bestrebungen dieser Schichten laufen jedoch eindeutig auf eine Besserstellung innerhalb des Zentralsystems heraus, dessen Strukturprinzip sie keineswegs infrage stellen, da sie es - ohne es zu durchschauen - als unvergleichlich leistungsfähiger als das der Tributärsysteme ansehen. Es ist

Die Konsequenz aus diesen Erkenntnissen ist aber, daß nicht das Zentralsystem, sondern die Tributärsysteme die Basis für eine Strategie darstellen müßten, die eine autozentrische Entwicklung und gesamtgesellschaftliche Integration Angolas beabsichtigt. Erhalten die Tributärsysteme den entsprechenden Spielraum und geeignete Anstöße, so dürften in der Tat die meisten von ihnen zur Regeneration fähig sein. Darunter wäre keineswegs eine Rückkehr zu einem vergangenen Zustand zu verstehen, sondern die Fähigkeit, im Ausgang von der heute gegebenen Bedingungen neue autozentrische Formen der Selbstentwicklung in Gang zu setzen. Dies wäre natürlich nur dann denkbar, wenn die Tributärsysteme von der Ausbeutung durch das Zentralsystem befreit und von dessen Eingriffen in das eigene Bemühen um Selbstregulierung verschont blieben. Während einer langen Anlaufzeit müßte das heißen, daß sich das Zentralsystem konsequent in den Dienst einer autozentrischen Entwicklung der bisherigen Tributärsysteme stellen würde. Es hätte seine eigene Entwicklung in der bisherigen Richtung zu stoppen und würde eine zweifellos schmerzhafte Umwandlungsphase durchlaufen müssen, die es nur mithilfe der Tributärsysteme würde durchstehen können - vor allem deswegen, weil während ei-

ner Übergangszeit eine teilweise Ausgliederung aus dem Weltmarkt unvermeidlich wäre.

Nur auf diesem Wege scheint jedoch die Möglichkeit gegeben, durch eine Bewegung "von außen nach innen" zu einer gesamtgesellschaftlichen Integration und ganz Angola umfassenden autozentrischen Entwicklung zu kommen. Daß die Tributärsysteme von ihrer potentiellen Leistungsfähigkeit und von ihrer Motivierbarkeit her in der Lage wären, die ihnen innerhalb einer solchen Konzeption zufallende Schlüsselrolle zu übernehmen, erscheint nur demjenigen zweifelhaft, der sie mit den Augen des Zentralsystems, im Grunde also weiterhin durch die Brille einer kolonialen Legitimationsideologie sieht. Das Hauptproblem für diese Strategie besteht vielmehr in der Schwierigkeit, das Zentralsystem dazu zu bringen, durch eine Freigabe und Unterstützung der Tributärsysteme und den damit unvermeidlichen eigenen Rückgang (und/oder den Verzicht auf Möglichkeiten privilegierter Weiterentwicklung) den sozialen Preis für die Gesamtentwicklung zu bezahlen. Es ist daher evident, daß eine solche Strategie nur mit Hilfe eines einheitlichen und starken politischen Willens durchsetzbar wäre, der sich in erster Linie auf die Tributärsysteme selbst, ergänzend dazu aber auch auf die Peripherie des Zentralsystems zu stützen hätte.

V. Perspektiven der Entkolonisierung im ehemals portugiesischen Afrika

Die Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation Angolas und der sich daraus ergebenen Möglichkeiten der Fortentwicklung erlaubt es uns, die Entkolonisierungsproblematik der fünf Territorien besser in den Griff zu bekommen.

Eingangs haben wir uns damit begnügt festzustellen, daß es bei der Entkolonisierung zentral nicht um die - unter Umständen rein formale - politische Unabhängigkeit geht, sondern um die Überwindung von kolonial verursachten gesellschaftlichen Verhältnissen.

Wir können nun zunächst die eingangs getroffene Feststellung präziser umreißen, daß sich die Verhältnisse in den fünf Ländern nicht in genau derselben Weise darbieten. In Angola, Mozambique und Guinea-Bissau sind afrikanische Gesellschaften zunächst durch die "marginale Interaktion" mit portugiesischen Handelssiedlungen, später durch das in jedes von ihnen hineingepflanzte Zentralsystem in unterschiedlichem Maße der Möglichkeit zur Selbstregulierung beraubt, zur Stagnation, meist zu einer mehr oder weniger akzentuierten Rückentwicklung und in Grenzfällen zum Zerfall gebracht worden. Dieser Prozeß ist im allgemeinen um so weiter fortgeschritten, je stärker sich das Zentralsystem ausgebildet hat - am stärksten in Angola, etwas weniger in Mozambique, absolut und relativ sehr viel weniger in Guinea-Bissau. In derselben Weise gibt es auch Unterschiedlichkeiten in der internen Schichtung des Zentralsystems und in dessen Fähigkeit zur Selbstregulierung. Den Rahmen der Selbstregulierung der Zentralsysteme setzte naturgemäß bisher die koloniale Abhängigkeit von Portugal, doch ergaben sich aufgrund der Strukturschwäche dieser Metropole bereits direkte und indirekte Interaktionen mit anderen Metropolen, die zumindest in Angola und Mozambique den Spielraum des Zentralsystems ausweiten halfen.

Auf den Kapverdischen Inseln und in São Tomé und Príncipe, die erst im Verlauf der portugiesischen Kolonisation mit afrikanischen Sklaven und einer dünnen Schicht von Portugiesen besiedelt wurden, hat sich von Anfang an die Gesellschaft in ähnlicher Weise strukturiert, wie die Zentralsysteme in Angola und Mozambique, jedoch mit einem geringeren städtischen Anteil. Die Verzerrung liegt hier im wesentlichen in der Art und Weise der Schichtung, wobei auf den Kapverdischen Inseln rassische Kriterien nicht mehr dieselbe Bedeutung haben wie in den übrigen Kolonien; allerdings gibt es dort eine regionale Differenzierung.

In jedem Falle sind also im Ausgang von der Interessenlage der Metropole Portugal - diese wiederum bedingt durch eine Abhängigkeit von anderen Metropolen - gesellschaftliche Verhältnisse bewirkt worden, die sich durch unterschiedliche Formen "struktureller Heterogenität" auszeichnen und für die es während der Kolonialherrschaft keine Möglichkeit integrierter autozentrischer Entwicklung gegeben hat. Eine Überwindung dieser Verhältnisse erscheint folglich als gleichbedeutend mit einem Bemühen, die Voraussetzungen für eben diese Art der Entwicklung zu schaffen - die einzige übrigens, die diesen Namen völlig zu Recht verdient. Sie ist nur denkbar, wenn sich jedes Territorium mithilfe je angemessener, pragmatisch dosierter Strategien der Ausgliederung aus dem Weltmarkt und der kontrollierten Teilnahme an diesem den Freiraum für eine strukturelle Umgestaltung in Richtung auf eine ausgeglichene Differenzierung zu verschaffen weiß. Ob und wieweit das geschehen kann, hängt von dem jeweils vorhandenen "Außendruck", von der gesellschaftlichen Verfaßtheit und von der politischen Konstellation ab (48),

---

48) Natürlich hängen diese in gewisser Weise miteinander zusammen, doch ist dieser Zusammenhang komplex und oft weder linear noch unmittelbar.

wobei für den Grad der überhaupt erreichbaren Entwicklung allerdings von den stark unterschiedlichen Ressourcen her durchaus uneinheitliche "Obergrenzen" gesetzt sind.

Untersucht man den aktuell oder potentiell vorhandenen Außendruck, so stellt sich zunächst die Frage nach der Haltung Portugals. Diese wird völlig davon bestimmt sein, daß es selbst - wie es das Ende Februar verkündete wirtschaftspolitische Programm der "Bewegung der Streitkräfte" noch einmal sehr deutlich macht - den Versuch unternimmt, auf dem Wege über eine stärkere Teilnahme am Weltmarkt bei gleichzeitiger Kontrolle der eigenen Wirtschaft zu einer zugleich stärkeren und ausgeglicheneren Diversifizierung und auf diesem Wege zur Überwindung der bisherigen strukturellen Heterogenität zu kommen. Portugal sieht sich dabei vor das Problem gestellt, diese Teilhabe so vorzunehmen, daß sich daraus nicht neuerliche Einschränkungen seiner Fähigkeit zur Selbstregulierung ergeben. Das bedeutet einerseits einen Kampf gegen den Druck des Weltmarktes, besonders gegen den der "übernationalen Unternehmen", die sich zwar gegenwärtig an einem stärker "modernisierten" Portugal interessiert zeigen, deren Interessenlage (bzw. Interessenperzeption) jedoch nur in Teilen mit der Zielsetzung einer ausgeglichenen Diversifizierung zusammenfällt, und denen die wachsende Selbstregulierungsfähigkeit einer Gesellschaft zumindest unbequem sein wird. Gleichzeitig wird mit dem Widerstand von großen Teilen der Privatwirtschaft im eigenen Lande zu rechnen sein, die sich aus einem konsequenten Anschluß an internationale Wirtschaftsinteressen größere Vorteile versprechen, als von einer Ausrichtung an partizipatorisch-distributiven gesellschaftspolitischen Vorstellungen.

Aus dieser Lage hat das offizielle Portugal auf der einen Seite Verständnis für ähnliche Versuche und Probleme in den ehemaligen Kolonien. Es hat daher ausdrücklich darauf verzichtet, es in "neokolonialistischer" Weise darauf anzulegen, bisherige wirtschaftliche Abhängigkeiten aufrechtzuerhalten, und im Gegenteil zugesagt, den neuen Ländern beim Abbau ihrer Abhängigkeit von der portugiesischen Wirtschaft Hilfe zu leisten. Zu einer solchen Haltung hat man sich um so leichter entschließen können, als die bisherige Verkettung der portugiesischen Wirtschaft mit den Kolonien offenkundig nicht nur eine der Hauptursachen für die "strukturelle Heterogenität" der portugiesischen Gesellschaft gewesen ist, sondern auch eine "konsequente Modernisierung" im Sinne des Weltwirtschaftssystems verhindert hat. Angesichts der ganz erheblichen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, auf die Portugal bei seinem Versuch der Selbstentwicklung stoßen wird, muß jedoch damit gerechnet werden, daß es sich in diesem Bereich zu Kompromissen veranlaßt sieht. Konkret könnte das bedeuten, daß es, um in bestimmten Wirtschaftszweigen eine Krise zu vermeiden, die zu bewältigen es (noch) nicht in der Lage wäre, "auf Zeit" eine Fortdauer von wirtschaftlichen Mechanismen des "ungleichen Austauschs" mit seinen bisherigen Kolonien vielleicht nicht aktiv zu betreiben, aber doch als Erleichterung zu akzeptieren bereit wäre (49).

Für die neuen Länder hieße dies, daß sie bei eventuellen Versuchen, schrittweise Vorbedingungen für eine autozentrische Entwicklung zu erstellen, nicht auf eine konsequente und wirkungsvolle "Partnerschaft" mit der ehemaligen Metropole rechnen könnte. Es ergäbe sich daraus jedoch keine zusätzliche Erschwernis für solche Bemühungen. In dem Augenblick, in dem der Außendruck durch das "ungestörte Spiel der freien wirtschaftlichen Kräfte des Weltmarktes" reguliert wird, ist es vielmehr kaum von Bedeutung, welches dabei der Anteil portugiesischer Interessen ist: sobald "privilegierte Beziehungen" zu einer bestimmten Metropole in Wegfall gekommen sind, stellt sich ein globaler "Systemdruck" ein, dessen Art und Stärke von der Interessenlage des "Kartells der Metropole" her bestimmt wird und bei der die (oft zudem nur fiktive) "nationale" Verankerung der konkreten Interessenträger für die betroffenen peripheren Länder von durchaus sekundärer Bedeutung ist.

Damit dürften die Möglichkeiten einer Überwindung kolonial verzerrter Gesellschaftsverhältnisse durch autozentrische Entwicklung für jedes Territorium im wesentlichen von den dort selbst gegebenen Voraussetzungen abhängen. Die jeweiligen Ressourcen im Verein mit der wirtschaftlichen Verfaßtheit bedingen zugleich den "Systemdruck" von außen und innen und mögliche Strategien zu dessen Überwindung. Die jeweilige Konstellation politischer Kräfte entscheidet die Frage, ob eventuell gegebene Möglichkeiten ausgenutzt werden können.

Von den drei auf dem afrikanischen Kontinent gelegenen Ländern verfügt Angola über das relativ und absolut stärkste Zentralsystem. Es ist infolgedessen auch dem intensivsten inneren und äußeren Druck in die Richtung ausgesetzt, die wir mit Modell II gekennzeichnet haben, also dem stärksten Widerstand gegen jeden Versuch, eine autozentrische Entwicklung einzuleiten. Gleichzeitig fehlt in Angola zur Zeit die Grundvoraussetzung für einen solchen Versuch, nämlich ein einheitlicher und durchsetzungsfähiger politi-

49) Aus dieser Sicht erscheint auch das zweifellos vorhandene Bemühen der portugiesischen Regierung, den Kolonien dabei zu helfen, daß sie nicht aus der kolonialen in die Abhängigkeit anderer Länder fallen, als zweideutig.

scher Wille. Als Denkmodell wäre vorstellbar, daß sich die drei Bewegungen auf ein in diese Richtung gehendes Programm einigen und dieses gemeinsam tragen, oder auch, daß eine Bewegung die absolute Vormacht erringt und sich entschließt, auch ohne oder gegen die anderen Bewegungen eine autozentrische Entwicklung zu betreiben. Für derartige Konstellationen gibt es jedoch gegenwärtig keine Anzeichen (50). Solange jedoch die drei Bewegungen getrennt und gegeneinander marschieren, scheint es in jedem Fall unausweichlich, daß sich zumindest ein Teil von ihnen die gesellschaftspolitische Richtung vom "Systemdruck" aufdrängen läßt, was eventuelle Bemühungen um autozentrische Entwicklung zum Scheitern verurteilt, ihnen bestenfalls begrenzte Teilerfolge möglich macht. Das System selbst bleibt naturgemäß dabei nicht untätig, sondern setzt die zu seiner Verfügung stehenden Mittel ein, um den für ihn günstigen Zustand aufrechtzuerhalten und zu konsolidieren. War es sein erster Reflex, die bisherigen "Gegeneliten" insgesamt ideologisch und/oder materiell zu korrumpieren, so tut es nunmehr zusätzlich das Seine, um die Konkurrenzsituation unter den Bewegungen festzuschreiben, und versucht deswegen in bewährter Manier, den einzelnen Bewegungen bestimmte Rollen zuzuschreiben: der UNITA die Rolle einer "konstruktiven systemerhaltenden Kraft", dem MPLA die Rolle des "destruktiven Systemveränderers" und dem FNLA die Rolle des "unberechenbar-außengesteuerten Faktors". Bricht nicht während der Übergangszeit die gesamte gegenwärtige Konstellation zusammen, so ist es aufgrund der augenblicklichen Situation am wahrscheinlichsten, daß die zukünftige angolanische Regierung im ersten Ansatz so etwas wie das Modell III ansteuert und alles weitere dann vor allem davon abhängt, wie sich die politische Konstellation im Lande entwikkelt.

Auch in Mozambique hat das Zentralsystem ein erhebliches, im Vergleich zu Angola jedoch geringeres Gewicht. Insgesamt dürfte dort auch die Rückentwicklung der Tributärsysteme nicht so weit gegangen sein wie in Angola. Wesentlicher Unterschied ist jedoch, daß die FRELIMO über die politische Stärke verfügt, um einen Versuch autozentrischer Entwicklung zu unternehmen, und daß dies auch ihrer generellen Zielsetzung entspricht. Zugute kommt ihr dabei, daß sie in Tansania die Schwierigkeiten eines Unternehmens dieser Art hat beobachten und aus den dort gemachten Erfahrungen hat lernen können (51). Mozambique hat damit eine gute Startchance für eine echte Entkolonisierung, doch sollten die zu erwartenden Systemwiderstände nicht zu niedrig veranschlagt werden; keinesfalls kann man wie selbstverständlich davon ausgehen, daß das Land im Endeffekt in der Lage sein wird, diese Chance zu nutzen.

Guinea-Bissau hat, soviel sich übersehen läßt, mehr als nur eine gute Startchance. Es sieht sich nur einem begrenzten "Systemdruck" von außen ausgesetzt und scheint sein wenig entwickeltes Zentralsystem bereits gut unter Kontrolle zu haben. Zugleich verfügt das PAIGC über ungewöhnlich zielbewußte und homogene Kader. Diese sollten in der Lage sein, sich auch dann nicht aus dem Gleise werfen zu lassen, wenn sie durch theoretische Überlegungen und handfeste Erfahrungen darauf gestoßen werden, daß die im Lande vorhandenen Ressourcen nur ein begrenztes Entwicklungsniveau zulassen und sie damit als soziale Gruppe in ihren Ansprüchen hinter das zurückstecken müssen, was sie in den Metropolen gesehen und zum Teil selbst bereits erlebt haben (52).

---

50) Der im Januar vom MPLA eingebrachte Vorschlag, für die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung eine gemeinsame Kandidatenliste und ein gemeinsames Programm der drei Bewegungen aufzustellen, ist inzwischen von FNLA und UNITA in aller Form abgelehnt worden. Die Spannung zwischen den drei Bewegungen, besonders zwischen FNLA und MPLA, steigt von Woche zu Woche und hat bereits zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen geführt.

51) Unabhängig davon, wieweit und in welcher Weise in Tansania gesehen wird, daß auch dort die "strukturelle Heterogenität" weitgehend dem Muster Zentralsystem-Tributärsysteme entspricht, laufen doch die Überwindungsstrategien ihrer Intention nach darauf hinaus, durch Mobilisierung vor allem der "Landbevölkerung" diese aus der Kolonialzeit ererbte Stratifizierung abzubauen. Eines der Hauptprobleme ist dabei die Tendenz einer neuen administrativen und politischen Staatsbürokratie, ihre Privilegien durch Festschreiben des gesellschaftlichen Grundmusters zu bewahren. Viele Kader der FRELIMO haben es miterlebt, wie angesichts dieses Widerstands, aber auch aufgrund unzulänglicher Kenntnis der Realitäten im außerstädtischen Bereich, eine ganze Reihe strategischer Ansätze nicht die erhofften Ergebnisse erzielt haben.

52) Die Fälle von Burundi und Rwanda zeigen, daß in Kleinstaaten mit geringen Ressourcen die zivile und militärische Staatsbürokratie durchaus dafür optieren kann, nicht etwa das unter den gegebenen Umständen größtmögliche Maß an ausgeglichener Diversifizierung zu fördern, sondern vielmehr Ungleichheiten aufrecht zu erhalten oder sogar zu schaffen, die ihr als privilegierter Kaste einen Lebensstil ermöglichen, der dem der Metropole in etwa vergleichbar ist.

Für die Kapverdischen Inseln, die unter einer vergleichbaren Ressourcenknappheit leiden, dürften ähnliche Entwicklungsaussichten bestehen, falls sich dort das PAIGC politisch durchsetzt. Es wäre in diesem Fall letztlich für den Entkolonisierungsprozeß nicht besonders erheblich, ob sie sich mit Guinea-Bissau zusammenschließen oder nicht (53). Setzt sich eine andere politische Richtung durch, so ändert sich an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur der Kapverdischen Inseln vermutlich einstweilen wenig. Möglicherweise brächte die Loslösung von Portugal unter diesen Umständen sogar eine spürbare Rückentwicklung mit sich. Es wäre dann vorstellbar, daß man versuchen würde, sich wirtschaftlich an eine größere und stärkere Einheit anzulehnen - Portugal selbst, die Europäische Gemeinschaft oder auch Brasilien.

Für São Tomé und Príncipe scheint es nur die Wahl zu geben, entweder in einer größeren staatlichen Einheit aufzugehen oder aber in ähnlicher Weise eine "Nische" in der Weltwirtschaft zu suchen, wie dies eine Reihe von Antilleninseln tun. Im ersten Falle würden die entwicklungspolitischen Aussichten von dem Kurs abhängen, der in der größeren Einheit gesteuert wird. Einstweilen sieht es weder in Gabun noch in Angola nach autozentrischer Entwicklung aus, so daß ein Anschluß bedeuten würde, daß sich die - inzwischen rassisch gemischte - Oberschicht von São Tomé und Príncipe mit dem Zentralsystem des einen oder anderen Landes verbünden und die Stratifikation auf den Inseln selbst grundsätzlich aufrechterhalten würde. Sucht man allein oder im Zusammengehen mit Äquatorial-Guinea nach einer "Nische" - etwa durch Spezialisierung auf ein seltenes Agrarprodukt oder durch den Aufbau einer Tourismusindustrie -, so wird man dabei vermutlich den "natürlichen" Weg des Kapitalimports gehen und sich bis hinein in die Gesellschaftsstruktur und die Verwertung ökologischer Ressourcen nach der Interessenlage der "Geber" richten.

53) Aus einem Zusammenschluß dürften sich erhebliche zusätzliche Probleme gesellschaftlicher Integration ergeben, die aufgrund der sehr geringen Komplementarität der Ressourcen beider Territorien wirtschaftlich kaum zu kompensieren sind.

Angaben zur Person des Autors

Franz-Wilhelm Heimer ist als Forschungsassistent am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg mit sozialwissenschaftlichen Studien und Untersuchungen zu Entwicklung/Unterentwicklung befaßt. Seine regionalen Schwerpunkte sind Lateinamerika und Afrika. Aus mehrjährigen Aufenthalten in beiden Kontinenten sind eine Reihe von Publikationen hervorgegangen. Mit den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika beschäftigt er sich vorrangig seit 1969. Sein Hauptinteresse gilt Angola, wo er in wiederholten längeren Feldaufenthalten ein umfangreiches Forschungsprogramm durchgeführt hat. Einige Ergebnisse dieser Arbeiten liegen bereits vor, so ein Sammelband zu Social Change in Angola (München, Weltforum Verlag, 1973) und eine umfassende empirische Untersuchung zur Situation der afrikanischen Agrargesellschaften, die sich unter dem Titel Educação e sociedade nas áreas rurais de Angola gegenwärtig in Luanda im Druck befindet.

Errata

Beim Abdruck der Teile I und II dieses Artikels in Heft 41/42 haben sich leider eine Vielzahl von Fehlern eingeschlichen. Die meisten von ihnen sind leicht erkennbar, doch wird an einigen Stellen der Sinn verfälscht oder unverständlich. Für diese Fälle geben wir daher nachstehend die Korrekturen an.

S. 44, linke Spalte, 4. Abschnitt, 6. Zeile: geschaffenen statt eingeengten

S. 44, linke Spalte, 5. Abschnitt, 4. Zeile: fünf statt übrigen

S. 44, rechte Spalte, 2. Abschnitt, 9. Zeile: Leerformeln statt Lehrformeln

S. 47, linke Spalte, 1. Abschnitt, 3. Zeile: selten als überstürzt statt selten überstürzt

S. 48, linke Spalte, 2. Abschnitt, 13. Zeile: ihm statt eben

S. 48, rechte Spalte, 24. Zeile von oben: bei der statt mit denen

S. 50, linke Spalte, 2. Absatz, 25. Zeile: jedoch im wesentlichen statt jedoch auf

S. 50, linke Spalte, 2. Absatz, 42. Zeile: Gabun; daneben wurde aber statt Gabun. Nebenbei

S. 50, rechte Spalte, 4. Zeile von oben: einbringen statt bringen

S. 51, linke Spalte, 2. Absatz, 15. Zeile: "struktureller Heterogenität" statt "kultureller Heterogenität"

S. 51, linke Spalte, 7. Zeile von unten: organisieren statt artikulieren

S. 53, rechte Spalte, 1. Abschnitt, 19. Zeile: Die FNLA ihrerseits statt Das FNLA seinerseits

S. 54, linke Spalte, 2. Absatz, 17. Zeile: PDCA statt PDCY

S. 54, linke Spalte, 3. Absatz, 4. Zeile: und dem MFA, der statt , das MFA, die

S. 54, Fußnote 17, 4. Zeile: versuchten statt versuchen

S. 54, Fußnote, 1. Zeile: vom MPLA statt von der UNITA

Peru

ZUR ENTEIGNUNG DER PERUANISCHEN TAGESZEITUNGEN

Die Enteignung und die Reaktion der Rechten

Im Juli 1974 enteignete die peruanische Militärregierung per Gesetz die großen Tageszeitungen des Landes. Nach dem Putsch 1968, der die jetzige Regierung an die Macht brachte, waren nur zwei Tageszeitungen zu Regierungszeitungen gemacht worden. Weitere vier Zeitungen waren in der Hand der wenigen Familien geblieben, die das Land politisch und wirtschaftlich beherrschten (1). Alle sechs großen Tageszeitungen Limas wurden im Juli 1974 enteignet (2) und vorläufigen Redaktionskomitees unterstellt. Die Übernahme erfolgte nach einem präzisen Plan: noch in der Nacht, als das Pressegesetz verkündet wurde, übernahmen neue Journalistenteams die Redaktionen, und am nächsten Morgen meldeten die Schlagzeilen: "Die Presse ist jetzt in der Hand des Volkes."

Das Pressegesetz, das die Enteignung zum Inhalt hatte, rührte an ein traditionelles Tabu. Die Tageszeitungen, allen voran der renommierte "Comercio", waren eines der letzten Instrumente in der Hand des Bürgertums, das der Reformpolitik der Militärregierung jahrelang wohldosierte Polemik und Sabotage entgegensetzte. Man wußte, daß die Enteignung der Presse eine Kraftprobe mit der Rechten sein würde. So kam es denn auch. Bald nach dem Schritt der Regierung kam es in den Reichenvierteln Limas zu Demonstrationen und Kämpfen mit der Polizei. Diese Zusammenstöße waren für Lima ungewöhnlich heftig. Am ersten Tage war die Polizei nicht Herr der Lage, und erst durch massive Verhaftungen und die Androhung von Schußwaffengebrauch konnte sie die Demonstrationen unterdrücken. Die politischen Urheber der Demonstrationen waren die Accion Popular, die Partei des 1968 gestürzten Präsidenten Belaunde, und - mehr im Hintergrund - die Rechtspartei APRA. Die politische Absicht der Demonstranten wurde deutlich an der Forderung nach Wahlen, die in Peru nichts anderes bedeutet als die Forderung nach Rückkehr zum korrupten Parlamentarismus. Was die Demonstranten tatsächlich wollten, zeigten sie in ihren Aktionsformen, die bewußt an die Aktionen der chilenischen Rechten vor dem dortigen Putsch anknüpften. Öffentliche Busse wurden angezündet, Frauen in Trauerkleidung improvisierten so etwas wie einen "Marsch der leeren Töpfe", mit dem die chilenischen Bürgersfrauen gegen die Regierung Allendes angetreten waren.

Reaktion der ausländischen Presse

Die internationale und vor allem die lateinamerikanische Presse reagierte mit Angriffen gegen die peruanische Militärregierung, von denen viele die Tendenz hatten, zu zeigen, daß ein hoffnungsvoll begonnener Weg nun doch in der Unterdrückung der Meinungsfreiheit ende. Der chilenische "Mercurio" beklagte in einer angesichts der totalen Zensur in Chile heuchlerischen Weise, daß jetzt in Peru das Licht der freien Meinungsäußerung aufgehört habe zu leuchten. Hinter der Kampagne stand die von den USA unterhaltene SIP (Interamerikanische Pressegesellschaft).

Diese Meinung, die in der internationalen Presse vorherrschte, unterliegt einem grundsätzlichen Fehler, denn die peruanische Militärregierung war nie fortschrittlich in dem Sinn, daß sie ohne autoritäre Eingriffe des Staates und gelegentliche Unterdrückungsmaßnahmen ausgekommen wäre (3). Daher soll hier folgende These vertreten werden:

Das Pressegesetz ist ein Schlag gegen die Koalition von Großgrundbesitzern und städtischem Kleinbürgertum, gegen die die Militärregierung ihre Reformpläne durchsetzen muß, und es ist zugleich ein weiteres Instrument der Militärregierung zur Kontrolle über die Arbeiter und Bauern.

Zur Begründung dieser These ist es zunächst notwendig, auf die Funktion der Presse in Lateinamerika einzugehen.

Presse in Lateinamerika

Da im peruanischen Militär eine fortschrittliche Fraktion gesiegt, geputscht und einen bis heute stabilen Reformprozeß eingeleitet hatte, mußte die peruanische Oligarchie (4) zur Verteidigung ihrer Position auf das letzte Mittel, den reaktionären Militärputsch, verzichten und mit stumpfen Waffen wie der bürgerlichen Presse kämpfen. Das Bürgertum anderer lateinamerikanischer Länder hatte nie gezögert, die Pressefreiheit zu opfern, wenn einer Militärregierung die Absicherung seiner Herrschaft übertragen werden sollte. Da die peruanische Olig-

archie außer der Presse über kein gewichtiges Kampfmittel mehr verfügte, war ein jahrelanger, beharrlicher, aber immer die Grenzen des Möglichen abtastenden publizistischer Kleinkrieg die einzige sichtbare Ausdrucksform des Kampfes der beiden bürgerlichen Fraktionen, der reformistischen, die an der Macht war, und der reaktionären, deren wirtschaftliche Basis seit 1968 von einer neuen Koalition von Staatskapital und ausländischem Kapital zerrieben wurde (5).

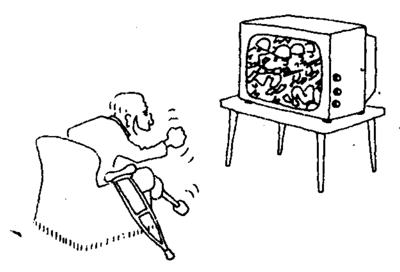
Der Verlust an Pressefreiheit in Peru, den die internationale Presse beklagte, war bei Licht besehen nicht eben groß. Während in Europa und den USA der gesellschaftliche Kampf dauernd durch mächtige sozialstaatliche Institutionen gedämpft wird und die Presse die Funktion der Systemstabilisierung durch ein Wechselspiel von Kritik und Bestätigung der Regierenden hat, ist in Lateinamerika die Konfrontation direkt und die Presse sichtbar ein Instrument in diesem Kampf. Ein Kongreß von Journalisten, der gegen die erwähnte Kampagne der SIP in Venezuela veranstaltet wurde, machte Bestandsaufnahme: in Chile und Haiti gibt es nicht die geringste Möglichkeit, Meinungen frei zu äußern oder zu verbreiten. Die wenigen Zeitungen, die noch zugelassen sind, verteidigen rückhaltlos die Regierung. In Brasilien und Uruguay sind Meldungen über Ausbeutung und Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung verboten. In Guatemala, Argentinien und El Salvador werden oppositionelle Journalisten von rechten Terrorgruppen verfolgt. In Nicaragua, Bolivien, Paraguay, der dominikanischen Republik und den zentralamerikanischen Ländern wird die Kontrolle durch die Besitzform der Massenmedien garantiert. Dem wäre hinzuzusetzen, was der Kongreß wegen seines politischen Standortes nicht sagen konnte: die mexikanische Presse (am deutlichsten der liberale "Excelsior") steht praktisch unter Federführung der Einheitspartei PRI, die kubanische Presse ist in der Hand der Revolutionsregierung, hat aber eine Tendenz zur Parteipresse, die sie uninteressant macht, und die peruanische Presse ist zwar nicht mehr in der Hand der Rechten, aber deshalb noch lange nicht in der "Hand des Volkes", wie es der Journalistenkongreß der peruanischen Regierung zubilligte.

Wem dient die peruanische Presse jetzt?

Warum nun wird hier behauptet, die Presse sei nicht in der Hand des Volkes, wo doch der Text des Pressegesetzes vorschreibt, die Zeitungsredaktionen müßten binnen Jahresfrist an die Organisationen der Landarbeiter, der Arbeiter, der Jugend, der Intellektuellen usw. übergeben werden?

Die "Nationalen Mehrheiten", wie diese Organisationen in der offiziellen Sprachregelung heißen, vertreten nicht das peruanische Volk, sondern sie vertreten die Autorität der Militärregierung gegenüber dem Volk. Sie sind geschaffen worden als Konkurrenz- und Kontrollinstrument gegenüber den Gewerkschaften und gewerkschaftsähnlichen Organisationen, die teilweise seit Jahrzehnten die Kämpfe der Arbeiter und der Landbevölkerung führen. Hierzu einige Beispiele:

Die offizielle Landarbeiterorganisation CNA (Confederacion Nacional Agraria), die den "Comercio", ehemals das Sprachrohr der Großgrundbesitzer, zugesprochen bekam, wurde von der Regierung gegründet, um nach und nach die klassenspezifische Landarbeiterorganisation CCP (Confederacion de Campesinos del Peru) auszuschalten. Der letzte große Konflikt zwischen beiden Organisationen waren die von der CCP organisierten Landbesetzungen in der Provinz Andahuaylas 1974 (6). Polizei und Militär griffen massiv ein, erschossen und verhafteten eine große Zahl von Landarbeitern, beschlagnahmten die Druckmaschinen der CCP, und nachdem deren organisatorische Infrastruktur zerstört war, trat die CNA auf den Plan, kritisierte das langsame Voranschreiten der Agrarreform in diesem Gebiet, und zugleich griff sie die Landbesetzungen als untaugliches Mittel zur Weiterführung der Landreform an.



Diese Mischung aus Unterdrückung und Kanalisierung der Mobilisierung der Bevölkerung durch das Militär gehört zur Taktik aller anderen Regierungsorganisationen. Am deutlichsten wird sie sichtbar in SINAMOS, einer riesigen Funktionärsorganisation, die die Oberaufsicht über alle anderen von der Regierung organisierte Organisationen hat (7). Die "Industriegemeinschaften" (span.: comunidades industriales), denen die "prensa" zugesprochen wurde, sind nach Theorie und Praxis Konkurrenzorganisationen zu den kämpferischen Gewerkschaften. Die im Februar 1975 gegründete "Bewegung der Peruanischen Revolution", mit der die Regierung neue Gefolgschaft auf die Beine bringen will, grenzt sich klar nach links ab. Präsident Velasco betonte, daß die Führung des "peruanischen Prozesses" - wie die Militärs ihre Reformpolitik nennen - der Regierung vorbehalten bleiben müsse und niemand in dieser Organisation aktiv sein könne, der nicht auf jede andere Aktivität verzichte (8).

Diese angedeuteten Beispiele mögen zeigen, daß die "nationalen Mehrheiten" sicher keine Zeitungen entwickeln werden, die die Interessen der Arbeiter und der Landbevölkerung ausdrückt (9). Wenn sich in Peru langsam eine Arbeiterpresse entwickelt, dann nur deshalb, weil der Reformismus der Militärregierung einen gewissen Spielraum für den Ausbau der Arbeiterorganisationen und ihrer Zeitungen läßt. Aber auch diese Arbeiterpresse drückt nur teilweise die Bedürfnisse der Arbeiter aus und ist oft nicht geeignet, eine eigenständige - eben von den Regierungsorganisationen unabhängige - Linie zu entwickeln. Dies liegt hauptsächlich daran, daß die moskauorientierte Kommunistische Partei die führende Rolle in der CGTP, dem größten und kämpferischsten Gewerkschaftsverband, innehat. Die Kommunistische Partei vermochte bisher nicht, dem bürgerlichen Reformismus der Militärregierung (10) ein eigenes, überzeugendes Konzept entgegenzusetzen (11). Die Kommunistische Partei und die CGTP hatten vor dem Erscheinen des Pressegesetzes wiederholt die Verstaatlichung der Zeitungen gefordert. Vor allem im "Comercio" gab es einige Streike (etwa im August 1973) mit der Forderung nach Verstaatlichung. Für diesen Fall hatte sich die Kommunistische Partei einen gewissen Einfluß in den neugebildeten Redaktionen erhofft. Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Die Zeitungen wurden nicht verstaatlicht, sondern vergesellschaftet und den regierungskontrollierten Organisationen zugesprochen. Um die Möglichkeit der institutionellen Mitsprache gebracht, unternahm die Kommunistische Partei einen Test, wie es denn um den "neuen Journalismus" bestellt sei. KP-Chef Prado schrieb einen Leserbrief gegen Carlos Delgado, den antikommunistischen Chefideologen von SINAMOS. Als Antwort führte Delgado seine Ideologie des dritten Wegs zwischen Kapitalismus und Kommunismus aus und Prado mußte sich sagen lassen, was immerhin die Wahrheit ist: daß die Kommunistische Partei ihre Rolle im "peruanischen Prozeß" viel zu hoch einschätzt und ihre Unterstützung für die Militärregierung unerbeten und opportunistisch ist.

Was bedeutet "Vergesellschaftung" der Presse?

Warum hat die peruanische Militärregierung die Presse in der beschriebenen Weise enteignet, statt sie direkt in Staatsbesitz zu nehmen und durch Zensuroffiziere direkt in die militärische Kommandostruktur einzugliedern, wie es in Chile und teilweise in Brasilien der Fall ist? Eine totale Gleichschaltung der Presse, wie sie in Chile am sichtbarsten ist, bedeutet eine politische Schwäche der entsprechenden Militärregierung. Die chilenischen Zeitungen z.B. sind eine Mischung aus Juntapropaganda, trivialer Unterhaltung und kaum kaschierten Truppenmitteilungen, einfach uninteressant auch für den konservativen Leser und bestenfalls von Interesse für jemanden, der die ideologische Position der Junta analysiert. Die Gleichschaltung und Entpolitisierung der Presse in vielen Ländern Lateinamerikas ist Teil der Monopolisierung alles Politischen durch das Militär, das jede andere gesellschaftliche Kraft, seine natürlichen Verbündeten (z.B. die Kleinbourgeoisie) eingeschlossen, von der Macht auszuschalten tendiert. Die Folge ist, daß die Presse zum untauglichen Propagandamittel wird, dessen journalistische Pflichtübungen - anders als im klassischen europäischen Faschismus - nicht mit der Ressonanz aufgewiegelter Massen rechnen können.

Nicht so in Peru. Hier ist es der Regierung gelungen - wenn auch mit Widersprüchen -, der militärischen Machtausübung einen zivilen Apparat parallelzuschalten (eben die oben beschriebenen Organisationen wie SINAMOS). Dieser zivilen Erscheinungsform, die der peruanischen Militärregierung eine für lateinamerikanische Verhältnisse überdurchschnittliche Stabilität verschafft, trägt das Pressegesetz Rechnung. Eine Verstaatlichung der Presse hätte bald zu den sattsam bekannten Truppenmitteilungen mit lesenswertem Lokalteil geführt. Da aber die Presse vergesellschaftet ist, konnten in die Redaktionen gute, in Europa ausgebildete Intellektuelle einziehen, deren kritischer Spielraum größer ist. Die neuen Journalisten sind Anhänger des "peruanischen Prozesses" und schreiben freiwillig für die Regierung, und sie tun dies besser, als die Offiziere es könnten.

Folgen des Pressegesetzes

Die künstliche Harmonie der Tageszeitungen wurde schließlich doch durch die von der Enteignung nicht betroffenen Wochenzeitungen gestört. Zunächst wurde eine Gefängnisstrafe gegen den Direktor der politisch schwer lokalisierbaren Zeitschrift "Caretas" ausgesprochen, der behauptet hatte, die kurz nach dem Putsch verstaatlichte IPC (International Petrol Company) habe eine Steuerschuld von 960 Millionen Dollars erlassen bekommen. Dann wurde die "Oiga" verboten, die gezeigt hatte, daß ein zweckoptimistischer Bericht des Wirtschaftsministers mit den Tatsachen einer künstlich verschleppten Wirtschaftskrise, die sich jetzt immer deutlicher zeigt, im krassen Widerspruch steht. Kurzerhand geschlossen wurde auch die englischsprachige "Peruvian Times", die über die zuvorkommende Haltung der peruanischen Regierung gegenüber einer japanischen Erdölgesellschaft berichtet hatte. Schließlich wurde die Zeitschrift "Opinion Libre" verboten, die die Rech-

te in kleiner Auflage herausgab und die geschickt die Aversionen der Bevölkerung gegenüber der Militärregierung ausnutzte. Bei den von den Rechten (APRA) inszenierten Unruhen und Plünderungen im Februar 1975 wurde das Gebäude des "Correo", einer der Regierung besonders nahestehenden Zeitung, in Brand zu stecken versucht.

In Peru ist die bürgerliche Pressefreiheit verlorengegangen. Wer ihr nachtrauert, sollte sich klarmachen, für wen er dabei Partei ergreift. Denn während in Europa und den USA die Presse selbst zur Institution geworden ist, ist sie in Lateinamerika bloßes Sprachrohr der Herrschenden. Im Falle Perus war sie Oppositionsinstrument der traditionellen, vieler ihrer Privilegien beraubten Oligarchie, und ist jetzt Indoktrinierungsinstrument des regierenden, fortschrittlicheren Bürgertums. Die bürgerliche Pressefreiheit hat in Lateinamerika mit der Abschaffung der Scheindemokratien und der Militarisierung des Kontinents ihren Sinn verloren. Heute ist in Lateinamerika die Presse meistenteils ein Lautsprecher der herrschenden Militärs, und wo - wie in Peru - der militärische Charakter in den Hintergrund tritt, wirkt der bestellte Beifall über diesen Lautsprecher, als käme er tatsächlich von den Massen. Eine wirkliche Pressefreiheit, d.h. eine freie Arbeiterpresse, Campesinopresse, und - wenn denn Pluralismus sein soll - eine freie bürgerliche Presse ist erst möglich nach der Überwindung der bürgerlichen Herrschaft, die sich gegenwärtig in Militärdiktaturen ausdrückt. Bis dahin bleibt die Forderung Jose Carlos Mariateguis, des großen peruanischen Marxisten und Gründers der (späteren) Kommunistischen Partei Perus, offen: "Wie das Bürgertum seine Presse hat, so muß das Proletariat seine Presse haben. Die proletarische Presse ist die einzige, die die Interessen des Proletariats verteidigen kann, die die Willkür gegenüber dem Proletariat denunzieren kann ...".

D.M.

---

1) Vgl. "Mito y Verdád de los Diários Limenos", von Juan Gargurevich, Lima 1972, und "El Capitál Privado en los Medios de comunicación colectiva", in: Quadernos Polémicos de Izquierda, Q.I.R., Jahrg. 1, Nr. 3
2) Auch die beiden Regierungszeitungen wurden in eine neue Besitzform überführt und neuen Direktoren unterstellt.
3) Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen der Zerschlagung von Volksbewegungen durch Polizei und Militär, etwa in Chimbote, Puno, Aréquipa und der Provinz Andahuaylas. - Die Gewerkschaftspolitik der peruanischen Militärregierung hat den Sinn, die Mobilisierung an der Basis durch staatlich gelenkte Organisationen wie die CTRP aufzufangen.
4) Oligarchie nennt man die Herrschaft einiger weniger einflußreicher Familien oder Machtgruppen über ein ganzes Land.
5) Es läßt sich zeigen, daß das peruanische Bürgertum im wesentlichen die Klein- und Mittelbetriebe besitzt, während die strategisch wichtigen Industrien und die Wachstumsindustrien dem Staat (Minen) oder ausländischen Konzernen (Bayer, Toyota...) gehören.
6) Vgl. "blätter des iz3w", Nr. 41/42, S. 41 f
7) Sinamos ist Anfang 1975 in seinen Aufgaben etwas beschränkt worden, da es sich als unwirksam zur Kontrolle der Bevölkerung erwies. "SINAMOS" ist restlos gescheitert an seiner Aufgabe, die Massen hinter der Revolution (gemeint ist die offizielle Revolution der Regierung) marschieren zu lassen. Die bürokratische Manipulation von Marionettenorganisationen, seine offene Feindschaft gegenüber den existierenden Organisationen des Volks... haben genau das Gegenteil bewirkt von dem, was SINAMOS bewirken sollte, und haben nur dazu gedient, die begrenzten Möglichkeiten der Regierungsreformen zu betonen... SINAMOS erwies sich oft als wenig mehr als ein Arm des Sicherheitsapparats in Gebieten, wo die Regierung einen schlechten Stand hatte..." (Latin America, 28.2.75)
8) NZZ 12.3.75
9) In diesem Sinne forderte die fortschrittliche Priestergruppe in einer Erklärung zum Pressegesetz dazu auf, daß seitens der Arbeiter nicht nur die "Industriegemeinschaften", sondern auch die regierungsunabhängigen Arbeiterorganisationen die Presse mitgestalten sollten. Desgleichen sollten die Landarbeiter nicht nur durch die CNA vertreten sein. (Mensaje, Sept. 1974)
10) Diese These vom bürgerlichen Reformismus der peruanischen Militärregierung wird hier nur sehr global vorgetragen. Sie läßt sich stichwortartig belegen durch Hinweis auf die Eigentumsform der sozialisierten Betriebe (individuelle Besitztitel, bei den "Industriegemeinschaften" ist Harmonie von Kapital und Arbeit beabsichtigt). Vgl. auch Lateinamerika: Faschismus oder Revolution, Hrsg. H.R. Sonntag, Berlin 1974
11) Die Zeitung der KP "Unidad" liest sich auf lange Strecken wie Regierungspropaganda

Welternährungskonferenz

EIN WICHTIGER SCHRITT ZU EINER WELTERNÄHRUNGSSTRATEGIE ?

Vom 5. bis zum 16. November 1974 fand in Rom die Welternährungskonferenz statt.

Knappheit und steigende Preise auf dem Weltmarkt für Nahrungsmittel, Hungersnöte in mehreren Ländern, Absinken der Weltgetreidereserven und die zum ersten Mal wieder gesunkenen Ernteerträge gaben Anlaß, eine solche Konferenz einzuberufen. Hauptiniatoren waren der algerische Präsident Boumedienne und der amerikanische Außenminister Kissinger.

Im folgenden Artikel soll nun untersucht werden, welche Erwartungen an eine solche Mammutkonferenz geknüpft wurden und welche Ergebnisse dann tatsächlich zu Tage traten.

Selbstgesteckte Ziele der Welternährungskonferenz

Nach einigen Vorbereitungssitzungen einigten sich die beteiligten Länder und UN-Organisationen auf drei Themenkomplexe, die auf der Konferenz diskutiert werden sollten (1):

1. Analyse der Welternährungssituation
2. Vorschläge für nationale und internationale Maßnahmen einer Welternährungsstrategie

und auf den Wunsch von Algerien und Nigeria:

3. Steigerung der Agrarproduktion in den entwickelten Ländern.

Über die Arbeitsweise der Konferenz war man übereingekommen, daß außer dem Plenum drei Kommissionen zu bilden seien, die folgende Fragen erörtern sollten (2):

- Fragen der Produktionsförderung in Entwicklungsländern und entwickelten Ländern sowie der Ernährungsverbesserung
- Fragen der Welternährungssicherung, der Nahrungsmittel- und Katastrophenhilfe und
- Fragen des Weltagrarhandels.

Schon bei etwas eingehenderer Betrachtung dieser Konferenzziele fällt Zweierlei auf: Die zu behandelnden Punkte sind sehr vage formuliert, besonders der zweite und wahrscheinlich wichtigste.

Die Arbeitsvorschläge für die Kommissionen allerdings beschränken sich auf die rein technologischen und organisatorischen Bereiche des Welternährungsproblems. Soziale, wirtschaftliche und politische Aspekte werden nur am Rande angesprochen. Damit ist eigentlich schon vor Beginn die Konferenz gescheitert, denn wie soll eine globale Welternährungsstrategie erarbeitet werden, wenn man wesentliche Bereiche, auf die diese Strategie angewandt werden müßte, von vornherein nicht zu diskutieren bereit ist?

Ausgangspositionen der beteiligten Länder

Unter diesen nicht sehr günstigen Umständen begann die Konferenz. Während am Anfang noch optimistische Pressestimmen die Mehrzahl hatten, machte sich nach einigen Tagen Pessimismus breit.

Grund des Katzenjammers waren die unterschiedlichen Positionen, die die Konferenzteilnehmer einnahmen. Man trat auf der Stelle und außer ein paar schwungvollen Reden ereignete sich nichts von Bedeutung.

Im wesentlichen ließen sich vier unterschiedliche Standpunkte erkennen, die von bestimmten Ländergruppen vertreten wurden.

1) Westliche Industrieländer

Unter der Führung der USA ging es den westlichen Industrieländern hauptsächlich darum, die Welternährungsproblematik auf eine Hungerproblematik zu verkürzen. Diese Länder, die zwar den Hauptteil der Nahrungsmittel der Welt verbrauchen, gleichzeitig aber die Hauptexporteure von Getreide und anderen Grundnahrungsmitteln sind (3), haben ein lebhaftes Interesse daran, ihre Nahrungsmittelüberschüsse, wenn immer möglich, auf den Märkten der Dritten Welt abzusetzen. Deshalb kostete es US-Außenminister Kissinger sicher keine große Überwindung zu versprechen, die Produktion im eigenen Land zu erhöhen und die Programme der Nahrungsmittelhilfe noch auszubauen. Freilich vergaß Kissinger zu erwähnen, daß solche Programme dazu dienen können, wirtschaftliche Interessen der Geberländer durchzusetzen, wie das 1965 geschah, als Indien nur unter der

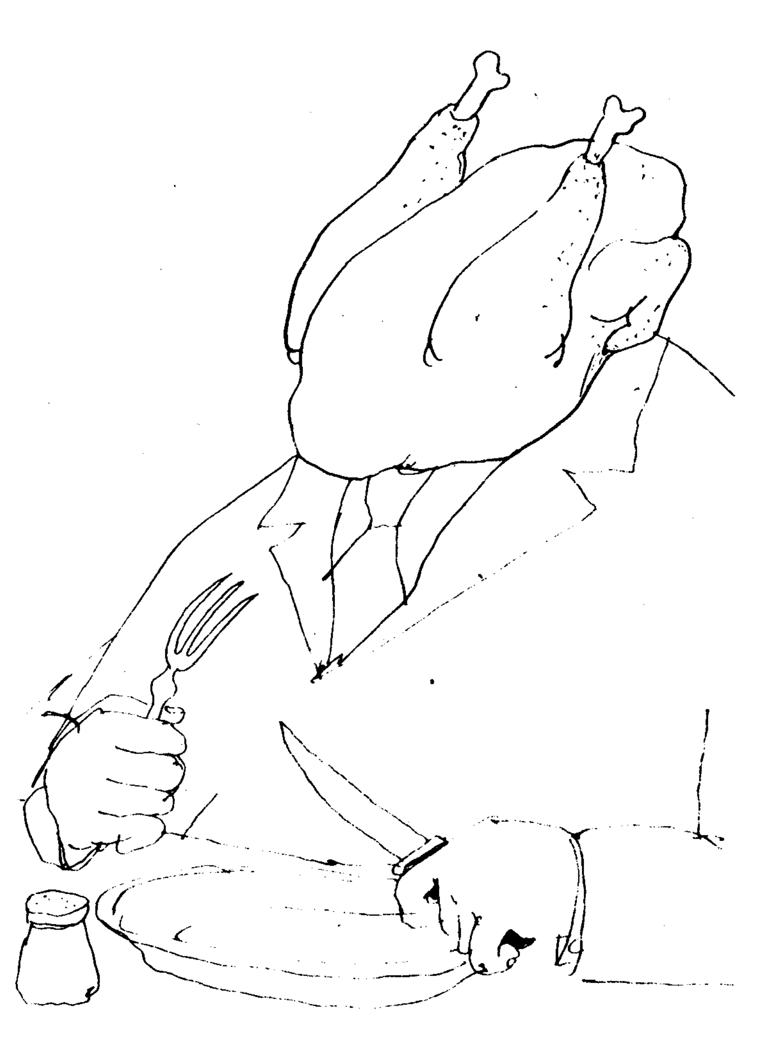
Bedingung Hilfe erhielt, den Import von landwirtschaftlichen Geräten zu liberalisieren (4).

Die zweite Forderung, die von den Industrieländern erhoben wurde, war die Steigerung der Produktion in den Entwicklungsländern selbst. Bundesernährungsminister Ertl versprach auch sofort die Hilfe auf dem Agrarsektor um dreihundert Mio. Dollar zu steigern. Abgesehen davon, daß dieses Geld natürlich anderen Entwicklungshilfeprojekten abgestrichen wird, meint Minister Ertl doch nicht, nur durch die Zahlung von ein paar Mill. Dollar die Produktion ernsthaft steigern zu können? Von Pachtsystemen, die eine Produktionssteigerung behinderten, von Großgrundbesitz und Landreform war in seiner Rede nichts zu finden. Auch nicht von der Protektionspolitik der Industrieländer und insbesondere der EWG, die einheimische Agrarprodukte durch überhöhte Zölle und Einfuhrstops vor billigeren Produkten insbesondere aus der Dritten Welt schützt.

Eine weitere Forderung der Industrieländer war die nach Verbesserung der Verteilungs- und Finanzierungsformen. Diese etwas verklausulierte Formulierung bedeutet nichts anderes, als daß die erdölproduzierenden Länder mehr zur Bezahlung der Agrarprodukte zahlen sollen. Die Industrieländer machten die OPEC-Länder verantwortlich für die weltweite Inflation und den damit verbundenen Kaufkraftschwund der Entwicklungsländer ohne eigene Ölvorkommen. Auch das sprunghafte Ansteigen der Düngemittelpreise sei letztlich auf die Ölpreiserhöhung zurückzuführen. Durch diese Taktik hatte man den Schuldigen gefunden und konnte damit von den eigenen Fehlern ablenken. Gleichzeitig war dies der Vorwand, seine eigenen Hilfszusagen möglichst niedrig zu halten, da man ja zuhause durch die törichte Politik der Ölländer selber wirtschaftliche Schwierigkeiten hatte.
Die letzten Forderungen nach Verbesserung der Nahrungsmittelqualität und Anlegen einer Weltgetreidereserve sind unumstritten, jedoch nicht entscheidend für die Lösung des Problems (5).

2) Die Länder des Warschauer Paktes

Während sich die westlichen Industrieländer immerhin noch den Anschein von Konstruktivität gaben, ist von den sozialistischen Ländern unter der Führung der Sowjetunion nur zu vermelden, daß sie sich merkwürdig zurückhielten. Vielleicht war es das schlechte Gewissen der Sowjetunion, die 1972/73 ohne Vorankündigung 30 Mill. Tonnen Getreide auf dem Weltmarkt gekauft hatte, was zur Verschärfung der schon schlechten Situation noch erheblich beitrug (6). Außer der gewohnten Kritik an den imperialistischen Industrieländern gab es nur einen Vorschlag von dieser Seite, der es wert ist, erwähnt zu werden. 10 % der Rüstungsausgaben aller Länder der Erde sollten in Zukunft eingespart werden und stattdessen für die Bekämpfung des Hungers verwandt werden. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ihn die UdSSR nur vorgeschlagen hat, weil sie sich dessen sicher war.



3) Die erdölproduzierenden Länder

Sie standen schon vor der Konferenz für die Westeuropäer und die Nordamerikaner als die eigentlichen Schuldigen an der Nahrungsmittelmisere fest. Die Erwartungen der Industrie- und der Entwicklungsländer an sie gingen in die Richtung, daß sie die landwirtschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt mit ihren Öleinkünften finanzieren sollten. Dazu zeigten sich die OPEC-Staaten zum Teil auch bereit. Sie bestanden jedoch auf der Beteiligung der westlichen Industrieländer, wogegen diese sich aber mit aller Kraft sträubten. Mit der Bereitschaft, einen Agrarentwicklungsfonds zum großen Teil zu tragen, leisteten die OPEC-Staaten auf jeden Fall einen der konstruktivsten Beiträge der ganzen Konferenz. Außerdem konnten sie nachweisen, daß sie schon mehr für die Entwicklungsländer getan hatten als die westlichen Industrieländer. So erreichte die Ent-

wicklungshilfe Saudiarabiens immerhin fast 3 % des Bruttosozialproduktes, während das der meisten Industrieländer noch weit vom UNO-Ziel von 0,7 % entfernt ist (7).

4) Die nichterdölproduzierenden Entwicklungsländer

Zweifellos ist diese Gruppe die zahlenmäßig stärkste, zugleich jedoch auch die uneinheitlichste. Die Regierungsdelegationen repräsentieren die herrschende Klasse des jeweiligen Landes, und da in vielen Ländern die herrschende Klasse vom Zustand imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung profitiert, konnte man von diesen Delegationen keinen ernstgemeinten Vorschlag zur Veränderung der bestehenden Situation erwarten. Deshalb werden hier nur diejenigen Vorschläge besprochen, die dazu beitragen könnten, tatsächlich eine Welternährungsstrategie zu erarbeiten.

Wichtigste Sprecher dieser Gruppe waren China und Algerien. Sie brandmarkten deutlich den Imperialismus der Supermächte und ihrer Verbündeten und machten deren Einflußnahme auf die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Entwicklungsländer verantwortlich für die Welternährungslage. Aufgrund der Ausplünderung durch die imperialistischen Mächte seien viele Entwicklungsländer nicht in der Lage gewesen, Kapital zu akkumulieren, um ihre Landwirtschaft zu entwickeln und ihre Ernährungsprobleme zu lösen (8). Der chinesische Delegierte wies in seiner Rede die Entwicklungsländer darauf hin, daß es ihnen möglich sei, auch ohne größere Hilfe von außen ihre Probleme zu lösen. Als Beispiel konnte er sein eigenes Land anführen, und er zeigte auch den Weg auf: "Auf dem Lande haben wir Landreformen durchgeführt, das feudalistische System beseitigt, die Bauern auf den Weg der Kollektivierung geführt und überall bäuerliche Kommunen eingerichtet. Bei der Entwicklung der nationalen Wirtschaft haben wir die allgemeine Politik verfolgt, die Landwirtschaft als die Grundlage und die Industrie als den weiterführenden Faktor anzusehen." (9)

Weiterhin fordern die Algerier und Chinesen Nahrungsmittelimporte zu gerechten Preisen, verbesserte Handelsbedingungen, Beseitigung der Zollschranken bei den entwickelten Ländern und faire Welthandelspreise.

Erwartungsgemäß wurde eine Diskussion über diese Forderungen jedoch mit dem Hinweis abgeblockt, dies hätte nichts mit dem Thema der Konferenz zu tun.

<u>Wichtigste Beschlüsse der Welternährungskonferenz</u>

Nachdem es zeitweilig so aussah, als ob die Konferenz zu keinerlei Ergebnissen kommen könnte, einigte man sich am Ende doch auf einigen Gebieten. Zurückzuführen ist diese Tatsache wohl vor allem auf die Reaktion der Presse in Westeuropa und einigen Entwicklungsländern, deren enttäuschte Kommentatoren sogar so weit gingen zu verlangen, die Delegationen für 48 Stunden nur mit Wasser zu ernähren, damit sie wüßten, worüber sie eigentlich redeten (10).

Man konnte sich deshalb vor der Öffentlichkeit kein Scheitern der Konferenz erlauben, zumal man vorher durch großspurige Reden hohe Erwartungen geweckt hatte.

Hier also die Ergebnisse:

- Errichtung eines Frühwarnsystems zur Vermeidung von Hungerkatastrophen wie in der Sahelzone oder in Äthiopien,
- Anlegen von nationalen Getreidereserven zur Verwendung im Katastrophenfall (Ernährungssicherheitssystem),
- Fortsetzung der Nahrungsmittelhilfe,
- Gründung eines Agrarentwicklungsfonds. Dieser Fond soll hauptsächlich von den OPEC-Staaten getragen werden. Bis jetzt ist aber die Höhe dieses Fonds noch unklar, da die Ölländer eine Beteiligung der westlichen Industrieländer verlangen, die USA und die Bundesrepublik jedoch schon eine eindeutige Absage erteilt haben.

Außerdem wurden eine ganze Reihe von Resolutionen angenommen und die Deklaration über die Beseitigung von Hunger und Fehlernährung verfaßt. Darin wird in großen Worten eigentlich Selbstverständliches erklärt: das Recht aller Länder auf Mitbestimmung bei den Entscheidungen über Nahrungsprobleme oder das unveräußerliche Recht jedes Menschen, keinen Hunger und keine Unterernährung erleiden zu müssen.

<u>Was ist der Beitrag der Konferenz zur Lösung der Welternährungskrise?</u>

Geht man vom Anspruch aus, der in der Vorbereitungsphase an die Konferenz gestellt wurde, so sind die Ergebnisse sehr mäßig. Es zeigt sich, daß es noch nicht einmal möglich war, sämtliche technologischen und organisatorischen Anstrengungen zu koordinieren, falls man überhaupt bereit war, irgendwelche Anstrengungen zu unternehmen. Die westlichen Industrieländer zeigten sich nur da wirklich "hilfsbereit", wo es ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen geboten, nämlich bei der Nahrungsmittelhilfe und bei dem geplanten Frühwarnsystem. Nahrungsmittelhilfe ist meist ein für die Geber profitables Geschäft, was sich u.a. ablesen ließ, daß sehr viele Vertreter der großen Nahrungsmittelkonzerne auf der Konferenz erschienen waren. Außerdem ist diese Art von Hilfe sehr

leicht, wie schon weiter oben erwähnt, als Druckmittel einzusetzen. Dasselbe gilt für das Frühwarnsystem, da die technologischen Mittel zur Erkennung von Hungerkatastrophen wie Satelliten natürlich in den Händen der Industriestaaten sind und diese ihre gewonnenen Informationen praktisch nach ihrem Belieben verwenden können.

Bei allen anderen Vorschlägen, wie Erhöhung der Agrarhilfe oder Gründung des Agrarentwicklungsfonds, zeigten sich die Industriestaaten sehr zurückhaltend.

Die Bereiche, in denen die Konferenz Beschlüsse faßte, sind jedoch nur ein - wenn auch nicht unwesentlicher - Aspekt zur Beseitigung der Welternährungskrise; sind auf keinen Fall ausreichend, um die Situation zu verbessern.

In der Tat wurde auf der Konferenz von keinem Industrieland darüber gesprochen, wie man am schnellsten die Entwicklungsländer wirtschaftlich und politisch autonom machen könne. Forderungen nach einer gerechteren Welthandelsstruktur, nach Abbau der diskriminierenden Zölle, nach Aufhebung der Importbeschränkungen, wurden als nicht zum Thema gehörig abgelehnt.

Konsequenz dieser restriktiven Handelspolitik ist, daß es den Entwicklungsländern unmöglich gemacht wird, autonome Landwirtschaftsstrukturen zu entwickeln und ihre Industrialisierung voranzutreiben. Im Gegensatz zu den Äußerungen der Industrieländer fassen viele Agrarexperten die Krise mehr als eine Verteilungskrise und nicht so sehr als eine Produktionskrise auf, d.h. es werden genügend Nahrungsmittel erzeugt; die Verteilung erfolgt jedoch angleichmäßig und auf bestimmte Regionen beschränkt (11).

Wie sonst ist zu erklären, daß man in der Sahelzone zu jeder Zeit genügend Nahrungsmittel erhalten konnte, wenn man das nötige Geld hatte. Für die Industrieländer ist es jedoch lebensnotwendig, die Version der Produktionskrise zu propagieren, da nur so die Überschüsse verwertet und der total fehlstrukturierte Agrarbereich (besonders innerhalb der EWG) vor möglicherweise systemsprengenden Änderungen bewahrt werden kann.

Auch bei der Unterstützung von Landreformprogrammen haben die Industrieländer zuerst ihre eigenen Interessen im Auge. Sie fördern Landverteilung an Kleinbauern, die mit Erhalt von eigenem Land das bestehende System gegen die landlosen Bauern verteidigen, da sie selbst etwas zu verlieren haben. Außerdem kann man diesen Bauern moderne Maschinen verkaufen, was zwar die Arbeitslosigkeit unter der Landbevölkerung noch erhöht, jedoch den Industrieländern zusätzliche Profitchancen gibt. Landreformen, die zu genossenschaftlichen und kollektiven Agrarstrukturen führen und damit einem Großteil der Landbevölkerung Arbeit und gleichzeitig auch Brot verschafft, lehnen die Industrieländer ab, da die damit einhergehende Politisierung der Bauern zur Gefährdung der Profitmöglichkeiten führt. (Das Beispiel Chile zeigt dies ganz deutlich.)

An einer wirklichen Lösung der Agrarfrage sind die Industrieländer also nicht interessiert. Stattdessen gibt man gerade so viel Almosen, daß alle zufrieden sind: Die Entwicklungsländer, die Nahrungsmittelhilfe erhalten und die Bevölkerung zu Hause, der man zeigen kann, was man doch für eine menschliche Politik betreibt. Genau diese Wirkung sollte auch die Konferenz haben. Die Industrieländer haben es geschickt verstanden, sie schon in der Vorbereitungsphase auf ihre Linie festzulegen. Wer dann während der Konferenz sich nicht an diese Linie hielt, wurde als Störenfried und als verantwortungslos bezeichnet, da er nicht bereit sei, konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Dieser Art von Zusammenarbeit mochten sich mit Recht einige Länder nicht anschließen. Und so gelang es nur zum Teil, die Welternährungskonferenz als Theaterbühne zu mißbrauchen, auf der man seine edle Gesinnung zeigen konnte, die Diskussion über die wirklichen Probleme aber nicht zu führen brauchte.

Was aber die Millionen Menschen betrifft, die laut "Welt" (12) angeblich mit Hoffen und Bangen nach Rom blicken, wo eine globale Strategie gegen den Hunger entwickelt werden sollte: Sie werden wohl verhungern oder selbst eine Strategie finden und anwenden müssen.

ms

---

1) Vgl. BMZ, Materialien, Nr. 47, S.11
2) ebd. S. 2
3) Vgl. zum Problem der ungleichen Verteilung der Weltnahrungsmittel: Welternährungskrise oder Ist die Hungerkatastrophe unausweichlich, Reinbek 1968, S. 31 ff
4) Vgl. Falsche Orientierung: die "grüne Revolution", in: EPK 1/75
5) Die für die Position der westlichen Industrieländer wichtigen Reden von Kissinger und Ertl sind nachzulesen in: BMZ, Materialien, Nr. 47
6) Vgl. Konturen der Zukunft, Die Welternährungskonferenz der Vereinten Nationen 1974, Rom 1974
7) Vgl. dazu: Informationsdienst Dritte Welt, Bulletin Nr. 12/1974, S. 3
8) Vgl. dazu: Rede des Leiters der chinesischen Delegation auf der Welternährungskonferenz, in: EPK 1/75, S. 9 ff
9) ebd. S. 11
10) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 13.11.74
11) Vgl. dazu: O. Matzke, Der Hunger wartet nicht, Hiltup 1974
12) Vgl. "Die Welt", 4.11.74

Materielle Hilfe

Aktion Musseques

"Musseques" ist die Gesamtheit der afrikanischen Elendsviertel im Umkreis von Luanda, der Hauptstadt Angolas.
Etwa 600 000 Afrikaner leben dort. Sie sind schlecht untergebracht, mangelhaft ernährt und von ärztlicher Versorgung ausgeschlossen. Elektrizität und Kanalisation sind in diesen "Wohngebieten" selten. Auf 27 000 Slumbewohner kommen durchschnittlich 2 Wasserstellen, vor denen die Menschen stundenlang auf wenige Liter Wasser warten müssen.

"Um diese Schandflecke und das Erbe des Kolonialismus für immer verschwinden zu lassen" , ist die MPLA dabei, ein umfangreiches Aktionsprogramm zu starten.

Die Schwerpunkte der Aktion werden auf dem Gebiet der Erziehung, des Gesundheitswesens und auf dem sozialen Sektor liegen. Geplant sind Desinfektionskampagnen, Impfaktionen, die Errichtung von ambulanten Sanitätsstationen und kleine Schulposten.

Im Aufruf der MPLA zur Aktion Musseques den wir in den "blättern des iz3w" Nr. 41/42 vollständig abgedruckt haben, heißt es: "Die Anstrengungen, die wir während des Befreiungskampfes entfaltet haben, müssen wir nun für den Wiederaufbau aufbringen."

Die Delegiertenkonferenz aller Gruppen, die zum Bereich der ehemaligen portugiesischen Kolonien und dem südlichen Afrika arbeiten, hat am 16. März 1975 einstimmig beschlossen, dieses Programm der MPLA zu unterstützen.

Die Aktion Musseques wurde zum zentralen Projekt der Solidaritätsbewegung in der BRD gewählt.

Das neugewählte Organisationskomitee wurde von der Delegiertenkonferenz beauftragt, sich direkt an die MPLA zu wenden, um ein konkretes Ziel der Kampagne angeben zu können. Eine Antwort liegt im Augenblick noch nicht vor.

Außerdem wurde die MPLA gebeten, Photos, Situationsbeschreibungen und weitere Einzelheiten zu den "Musseques" an das Organisationskomitee zu richten.

Die Aktion Dritte Welt Freiburg unterstützt die zentrale Propagierung der Aktion Musseques.

Wir bitten die Leser der "blätter" um Spenden für dieses Projekt auf unser Sonderkonto "Technische Hilfe für die Befreiungsbewegungen". Einzelpenden sind ebenso willkommen wie Daueraufträge, die eine gewisse Kontinuität gewährleisten. Wir können dann fest einplanbare Raten überweisen.

Alle Einzahlungen bitte an:

Postscheckkonto Karlsruhe
Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg
Sonderkonto "Technische Hilfe"
Nr. 115 00 - 754

rb

Der Aufruf der MPLA zur Aktion Musseques und die Begründung für unsere Unterstützung dieses Projekts sind abgedruckt in "blätter des iz3w" Nr. 41/42 S.70

Chile

DOKUMENTATION zur Lage chilenischer Flüchtlinge in BADEN-WÜRTTEMBERG

Anläßlich der Weigerung von Baden-Württembergs Landesregierung, 15 chilenische Flüchtlinge in diesem Land aufzunehmen, stellte die Freiburger FLÜCHTLINGSHILFE-CHILE eine Dokumentation zusammen, die über die Haltung der Landesregierung zur Flüchtlingsfrage Aufschluß gibt.

Den Hauptteil der Dokumentation bildet eine Chronik, die im Dezember 1973 beginnt; die Landesregierung bekundete damals noch die Bereitschaft, 100 Flüchtlinge in Baden-Württemberg aufzunehmen. Sie endet im Januar 1975, als der Landtag es ablehnte, die 15 Chilenen aufzunehmen. Die Chronik untermalt mit Zeitungsartikeln bürgerlicher Zeitungen die Windungen der Landesregierung um die Flüchtlingsfrage bis zur endgültigen Ablehnung einer Aufnahme von Chilenen.

Wir meinen, daß die Vorgänge im "Musterländle" Baden-Württemberg von bundesweiter Bedeutung sind, da sie lediglich eine übersteigerte Form der allgemeinen Tendenz in der BRD darstellen, Flüchtlinge aus faschistischen Ländern als Terroristen zu kriminalisieren.

Die Dokumentation eignet sich zum Verkauf an Büchertischen und auf Veranstaltungen. Sie kann zum Preis von 50 Pf. plus Porto bei der Aktion Dritte Welt, 78 Freiburg, Postfach 5328, bestellt werden.
Den Gegenwert von Bestellungen (incl. Porto) unter DM 5,-- bitte gleich in Briefmarken beilegen.

Vietnam

MATERIALIEN FÜR REFERATE UND VERANSTALTUNGEN ZU VIETNAM UND KAMBODSCHA:

VIETNAM:
Der Waffenstillstandskrieg
(90 Dias)

KAMBODSCHA:
50 Dias
Fotoausstellung
Film

Beziehbar über:
Indochina-Komitee
78 Freiburg
Postfach 5124

Broschüre:
Das Volk von Kambodscha besiegt den Imperialismus

Inhalt:
- Den Lügen der US-Regierung und ihrer Verbündeten entgegentreten
- Der Kampf der Bevölkerung von Phnom Penh
- Was machen die Indochina-Komitees?
- 5-Punkte-Erklärung Sihanouks vom 23.3.70
- Das Politische Programm der kambodschanischen Befreiungsfront FUNK.

Vertrieb:
Buchvertrieb Mannheim
6800 Mannheim
Sandhoferstr. 29

Tagungshinweis:

Das ökumenische Zentrum AGAPE in den italienischen Alpen veranstaltet eine Tagung Internationale Solidarität, XV. Afrika - Europa Treffen, vom 28. Juli bis zum 8. August 1975.

Die Tagung befaßt sich konkret mit den Problemen der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und politischen Gruppen der Dritten Welt. Nationale Befreiungsbewegungen und politische Gruppen aus Afrika, Asien und Lateinamerika haben sich bereits für ihre Teilnahme an der Tagung verpflichtet.

Sprachen:
Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch und Spanisch

Teilnehmerbeitrag:
DM 242,-

Nähere Informationen und Anmeldungsformulare bei:

Segretaria di Agape
I-10060 Prali (TO)



Zeitschrift
für Internationalen
Kulturaustausch

Vereinigung Internationaler
Kulturaustausch e.V.
7000 Stuttgart 1, Postfach 1012

NEUES FORVM
märz
1975

frauenbewegung:
wir brauchen keine männer mehr!
österreichs ärzte sabotieren abtreibung
alice schwarzer: verzicht auf hausfrauenlohn
arnold künzli: patriarch tito gegen praxis
ernest mandel: für gleitende lohnskala
wie drück ich mich vorm bundesheer?

NEUES FORVM
april
1975

angela davis: gefangen in new york
brigitte heinrich: briefe aus der zelle
knast: stundenlohn ös 1,60
alice schwarzer: jetzt abtreibungsselbsthilfe!
spö: kunst für den mittelstand
endlösung der slowenenfrage
der brave soldat wandl (†)

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 63 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM 6,50 sfr 7 ☐ kostenloses Probeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 360 DM 53 sfr 58 (Studenten öS 270 DM 40 sfr 45 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ

zeitschrift zu theorie und praxis der entwicklungspolitik

themen: 2/75 **Indien**

- Der indische Unabhängigkeitskampf
- Indien - Zusammenbruch eines Entwicklungsmodells
- Studenten und Bauernbewegungen
- Politische Gefangene
- Kasten und Religion

Abonnement 4 Einzel- und 1 Doppelheft im Jahr: 11,- DM; Einzelh.: 2,- DM; Doppelh.: 3,- DM

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
c/o Erfried Adam 2 Hamburg 19 Postfach 2846

Hessische Blätter für Volksbildung

Vier Hefte im Jahr mit je [illegible] Seiten unter jeweils einem Schwerpunktthema.

Beispiele:

4.71 <u>Bildungsurlaub:</u> Edgar Weick/Bildungsurlaub im Streit der Interessen - Hans Tietgens/Bildungsurlaub im Rahmen der Bildungsplanung - Robert Steigerwald/Bildungsurlaub in der DDR - Ulrich Jung/Politische Aspekte des Bildungsurlaubs

1.72 <u>Politische Erwachsenenbildung:</u> Albert Pflüger/Erste Ansätze einer Praxis beruflich-politischer Bildung - Gerd Kadelbach und Edgar Weick/Politische Erwachsenenbildung und politische Interessen - Klaus Horn/Können gruppendynamische Verfahren Medium politisierender Bildung sein?

2.74 <u>Stadtteilbezogene Volkshochschularbeit:</u> Alfred Degen/Stadtteilbezogene Volkshochschularbeit - Helga Faßbinder/Bürgerinitiativen zwischen Wohnbereich und Betrieb - Gerd Iben/Rolle der Sozialarbeit in Stadtplanung und Stadtentwicklung - Maria Spengler/Wie können stadtteilbezogene Aktionsgruppen und Erwachsenenbildung voneinander lernen? - Leo Schwegel/ Notwendigkeit und Problematik einer Stadtteilvolkshochschule - Hildegard Feidel-Mertz/Thesen zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Ausbildung für stadtteilbezogene Volkshochschularbeit

3.74 <u>Zielgruppenarbeit:</u> Barbara Degen-Zelazny/Zielgruppenarbeit als Mittel zur Demokratisierung der Volkshochschule - Edgar Weick/Die Volkshochschule auf der Suche nach einer gesicherten Funktion - Kristine von Soden/Ein Modell-Lehrgang mit Jungarbeiterinnen - Renate Heinz-Sadrozinski und Ilka Riemann/Entwicklung und Ablauf eines Curriculums für Erzieher

Jedes Heft enthält auch Stellenangebote aus den Bereich Erwachsenenbildung. Fordern Sie Werbeexemplare und Themenübersichten an!

Abonnement 20 Mark im Jahr, Studentenabonnement: 15 Mark.

Bestellungen an die

Hessischen Blätter für Volksbildung, 6 Frankfurt 1,
Winterbachstr. 38, Telefon 0611 - 56 20 41.